ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Carstensen, Kai et al.

Article

ifo Konjunkturprognose 2009/2010: Abschwung setzt sich fort

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Carstensen, Kai et al. (2009) : ifo Konjunkturprognose 2009/2010: Abschwung setzt sich fort, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 62, Iss. 12, pp. 11-57

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/164692

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

ifo Konjunkturprognose 2009/2010:
Abschwung setzt sich fort

K. Carstensen, W. Nierhaus, O. Hülsewig, K. Abberger, C. Breuer, S. Elstner,
S. Henzel, J. Mayr, W. Meister, G. Paula, A. Stangl und T. Wollmershäuser

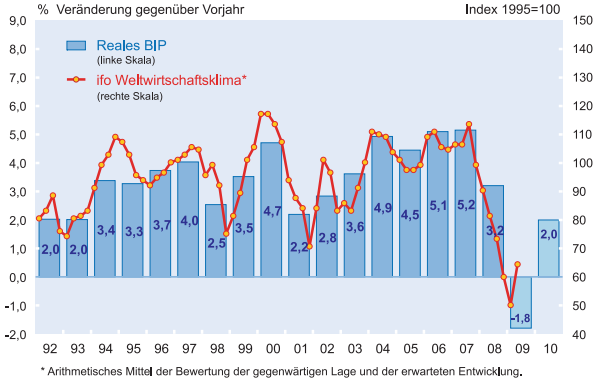
Die Weltwirtschaft steckt in der tiefsten Rezession seit der großen Depression. Seit diesem Frühjahr dürfte sich das Kontraktionstempo jedoch abgeschwächt haben. Weltweit sind Programme zur Stützung der Konjunktur aufgelegt worden, zudem zeigt die expansive Geldpolitik der Zentralbanken allmählich Wirkung. Auch sind in zahlreichen Ländern Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen worden. Schließlich werden die Realeinkommen durch die starken Rohstoffpreisrückgänge gestützt. Das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima ist im zweiten Quartal 2009 erstmals seit dem Herbst 2007 wieder gestiegen. Der Anstieg des Indikators resultiert jedoch ausschließlich aus den günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate; die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage hat sich demgegenüber noch weiter verschlechtert und fiel auf einen neuen historischen Tiefstand. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Nach den bisher vorliegenden amtlichen Ergebnissen sank die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2009 saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Jahresendquartal um 3,8%, bereits im vierten Quartal 2008 war die Wirtschaftsleistung um 2,2% geschrumpft. Deutschland verzeichnet damit von allen großen europäischen Volkswirtschaften den schärfsten Wachstumseinbruch. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte nach diesem drastischen Rückgang auch im zweiten Quartal gesunken sein, jedoch mit deutlich verringertem Tempo. Im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion dem Ursprungswert nach wie auch kalenderbereinigt um 6,3% abnehmen. Im Jahr 2010 ergibt sich aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus ein Rückgang um 0,3% (kalenderbereinigt: 0,4%).

1. Überblick

Die Weltwirtschaft steckt in der tiefsten Rezession seit der großen Depression. Die schwere Krise an den internationalen Finanzmärkten, die 2007 durch den Zusammenbruch des US-Hypothekenmarkts ausgelöst worden war und sich im Frühherbst 2008 nochmals verschärft hatte, ließ im vergangenen Winterhalbjahr Produktion und Nachfrage synchron in Industrie- und Schwellenländern einbrechen. Der Welthandel sank kräftig und die Industrieproduktion ging zurück – in besonders exportabhängigen Volkswirtschaften wie Deutschland und Japan sogar mit zweistelligen Raten. Seit dem Frühjahr dürfte sich das Kontraktionstempo jedoch abgeschwächt haben. Weltweit sind Programme zur Stützung der Konjunktur aufgelegt worden, zudem zeigt die expansive Geldpolitik der Zentralbanken allmählich Wirkung. Auch sind in zahlreichen Ländern Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen worden. Schließlich werden die Realeinkommen durch die starken Rohstoffpreisrückgänge gestützt. Das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima ist im zweiten Quartal 2009 erstmals seit Herbst 2007 wieder gestiegen (vgl. Abb. 1.1).

Der Anstieg des Indikators resultiert jedoch ausschließlich aus den günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate; die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage hat sich demgegenüber noch weiter verschlechtert und fiel auf einen neuen historischen Tiefstand (vgl. Abb. 1.2).

Abb. 1.1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima

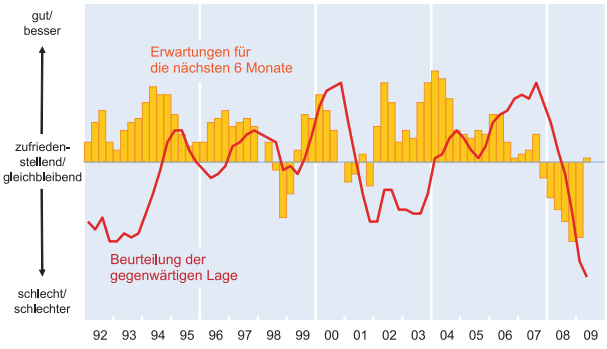


* Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Database April 2009; Ifo World Economic Survey (WES) II/2009; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Abb. 1.2

ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) II/2009.

Die Wirtschaftserwartungen haben sich in allen großen Regionen verbessert, insbesondere in Nordamerika und in Asien. Aber auch in West-, Mittel- und Osteuropa, Russland und Lateinamerika wurden die Erwartungen deutlich nach oben korrigiert. Die aktuelle Wirtschaftslage wird dagegen in allen großen Regionen weiterhin als ausgesprochen ungünstig bewertet, am schlechtesten in Nordamerika und Westeuropa.

Mit einer schnellen Erholung der Weltwirtschaft ist indes nicht zu rechen. Ein Kernproblem bleibt die prekäre Eigenkapitalsituation des Bankensektors in den USA und Europa. Sie resultiert daraus, dass Abschreibungen und Wertberichtigungen speziell bei strukturierten Wertpapieren in einer die Banken existenziell bedrohenden Größenordnung vorgenommen werden mussten. Zwar konnten nach der Insolvenz von Lehman Brothers im September 2008 weitere Pleiten großer Finanzinstitute durch massive staatliche Interventionen verhindert werden. Jedoch kommen verschiedene Schätzungen zu dem Ergebnis, dass zusätzliche Wertberichtigungen in erheblichem Umfang drohen.[1] Dabei dürfte zunehmend auch der rezessionsbedingte Ausfall von Kreditforderungen eine Rolle spielen. In wichtigen Ländern kommt eine Depression am Immobilienmarkt hinzu, die ebenfalls den Abschreibungsbedarf der Banken erhöht. Selbst wenn – wie in dieser Prognose unterstellt – durch die Bereitstellung öffentlicher und privater Mittel weiterhin ein Kollaps des Finanzsystems vermieden werden kann, so ist doch zu erwarten, dass die Banken eine merkliche Verkürzung ihrer Bilanzen anstreben, um das extrem angespannte Verhältnis ihres Eigenkapitals zur Bilanzsumme zu verbessern. Dies wird die Kreditvergabe an Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen insbesondere dann beeinträchtigen, wenn die derzeit rezessionsbedingt eher niedrige Kreditnachfrage wieder zulegt. Daher ist damit zu rechnen, dass sich die konjunkturellen Auftriebskräfte nur sehr zögerlich entfalten können und der aktuelle Abschwung weitaus länger anhält als üblich.

In den *USA* hat sich die schwere Rezession, die dort bereits Ende 2007 begonnen hatte, fortgesetzt. Die gesamtwirtschaftliche Produktion sank im ersten Quartal 2009 saisonbereinigt weiter kräftig; auf das Jahr hochgerechnet betrug der Rückgang 5,7%. Besonders deutlich gingen die Bruttoinvestitionen sowie die Warenexporte zurück. Der private Konsum vermochte dagegen wieder etwas zuzulegen (+ 1,5% laufende Jahresrate), angeregt von Steuersenkungen, die die verfügbaren Einkommen merklich steigen ließen. Auch die Sparquote nahm zu. Die Beschäftigung sank dagegen kräftig; seit Jahresbeginn 2008 sind insgesamt rund 6 Mill. Arbeitsplätze verlorengegangen. Die Arbeitslosenquote erreichte zuletzt mit 9,4% den höchsten Stand seit September 1983. Das Verbraucherpreisniveau ist im Gefolge nachgebender Energie- und Nahrungsmittelpreise gesunken; im April lag der Preisindex um 0,7% unter Vorjahrestand.

Die Fed hat auf die schwere wirtschaftliche Krise mit verschiedenen geldpolitischen Maßnahmen reagiert. So hat sie ihren Leitzins – gemessen am Zielwert der Federal Funds Target Rate – unverändert bei nahe 0% belassen. Zudem hat sie enorme Anstrengungen unternommen, um die angespannte Lage im Finanzsektor abzumildern. Durch den direkten Ankauf von kurzfristigen Unternehmensanleihen versuchte sie, sowohl die Kreditvergabe an Unternehmen voranzutreiben als auch die Liquiditätsposition der Banken zu verbessern.

In *Japan* nahm die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Vierteljahr 2009 mit einer laufenden Jahresrate von 14,2% ab. Mit Ausnahme der staatlichen Ausgaben für Investitionen und Verbrauch waren alle Verwendungsaggregate rückläufig. Besonders kräftig sanken die Anlageinvestitionen und die Ausfuhr. In China hat sich das bisher zweistellige Wachstumstempo deutlich reduziert; im ersten Vierteljahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt nur noch um 6,1% gegenüber dem Vorjahreszeitraum; im Jahresdurchschnitt 2008 hatte die Zuwachsrate noch bei 9% gelegen. Haupttriebkraft war nunmehr der tertiäre Sektor (+ 7,4%), der die Industrie (+ 5,3%) als Motor abgelöst hat. Das Verbraucherpreisniveau ist inzwischen rückläufig.

Auch in der **Europäischen Währungsunion (EWU)** ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2009 massiv gesunken. Nach ersten Schätzungen von Eurostat belief sich der Rückgang im ersten Quartal 2009 auf 9,5% (laufende Jahresrate). Besonders stark war die exportorientierte Industrieproduktion betroffen, die saisonbereinigt um 8% sank. Die Arbeitslosenquote ist im bisherigen Verlauf des Jahres rezessionsbedingt kräftig gestiegen. Im April

[1] Vgl. H.-W. Sinn, *Kasino-Kapitalismus: Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist,* 2. überarbeitete Auflage, Econ, Berlin 2009, sowie Europäische Zentralbank, *Financial Stability Report,* Frankfurt am Main, Juni 2009.

betrug sie 9,2%. Für den Euroraum ist das die höchste Quote seit September 1999. Die Inflationsrate ist dagegen im bisherigen Jahresverlauf im Gefolge der Verbilligung von Energieträgern und Nahrungsmitteln bis auf 0% gesunken. Die Kerninflationsrate, gemessen an der Veränderung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel, ist dagegen zuletzt leicht gestiegen. Im April betrug sie 1,7%.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Zuge der wirtschaftlichen Flaute ihren Leitzins – gemessen am Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte – im Mai auf 1% gesenkt. Zur Unterstützung des Bankensektors hat sie zusätzlich die Laufzeit der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte deutlich verlängert und beschlossen, besicherte Anleihen (z.B. Pfandbriefe) im Rahmen einer quantitativen Lockerung anzukaufen.

In *Deutschland* ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2009 stark gesunken. Ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge ging das reale Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal mit einer Rate von 3,8% zurück. Im vierten Quartal 2008 war es bereits mit einer Rate von 2,2% geschrumpft. Auf der *Entstehungsseite* trugen alle Sektoren mit Ausnahme der Landwirtschaft zum Minus bei der Wirtschaftsleistung bei. Besonders kräftig fiel der Rückgang im verarbeitenden Gewerbe aus (– 14,6%), gefolgt vom Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr (– 3,9%). Die Bauproduktion nahm um 3,5% ab, wobei hier allerdings auch schlechte Witterung zu Buche schlug. Vergleichsweise schwächer sank die Wertschöpfung im Sektor Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (– 0,6%) sowie der Bereich öffentliche bzw. private Dienstleister (– 0,4%). Auf der *Verwendungsseite* war für den Rückgang der Wirtschaftsleistung die negative Entwicklung des Außenbeitrags dominierend. Die Exporte sind erheblich stärker zurückgegangen (– 9,7%) als die Importe (– 5,4%), so dass der Außenbeitrag um 2,2 Prozentpunkte zum Rückgang des Bruttoinlandsprodukts beitrug. Auch die Bruttoinvestitionen sind kräftig gesunken (– 7,9%), und hier vor allem die Ausrüstungsinvestitionen (– 16,2%). Das Minus bei den Bauinvestitionen in Höhe von 2,6% fiel demgegenüber vergleichsweise moderat aus. Die Lagerbestände wurden deutlich abgebaut, was 0,5 Prozentpunkte zum Rückgang der Wirtschaftsleistung beitrug. Lediglich die privaten und staatlichen Konsumausgaben wurden verhalten ausgeweitet, nämlich um 0,5% bzw. 0,3%.

Auf dem *Arbeitsmarkt* zeigen sich die Auswirkungen der tiefen Wirtschaftskrise im Vergleich zu früheren Rezession nur wenig. Die Erwerbstätigkeit ist saisonbereinigt bislang kaum gesunken, von ihrem Höchststand im Oktober 2008 (40,4 Mill.) fiel die Erwerbstätigenzahl auf 40,1 Mill. im April. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse ist bis März sogar nur um 47 000 gesunken. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war die Inanspruchnahme von konjunktureller Kurzarbeit, die die negativen Effekte der Rezession auf die Erwerbstätigkeit bisher weitestgehend verdeckt. Im März 2009 bezogen insgesamt knapp 1,3 Mill. Arbeitnehmer Kurzarbeitergeld. Spiegelbildlich hat die Arbeitslosigkeit bisher trotz des starken Produktionsrückgangs nur verhalten zugenommen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen stieg von ihrem zyklischen Tiefstand im Oktober 2008 bis Mai 2009 im Monatsdurchschnitt um knapp 40 000. Insgesamt belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Mai saisonbereinigt auf knapp 3,5 Mill.; die Arbeitslosenquote betrug zuletzt 8,2%.

Die *Lebenshaltungskosten* sind im bisherigen Jahresverlauf aufgrund der günstigen Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise stabil geblieben. Im Mai waren die Verbraucherpreise nicht höher als vor Jahresfrist. Ein im Vorjahresvergleich konstantes Preisniveau wurde seit der Wiedervereinigung noch nie registriert. Im Westdeutschland war dies zuletzt im Mai 1987 der Fall.

Ausblick

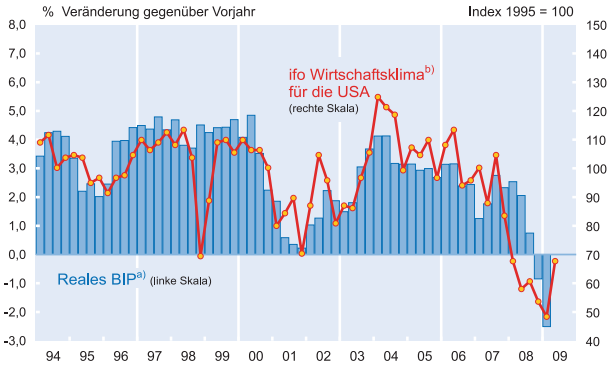
Die Rezession der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum erst allmählich abklingen. Die begrenzten Absatzaussichten der Unternehmen, die restriktivere Vergabe von Krediten seitens der Banken, die mit strafferen Kreditkonditionen verbunden ist, die hohe Unsicherheit auf den Finanzmärkten, die sich aus der Furcht vor weiteren Verlusten durch Abschreibungen nährt, sowie die anhaltenden Vermögensverluste durch fallende Immobilienpreise wirken weiterhin belastend. Allerdings dürfte die Konjunktur durch den starken Impuls der umfangreichen fiskalpolitischen Maßnahmen zumindest vorübergehenden etwas belebt werden.

Mit einer raschen Erholung der Weltwirtschaft ist jedoch vorerst nicht zu rechnen. Das ifo Wirtschaftsklima für die einzelnen Regionen deutete zuletzt an, dass sich die konjunkturelle Talfahrt in den kommenden Quartalen lediglich verlangsamen dürfte (vgl. Abb. 1.3 und Abb. 1.4). Insbesondere in den USA, den EU15 und in Japan befindet sich das Wirtschaftsklima trotz des jüngsten Anstiegs weiterhin auf einem sehr niedrigen Niveau.

Die Rezession in den **USA** wird sich im Sommerhalbjahr 2009 fortsetzen. Der Konsum der privaten Haushalte wird trotz der umfangreichen Stützungsmaßnahmen seitens der Fiskalpolitik rückläufig sein, auch weil sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtern dürfte. Die Investitionen werden sich nur schrittweise stabilisieren. In **Japan** wird sich die Konjunktur, nach ihrem kräftigen Einbruch zu Beginn des Jahres, langsam erholen. Zwar wird die Binnennachfrage sinken. Der Außenhandel wird jedoch zumindest zaghafte

Abb. 1.3

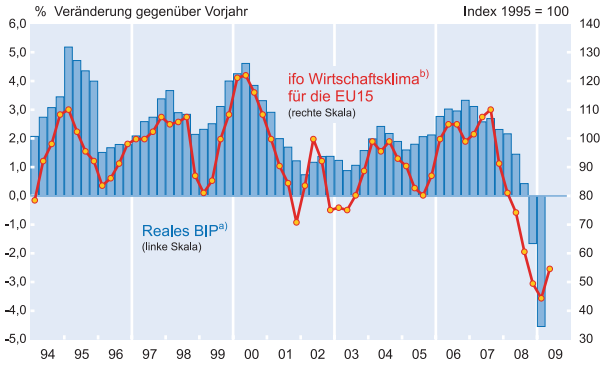
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für die Vereinigten Staaten



a) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %, saison- und arbeitstäglich bereinigt.
b) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; Ifo World Economic Survey (WES) II/2009.

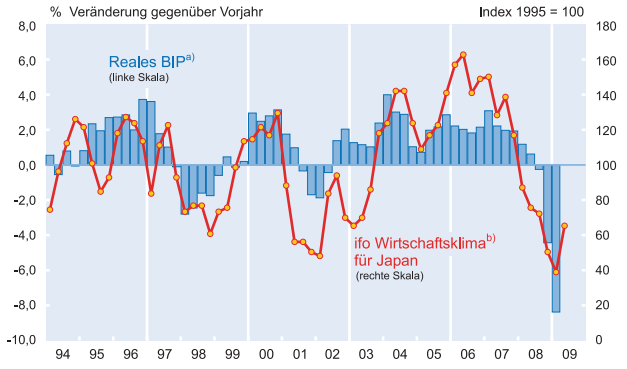
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für die EU15



a) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %, saison- und arbeitstäglich bereinigt.
b) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Eurostat; Ifo World Economic Survey (WES) II/2009.

Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Japan



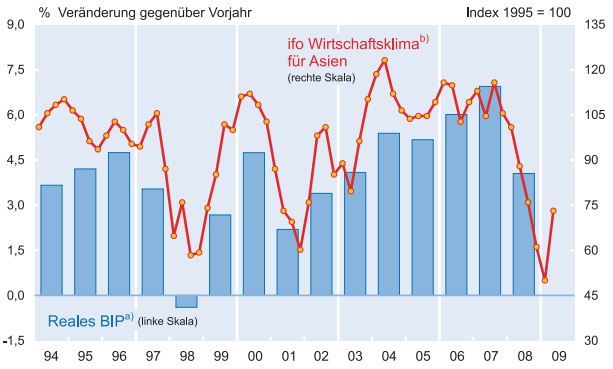
a) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %, saison- und arbeitstäglich bereinigt.
b) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: ESRI; Ifo World Economic Survey (WES) II/2009.

Wachstumsimpulse entfalten, insbesondere da sich die konjunkturelle Lage in einigen Ländern, die bedeutende Handelpartner darstellen – wie zum Beispiel China –, etwas aufhellen dürfte. Die Schwäche der Wirtschaft im **Euroraum** wird zunächst anhalten. Der Konsum der privaten Haushalte wird infolge der verschärften Situation am Arbeitsmarkt zurückgehen. Die Investitionen werden weiter absacken.

Abb. 1.4

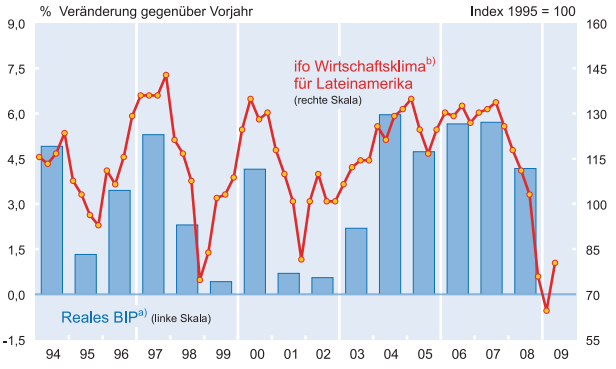
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Asien



a) Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %.
b) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Database April 2009; Ifo World Economic Survey (WES) II/2009; Berechnungen des ifo Instituts.

Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für Lateinamerika



a) Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem jeweiligen Vorjahr in %.
b) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IWF, World Economic Outlook, Database April 2009; Ifo World Economic Survey (WES) II/2009.

Auch der Außenhandel wird keinen stimulierenden Beitrag zum Wirtschaftswachstum liefern.

Die wirtschaftliche Expansion in den **Schwellenländern** wird sich im Prognosezeitraum allmählich beleben. In China wird die Konjunktur von dem Impuls des milliardenschweren Konjunkturpakets profitieren; allerdings sind die Erwartungen bezüglich einer baldigen Rückkehr zu alten Boomzeiten gedämpft, da die Ausfuhrwirtschaft, die eine wichtige Säule des vorangegangenen Aufschwungs darstellte, auch weiterhin unter der globalen Wirtschaftsschwäche leiden dürfte. In Indien wird die Konjunktur infolge der soliden Expansion der Binnennachfrage vergleichsweise kräftig bleiben. Dagegen wird sie sich in den übrigen Ländern Ostasiens, nach einem vorübergehenden Schrumpfen, nur schrittweise stabilisieren. In Lateinamerika werden die stimulierenden Effekte der teilweise umfangreichen expansiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen die konjunkturelle Erholung unterstützen. Auch dürften wichtige Länder der Region zunehmend von der jüngst einsetzenden Erhöhung der Rohstoffpreise profitieren.

Tab. 1.1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Arbeitslosenquote in %		
		2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Industrieländer										
EU-27	34,1	0,9	– 4,4	– 0,2	3,7	0,6	1,0	7,0	9,2	10,6
Schweiz	0,8	1,6	– 2,6	– 0,1	2,4	– 0,5	0,4	2,7	3,6	4,5
Norwegen	0,9	2,1	– 1,3	1,0	3,8	1,0	1,3	2,6	3,5	3,9
West- und Mitteleuropa	35,8	0,9	– 4,3	– 0,2	3,7	0,6	1,0	6,9	9,0	10,4
USA	26,4	1,1	– 3,1	0,3	3,8	0,0	1,5	5,7	10,0	11,0
Japan	9,1	– 0,7	– 7,0	0,5	1,4	– 0,6	– 0,6	4,0	5,4	5,8
Kanada	2,8	0,5	– 2,7	1,0	2,4	0,0	1,5	6,2	9,0	9,5
Industrieländer insg.	74,2	0,8	– 4,1	0,1	3,4	0,2	1,0	6,1	8,8	9,9
Schwellenländer										
Russland	3,1	5,6	– 5,5	0,5						
China und Hongkong	8,6	8,7	6,0	7,7						
Indien	2,2	7,4	6,0	7,0						
Ostasien ohne China[a)]	5,0	3,0	– 4,5	2,0						
Lateinamerika[b)]	6,9	3,9	– 3,0	1,9						
Schwellenländer insg.	25,8	5,8	0,2	4,1						
Insgesamt[c)]	100,0	2,1	– 3,0	1,2						
Nachrichtlich:										
Weltwirtschaft [d)]		3,2	– 1,8	2,0						
Welthandel, real		2,0	–14,0	3,0						

[a)] Gewichteter Durchschnitt aus: Südkorea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – [b)] Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Venezuela, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – [c)] Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – [d)] Weltwirtschaft nach Abgrenzung des IWF. Gewichtet mit Kaufkraftparitäten des Jahres 2008.

Quelle: OECD; IWF; Berechnungen des ifo Instituts; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahr 2009 um 1,8% sinken, ehe es sich im Jahr 2010 um 2% erhöht (vgl. Abb. 1.1 und Tab. 1.1). Diese Prognose bezieht sich auf die vom Internationalen Währungsfond (IMF) berücksichtigten Länder, deren Zuwachsraten mit Hilfe der Kaufkraftparitäten des Jahres 2008 gewichtet wurden. Der Anstieg der Preise wird sich weltweit zunächst stark abflachen. Die Arbeitslosigkeit dürfte infolge der konjunkturellen Schwäche weiter deutlich zunehmen.

Die Prognose stützt sich auf die technische Annahme, dass der Preis für Rohöl der Sorte Brent im Prognosezeitraum um die 70 US-Dollar je Barrel schwankt und dass sich der Wechselkurs des Euro bei etwa 1,40 US-Dollar stabilisiert. Der Welthandel wird – gemessen an den seitens der OECD ermittelten Daten – zunächst weiter rückläufig sein, ehe er sich allmählich wieder erhöht. Er wird im Jahr 2009 um 14% fallen und im Jahr 2010 um 3% steigen.

Risiken

Für die Prognose der Entwicklung der Weltwirtschaft wird unterstellt, dass sich die Kreditvergabe sowohl infolge der angespannten Eigenkapitalsituation der Banken als auch angesichts der konjunkturell zunehmenden Kreditausfallrisiken restriktiver gestaltet. Dies dürfte dazu führen, dass die Kreditkonditionen sich weiter merklich verschärfen und die Aufschwungkräfte bremsen. In dieser Situation dürfte sich die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum nur allmählich stabilisieren, ehe sie sich leicht belebt.

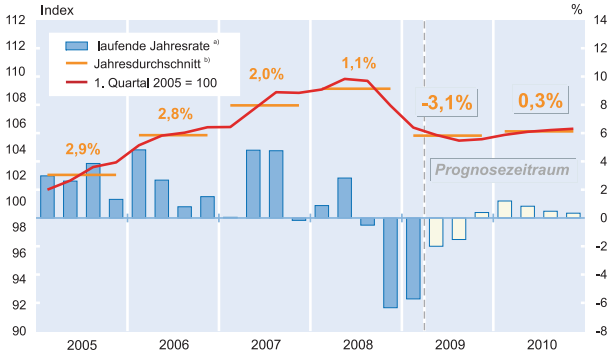
Das Hauptrisiko dieser Prognose besteht darin, dass die Banken ihre Neukreditvergabe erheblich stärker und nachhaltiger einschränken könnten als unterstellt. Damit wäre zu rechnen, wenn es zu einer fortgesetzten Erosion ihrer Eigenkapitalbasis käme, weil weitere massive Wertberichtigungen vorzunehmen sind, die nicht durch staatliche Interventionen wie Eigenkapitalinjektionen oder Bad Banks abgefedert werden, und weil zudem die rezessionsbedingten Abschreibungen deutlich umfangreicher ausfallen, als anhand früherer konjunktureller Muster zu erwarten ist. Eine solche Intensivierung der Krise könnte das in den vergangenen Monaten gestiegene Vertrauen an den Finanzmärkten erneut schwer erschüttern und so eine weitere Abwärtsspirale aus Kursverlusten und Wertberichtigungen anstoßen. Zudem könnte sich die Liquiditätssituation der Banken trotz staatlicher Garantieerklärungen verschlechtern. Der Konkurs oder die Verstaatlichung weiterer Kreditinstitute wären nicht auszuschließen. Letztlich würde all dies eine flächendeckende Kreditklemme nach sich ziehen. Die Rezession der Weltwirtschaft würde sich dann nicht nur verlängern, sie könnte sich sogar nochmals drastisch verschärfen.

Risiken für die Weltwirtschaft liegen des Weiteren in der massiven Ausweitung der Staatsverschuldung in den USA, die

zu einem inflationären Schub führen könnte, woraus auch eine starke Abwertung des US-Dollar resultieren würde. Sollten zudem ausländische Investoren ihre Bereitschaft, US-amerikanische Staatstitel zu halten, zunehmend verlieren, so könnte dies zu einem erheblichen Anstieg der Zinsen auf dem US-Kapitalmarkt führen. Auch die angespannte Finanzlage in einigen Schwellenländern, die mit der hohen Auslandsverschuldung verbunden ist, könnte sukzessive stark belastend wirken und der allmählichen Erholung der Weltwirtschaft entgegenwirken.

Abb. 2.1

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
Saisonbereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

2. Zur Lage der Wirtschaft in ausgewählten Ländern und Regionen

Vereinigte Staaten

In den Vereinigten Staaten ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2009 erneut stark zurückgegangen. Das reale Bruttoinlandsprodukt schrumpfte mit 5,7% in ähnlichem Ausmaß wie im Vorquartal (vgl. Abb. 2.1).[2]

Verantwortlich für den ausgeprägten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität war ein massiver Einbruch der Investitionen (vgl. Abb. 2.2). Neben den privaten Wohnungsbauinvestitionen und den Ausrüstungsinvestitionen wurden auch die gewerblichen Bauinvestitionen gegenüber dem Vorquartal mit rund 42% erheblich reduziert. Sämtliche Komponenten der privaten Investitionen zeigten dabei den stärksten Rückgang in der aktuellen Rezession.

Demgegenüber legte der private Konsum überraschend um 1,5% zu und leistete somit einen positiven Wachstumsbeitrag von rund einem Prozentpunkt. Die monatlich erfassten Konsumausgaben zeigen jedoch an, dass der positive Impuls primär durch hohe Konsumausgaben aus dem Januar gespeist war und die Dynamik in den zurückliegenden Monaten erneut spürbar nachgelassen hat.

Als Folge der globalen Rezession ist die Ausfuhr amerikanischer Güter und Dienstleistungen im ersten Quartal um rund 29% erneut kräftig gesunken. Da jedoch die Importe als Folge der ausgeprägten binnenwirtschaftlichen Schwäche noch stärker zurückgegangen sind, trug der Außenhandel rund 2 Prozentpunkte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei.

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich weiter spürbar eingetrübt. So sind seit Jahresbeginn 2008 rund 6 Mill. Stellen verloren gegangen, knapp die Hälfte davon alleine in den ersten fünf Monaten des Jahres 2009. Besonders stark betroffen sind weiterhin die Bauwirtschaft sowie das verarbeitende Gewerbe, während im Bildungs- und Gesundheitsbereich sowie im Staatssektor bis zuletzt Beschäftigung aufgebaut worden ist. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahresbeginn rasant angestiegen und liegt mit 9,4% im Mai auf dem höchsten Stand seit 1983. Allerdings hat sich der Beschäftigungsabbau aktuell merklich verlangsamt.

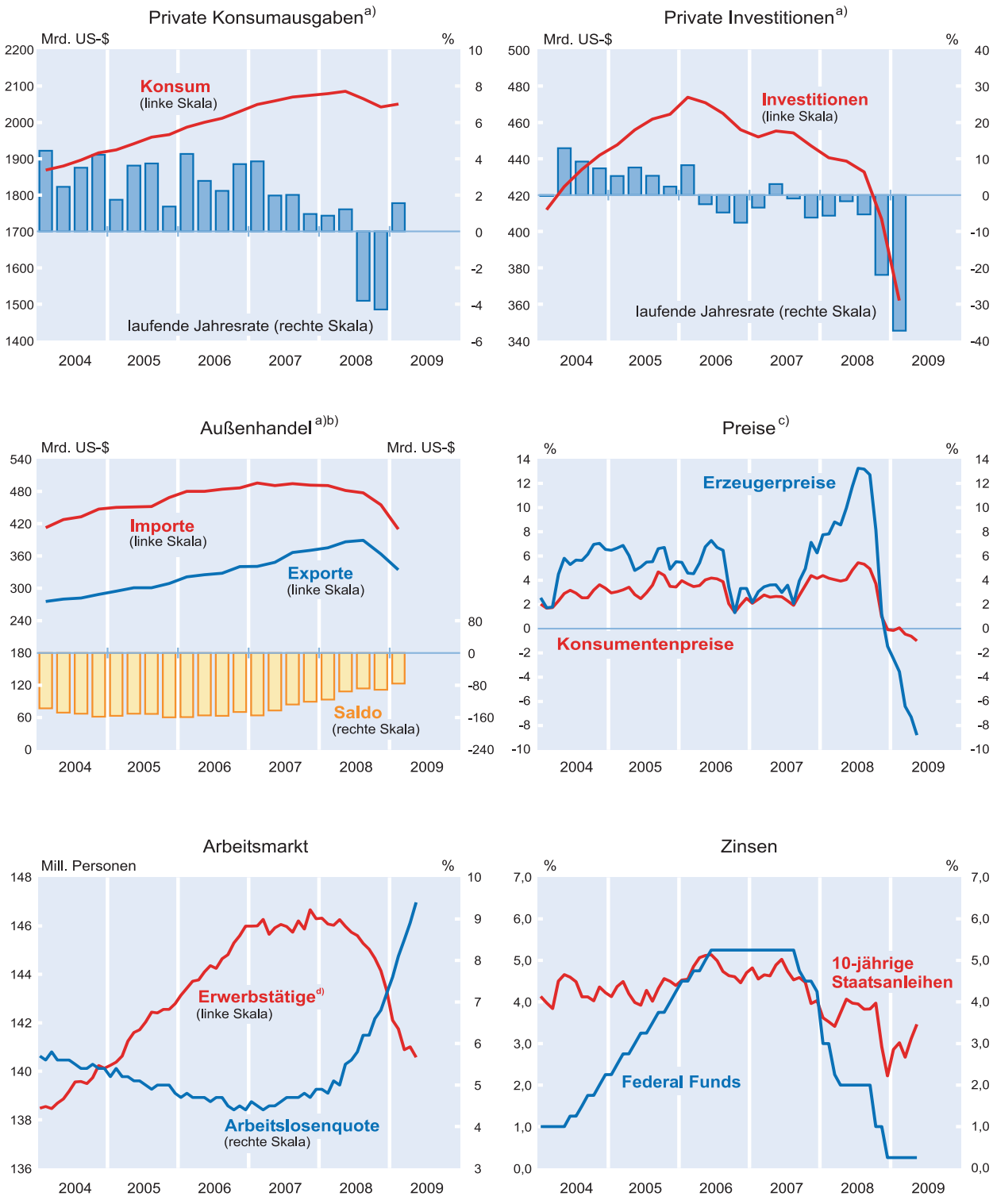
In Folge deutlich gesunkener Energiepreise ist die Inflationsrate seit dem Hochpunkt Mitte 2008 deutlich zurückgegangen; seit März 2009 ist das gesamtwirtschaftliche Preisniveau zum ersten Mal seit 1955 sogar rückläufig. Demgegenüber ist die Kernrate des Konsumdeflators – das bevorzugte Inflationsmaß der amerikanischen Notenbank – seit Jahresbeginn wieder leicht angestiegen und liegt im April bei 1,9%, und damit in einer Größenordnung, welche die Fed wohl für angemessen hält.

Angesichts der geringen Preisdynamik sowie der ausgeprägten konjunkturellen Schwäche hält die amerikanische Notenbank weiter an ihrer expansiven Geldpolitik fest und gibt für den Leitzins einen Zielbereich zwischen 0 und 0,25% vor. Sie betreibt damit faktisch eine Null-Zins Politik.

Um die Situation an den Geld- und Kreditmärkten weiter zu entspannen, hat die Fed auf Grund fehlender Spielräume für erneute Leitzinssenkungen die quantitative Lockerung der Geldpolitik seit Jahresbeginn verstärkt. Als Folge des Ankaufs von US Staatsanleihen (bis Mai 2009 sind 125 der genehmigten 300 Mrd. Dollar aufgewendet worden), von Schuldpapieren der staatlichen Immobilienfinanzierer (80 von 200 Mrd. Dollar) sowie von hypothekenbesicherten Wertpapieren (428 von 1 250 Mrd. Dollar) hat die amerikanische Notenbank ihre Bilanz seit September 2008 bis Ende Mai 2009 mehr als verdoppelt. Bis Ende 2009 ist von einer weiteren Erhöhung der Zentralbankbilanz auszugehen, da alleine im Rahmen des Term Asset-Backed Securities Loan Fa-

[2] Entsprechend der von den US-Behörden angewandten Praxis wird die konjunkturelle Entwicklung der US-amerikanischen Wirtschaft anhand annualisierter Quartalswachstumsraten beschrieben. Diese ergeben sich aus den einfachen Quartalswachstumsraten, die nach der Zinseszinsformel mit dem Faktor vier potenziert werden.

Abb. 2.2
Konjunkturelle Entwicklung in den USA seit 2004



a) Real, saisonbereinigte Werte.
b) Waren und Dienstleistungen.
c) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
d) Zivile Erwerbstätige insgesamt, saisonbereinigt.

Quelle: Bureau of Labor Statistics; Federal Reserve; U.S. Department of Commerce; Berechnungen des ifo Instituts.

cility (TALF) Programms bis zu 1 000 Mrd. Dollar zusätzlich für den Ankauf verbriefter Wertpapiere aufgewendet werden sollen, um so die Kreditvergabe an Haushalte sowie kleine und mittlere Unternehmen zu stimulieren. Ein Teil der Mittel soll dabei als regressfreie Kredite für private Kapitalanleger im Rahmen des Public-Private Investment Programms (PPIP) aufgewendet werden, um so den Ankauf von problematischen Forderungen aus den Büchern der Banken zu fördern und die Preisbildung insbesondere von verbrieften Produkten zu stimulieren.

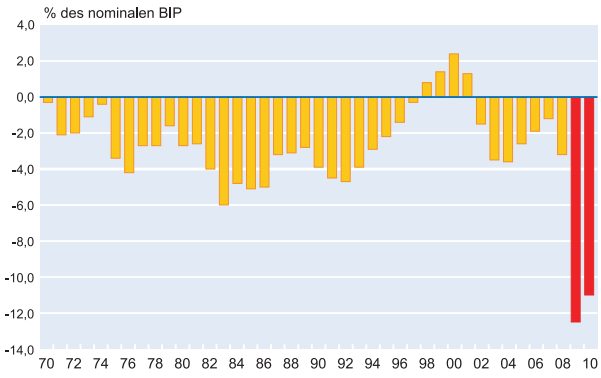
Durch die umfangreichen Maßnahmen der Fed hat sich die Lage am Interbankenmarkt bereits deutlich entspannt. So ist die Differenz zwischen dem Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld und der Rendite von Schatzwechseln des Staates mit gleicher Laufzeit seit Jahresbeginn weiter deutlich zurückgegangen und lag Mitte Juni mit rund 0,5% nur noch leicht über dem Niveau vor Ausbruch der Finanzkrise. Auch die Hypothekenzinsen fielen bis Anfang 2009 deutlich und erreichten sogar einen historischen Tiefststand. In Folge der kräftigen Zunahme der Renditen von US-Staatsanleihen sind sie jedoch im bisherigen Verlauf des Jahres 2009 stark angestiegen und liegen aktuell auf dem Niveau zum Höhepunkt der Finanzkrise im September 2008.

Die Kreditvergabestandards der Banken haben sich seit Beginn des Jahres 2009 zwar etwas entspannt; mit rund 40% gibt aber weiterhin ein großer Teil der befragten Institute an, die Vergabekriterien sowohl für große als auch für mittlere und kleinere Unternehmen verschärft zu haben. Der zu beobachtende Rückgang der Kreditvolumina kann jedoch nicht allein mit den verschärften Vergabestandards erklärt werden, sondern ist vor allem Folge der rückläufigen Nachfrage.

Die amerikanische Finanzpolitik bleibt weiterhin stark expansiv ausgerichtet. So hat sich nach Schätzungen des Congressional Budget Office (CBO) bereits in den ersten acht Monaten des laufenden Fiskaljahres 2009 bis Mai ein Budgetdefizit von 984 Mrd. Dollar (rund 7% des nominalen Bruttoinlandsproduktes) aufgebaut, 664 Mrd. Dollar höher als im Vorjahreszeitraum. Der Anstieg geht dabei in etwa zu gleichen Teilen auf höhere Ausgaben und gesunkene Einnahmen zurück. Die umfangreichsten Maßnahmen auf der Ausgabenseite entfallen neben dem Gesundheitssektor auf Aufwendungen im Rahmen des Bankenrettungsprogramms (TARP) sowie auf direkte Zahlungen an die staatlichen Hypothekenfinanzierer. Auf der Einnahmenseite zeigt sich ein massiver Rückgang der Einnahmen aus der Körperschaftssteuer als Folge der konjunkturellen Krise sowie eine deutlicher Verringerung der Einnahmen aus der Einkommenssteuer als Folge der Steuergutschriften aus dem Konjunkturprogramm. Im laufenden Fiskaljahr wird das Budgetdefizit auf über 12% des nominalen Bruttoinlandsprodukts ansteigen, der höchste Wert seit dem zweiten Weltkrieg (vgl.

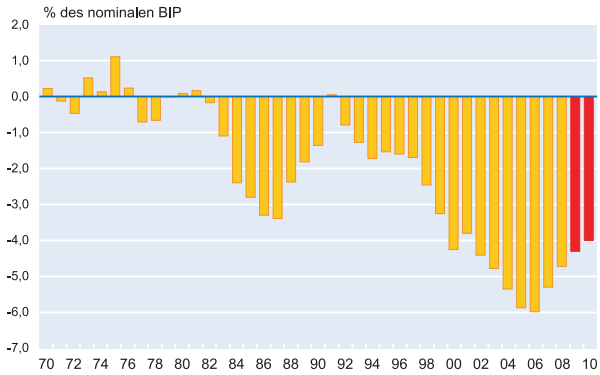
Abb. 2.3

Das Budgetdefizit der USA



Quelle: Office of Management and Budget; Berechnungen des ifo Instituts; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Das Leistungsbilanzdefizit der USA



Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen des ifo Instituts; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

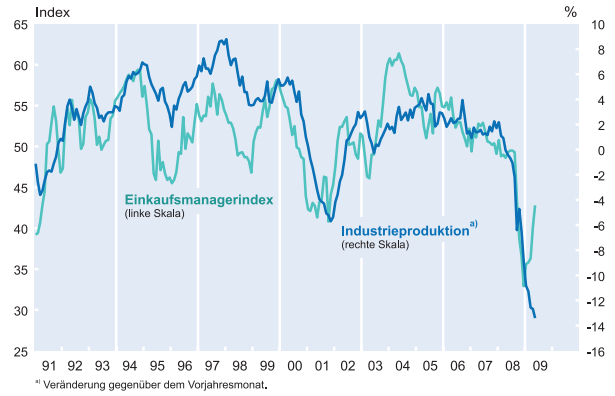
Abb. 2.3). Auf Grund weiter steigender Ausgaben dürfte das Defizit trotz der etwas höheren konjunkturellen Dynamik auch 2010 einen ähnlich hohen Wert annehmen. Die amerikanische Schuldenquote wird infolge dessen bereits im zweiten Halbjahr 2009 auf über 80% ansteigen.

Für den Prognosezeitraum zeigen wichtige Frühindikatoren eine Verringerung der konjunkturellen Abwärtsdynamik an, auch wenn sie weiter auf einem sehr niedrigen Niveau liegen. So lässt der viel beachtete Einkaufsmanagerindex (ISM) eine Stabilisierung der industriellen Produktion erwarten, nachdem diese im Mai noch um 13,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum eingebrochen war. (vgl. Abb. 2.4)

Auch das Verbrauchervertrauen hat sich trotz der ansteigenden Arbeitslosigkeit im Verlauf des zweiten Quartals leicht aufgehellt. Zur Verbesserung der Stimmungslage der Haushalte trägt dabei maßgeblich der kräftige Anstieg des verfügbaren Einkommens bei, der neben dem Rückgang der Verbraucherpreise zum Großteil durch gestiegene staatliche Transferzahlungen sowie Steuererleichterungen bedingt ist. Der positive Impuls höherer verfügbarer Einkommen wird jedoch zunehmend durch einen seit Jahresbeginn zu beob-

Abb. 2.4

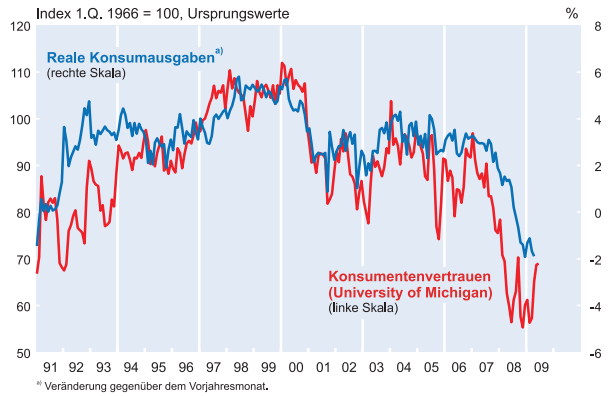
Industrieproduktion und der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe in den USA



a) Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.

Quelle: Institute for Supply Managment; Federal Reserve.

Index für Konsumentenvertrauen und die realen Konsumausgaben in den USA

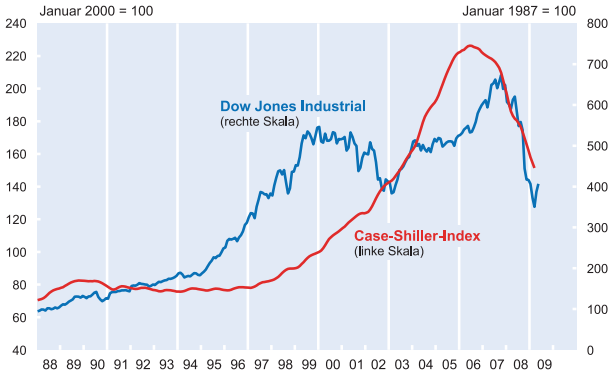


a) Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat.

Quelle: University of Michigan; U.S. Department of Commerce.

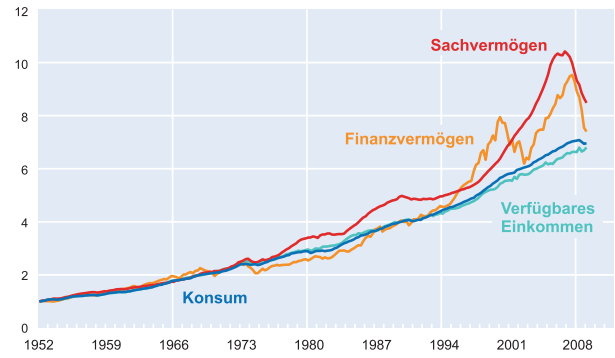
Abb. 2.5

Case-Shiller-Hauspreisindex für die USA und Dow-Jones-Aktienindex



Quelle: Standard & Poor Case-Shiller, composite index; Dow Jones & Company, Inc.

Der Konsum und seine Determinanten in den USA 1952-Q1 bis 2009-Q1
Reale Größen, 1952-Q1 = 1



Quelle: U.S. Department of Commerce; Federal Reserve; Berechnungen des ifo Instituts.

achtenden parallelen Anstieg der Sparquote gedämpft, die im April bereits bei 5,7% liegt. Die privaten Haushalte verringern folglich ihre Verschuldung und reagieren dabei insbesondere auf die hohen Vermögensverluste aus dem Verfall der Aktien- und Immobilienpreise im Zuge der Krise (vgl. Abb. 2.5). Aktuell entwickeln sich die Vermögenspreise jedoch uneinheitlich. Während sich die Aktienkurse, die sich von Anfang 2008 bis März 2009 nahezu halbiert hatten, im Verlauf des zweiten Quartals deutlich erholt haben, sind die Hauspreise weiterhin stark rückläufig.

Wichtige Frühindikatoren für den Immobilienmarkt wie die Verkäufe von Einfamilienhäusern sowie Baugenehmigungen und Baubeginne sind seit Jahresbeginn weiter zurückgegangen und haben historische Tiefststände erreicht. Aktuell zeigt sich zwar eine Verbesserung – so sind Baugenehmigungen und Baubeginne im Mai leicht gestiegen –, es ist jedoch fraglich, ob die Erholung bereits nachhaltig ist. Angesichts eines weiterhin bestehenden Überangebotes, das durch Zwangsvollstreckungen in Rekordhöhe verstärkt wird, sowie der restriktiven Kreditvergabe der Banken und gestiegener Hypothekenzinsen dürften die Hauspreise auch im Prognosezeitraum vorerst weiter sinken. Gemessen an den gehandelten Future-Kontrakten erwarten die Marktteilnehmer erst zu Beginn des Jahres 2010 eine Bodenbildung. Der sich damit fortsetzende Rückgang der Sachvermögen dürfte nachhaltig dämpfende Effekte auf den Konsum der privaten Haushalte haben.

So legt ein längerfristiger Vergleich der Konsumausgaben und seiner Determinanten nahe, dass die starken Zuwächse der Aktien- und Immobilienvermögen für die seit Mitte der 1990er Jahre zu beobachtende überproportionale Ausweitung der Konsumausgaben verantwortlich waren. Demnach wird die prognostizierte Korrektur der Hauspreise dazu führen, dass die Konsumausgaben mittelfristig zurückgehen oder mit Wachstumsraten unterhalb ihres längerfristigen Trends expandieren werden. Ihre Entwicklung wird sich somit wieder der des verfügbaren Einkommens annähern.

So bleibt die amerikanische Wirtschaft auch im Sommerhalbjahr in der Rezession. Zwar werden die Rückgänge der gesamtwirtschaftlichen Aktivität deutlich geringer ausfallen als in den vorangegangenen Quartalen; insbesondere

Tab. 2.1
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in den USA

	2007	2008	2009	2010
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,1	– 3,1	0,3
Privater Konsum	2,8	0,2	– 1,3	– 0,2
Staatskonsum und -investitionen	2,1	2,9	2,2	3,3
Private Bruttoanlageinvestitionen	– 3,1	– 5,0	– 24,7	– 2,5
Inländische Verwendung	1,4	– 0,4	– 4,0	0,2
Exporte	8,4	6,2	– 15,0	– 2,4
Importe	2,2	– 3,5	– 17,3	– 2,4
Außenbeitrag[a)]	0,6	1,4	0,1	0,1
Verbraucherpreise	2,9	3,8	0,0	1,5
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[b)]	– 1,2	– 3,2	– 12,5	– 11,0
Leistungsbilanzsaldo	– 5,3	– 4,6	– 4,3	– 4,0
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	4,6	5,7	10,0	11,0

[a)] Wachstumsbeitrag. – [b)] Gesamtstaatlich, Fiskaljahr.

Quelle: U.S. Department of Commerce, Bureau of Economic Analysis; U.S. Department of Labor; Bureau of Labor Statistics; Berechnungen des ifo Instituts; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

der private Konsum sowie die Ausrüstungsinvestitionen werden vorübergehend durch die umfangreichen Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket gestützt. Jedoch sind die expansiven Effekte zum Großteil nicht nachhaltig und werden im weiteren Verlauf des Jahres 2010 auslaufen. Im Zuge der anhaltenden binnenwirtschaftlichen Flaute wird sich das Leistungsbilanzdefizit, das bis 2006 auf über 6% des nominalen Bruttoinlandsproduktes angestiegen war, im Prognosezeitraum schrittweise weiter verringern. Im Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010 dürfte es 4,3% bzw. 4% betragen.

Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des Jahres 2009 um 3,1% schrumpfen und 2010 mit 0,3% lediglich schwach expandieren (vgl. Tab. 2.1). Die Arbeitslosigkeit wird weiter ansteigen, wenn auch in langsamerem Tempo, und im Durchschnitt der Jahre 2009 und 2010 bei 10 bzw. 11% liegen.

Trotz der negativen Output-Lücke und der nachlassenden Dynamik der Lohnentwicklung dürfte angesichts der stark expansiv ausgerichteten Geldpolitik sowie der gestiegenen Rohstoffpreise keine dauerhaft deflationäre Entwicklung einsetzen. So wird das gesamtwirtschaftliche Preisniveau im Durchschnitt des Jahres 2009 stagnieren und 2010 um 1,5% ansteigen.

Japan

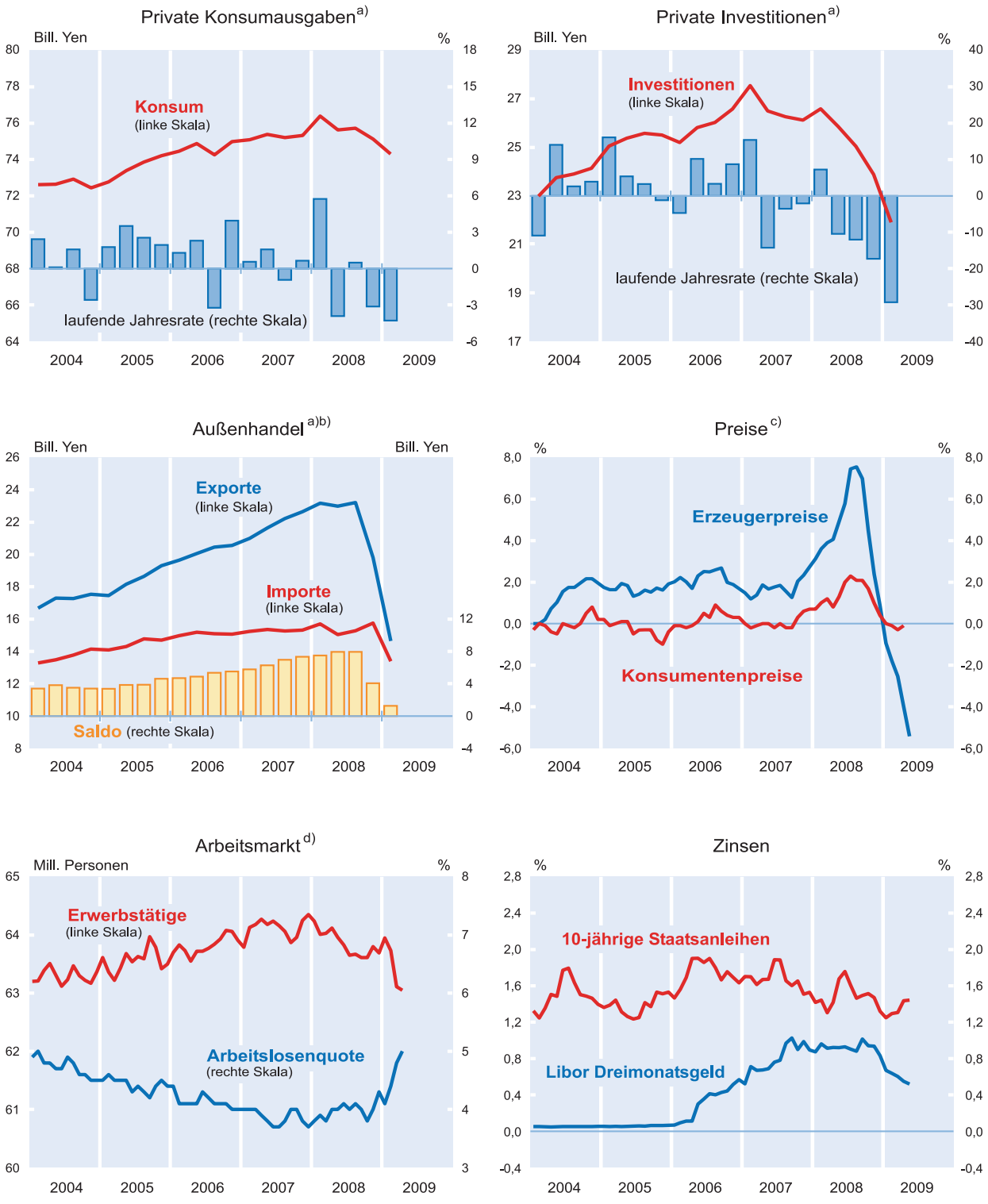
Japan erlebte im vergangenen Winterhalbjahr den stärksten Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes seit dem Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1954. Nachdem die Wirtschaftsleistung bereits im vierten Quartal 2008 um 3,6% gegenüber dem Vorquartal geschrumpft war, beschleunigte sich diese Entwicklung im ersten Quartal 2009 mit einem Minus von 3,8% noch einmal. Diese dramatische Entwicklung war vornehmlich dem Zusammenbruch der Exporte und der Investitionstätigkeit zuzuschreiben, während sich der private Konsum mit einem moderateren Rückgang verhältnismäßig stabil hielt (vgl. Abb. 2.6).

Nach dem ausgeprägten Absturz im letzten halben Jahr scheint sich die Situation im zweiten Quartal 2009 etwas zu beruhigen. Darauf deuten verschiedene Indikatoren hin, die ihren freien Fall seit März beendet haben. Zu nennen ist hier allen voran die Industrieproduktion, deren Zuwachsraten zuletzt erstmals seit sechs Monaten mit 1,6% im März bzw. 5,2% im April wieder positiv waren. Auch der Index für das Verbrauchervertrauen oder der im März und April gestoppte Einbruch der Exporte deuten in eine ähnliche Richtung. Einen Beitrag zur weiteren Stabilisierung dürfte außerdem das im April noch einmal auf ein Volumen von etwa 270 Mrd. US-Dollar (ca. 6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) verdoppelte Konjunkturprogramm der Regierung leisten.

Trotz dieser vorsichtig optimistischen Zeichen existiert allerdings besonders für die mittelfristige wirtschaftliche Entwicklung noch beträchtliches Risikopotential. Im Zentrum steht dabei die Gefahr der Deflation, die durch den ausgeprägten Lohnrückgang im letzten halben Jahr noch um einiges größer wurde. Dieser Lohnrückgang und der zu erwartende beträchtliche Anstieg der Arbeitslosigkeit dürften den privaten Konsum stark belasten. Zudem ist angesichts der enormen Staatsverschuldung von über 180% des Bruttoinlandsproduktes der fiskalpolitische Handlungsspielraum zur Stimulierung der Wirtschaft sehr eng begrenzt.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass in den nächsten Monaten zumindest mit einem Ende des freien Falles der Wirtschaftsleistung gerechnet werden kann. Dies ist den erstmals leicht positiven Indikatoren der wirtschaftlichen Aktivität, der sich abzeichnenden Bodenbildung bei der Entwicklung des Welthandels und den massiven Konjunkturmaßnahmen der Regierung geschuldet. Weitere positive Impulse dürften außerdem von der geldpolitischer Seite kommen, hat doch die Bank of Japan zuletzt ihre Politik der quantitativen Lockerung ausgeweitet, indem sie auch amerikanische, britische, deutsche und französische Staatsanleihen als Sicherheiten für Kredite akzeptiert. Im Verlauf des zweiten Halbjahres dürften die Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung sogar wieder leicht positiv ausfallen.

Abb. 2.2
Konjunkturelle Entwicklung in Japan seit 2004

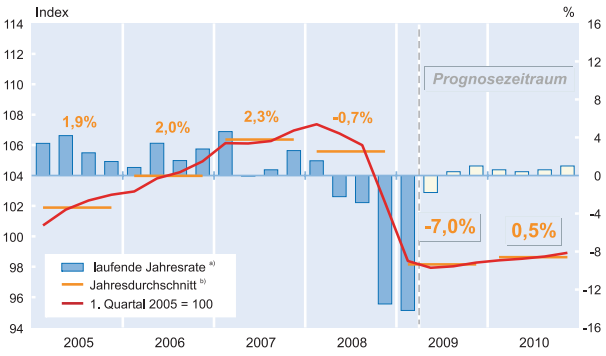


a) Real, saisonbereinigte Werte.
b) Waren und Dienstleistungen.
c) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
d) Saisonbereinigt.

Quelle: Bank of Japan; ESRI; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2.7

Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: ESRI; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

Aufgrund des zurückliegenden Absturzes ist für das Jahr 2009 mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 7,0% zu rechnen (vgl. Abb. 2.7). Die Entwicklung im Jahr 2010 dürfte insbesondere davon abhängen, ob die leicht positiven Impulse von Seiten der Weltwirtschaft oder die inländischen Bremskräfte überwiegen. Unter Berücksichtigung des momentanen Informationsstandes ist ein leichter Anstieg der Wirtschaftsleistung um 0,5% zu erwarten (vgl. Tab. 2.2).

China

Wie die meisten anderen asiatischen Staaten leidet auch China an dem Einbruch des Welthandels und dem damit einhergehenden Rückgang der Investitionstätigkeit in diesem Sektor. Das Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im vierten Quartal 2008 nur noch um 6,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im ersten Quartal 2009 betrug die Wachstumsrate lediglich 6,1%. Trotzdem überraschte die relative Stabilität der chinesischen Wirtschaft vor allem im ersten Quartal positiv. Zusammen mit Meldungen über den Anstieg unterschiedlicher Frühindikatoren hatte dies unter anderem zur Folge, dass der chinesische Leitindex an der Shanghaier Börse seit Jahresbeginn um über 40% an Wert gewonnen hat.

Nach diesen positiven Meldungen im ersten Quartal des Jahres entwickelten sich verschiedene Indikatoren für die Wirtschaftsleitung des Landes im April wieder etwas ungünstiger. So fiel die Zuwachsrate der Industrieproduktion von 8,3% im März auf 7,3% im April und der Rückgang der Exporte beschleunigte sich von 17% im März auf 22,6% im April (Raten berechnet gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat). Dem gegenüber stand allerdings auch eine Reihe von Indikatoren, die ihre Erholung vom März fortgesetzt haben. Hier stachen unter anderem die Einzelhandelsumsätze und wichtige Einkaufsmanagerindizes positiv hervor, was darauf hindeutet, dass das Konjunkturprogramm der Regierung im Umfang von rund 4000 Mrd. Yuan (14% des Bruttoinlandsproduktes über zwei Jahre) zur Stimulierung der Binnennachfrage seine Wirkung nicht verfehlt.

Die Vermutung liegt nahe, dass die sehr guten Zahlen im März – und hier speziell die Industrieproduktion – stark von den positiven Erwartungen der Marktteilnehmer getrieben waren. Die vereinzelten Rückschläge im April sollten daher nur eine Korrektur der etwas zu optimistischen Meinungen bezüglich der Zukunft im März gewesen sein, während die positive Grundtendenz intakt sein dürfte. Nichtsdestotrotz darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, wie abhängig auch China von der weltweiten Nachfrage ist, macht der Exportsektor doch 40% der Wirtschaftsleistung aus. Zwar kann China angesichts des schwierigen Umfeldes dank einer stark anziehenden Binnennachfrage der allgemeinen negativen Entwicklung noch entgegensteuern. Dennoch sprechen viele Gründe dafür, dass dieses Wachstum fast ausschließlich auf die stimulierende Wirkung der verschiedenen Maßnahmen der Regierung zurückzuführen ist und das Gegensteuern deshalb zeitlich begrenzt ist.

Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 daher nur um 6,5% zulegen. Für 2010 wird dagegen – ein leichtes Anziehen der Weltwirtschaft vorausgesetzt – mit einem etwas deutlicheren Wachstum der Wirtschaftsleistung um 8,0% gerechnet.

Tab. 2.2
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Japan

	2007	2008	2009	2010
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,4	– 0,7	– 7,0	0,5
Privater Konsum	0,7	0,5	– 2,6	– 0,5
Staatskonsum und -investitionen	2,0	0,9	1,2	1,0
Private Bruttoanlageinvestitionen	5,5	– 3,9	– 13,7	1,5
Inländische Verwendung	1,8	– 0,2	– 3,9	0,2
Außenbeitrag[a]	1,1	0,2	– 3,6	0,4
Verbraucherpreise	0,0	1,4	– 0,3	0,0
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[b]	– 2,4	– 1,5	– 7,4	– 9,0
Leistungsbilanzsaldo	4,8	3,2	2,1	1,6
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote	3,9	4,0	5,3	5,6

[a] Wachstumsbeitrag. – [b] Gesamtstaatlich.

Quelle: OECD; Cabinet Office; Berechnungen des ifo Instituts; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Indien

Nachdem die indische Wirtschaft schon im vierten Quartal 2008 ein vor dem Hintergrund

des weltweiten Konjunktureinbruchs hohes Wachstum der Wirtschaftsleistung von 5,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum aufgewiesen hatte, betrug die Wachstumsrate im ersten Quartal 2009 nach ersten Zahlen ebenfalls 5,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Damit wird deutlich, dass Indien eines der wenigen Länder der Welt ist, das durch die globale Krise nur leicht getroffen wird. Maßgeblich für diese Entwicklung dürfte dabei vor allem die besondere Struktur der Wirtschaft sein. So macht der Dienstleistungssektor einen für Schwellenländer sehr hohen Anteil von über 50% der Wirtschaftsleistung aus, bei einem gleichzeitig relativ geringen Anteil des Sekundärsektors von etwa 30%. Diese Struktur hatte zur Folge, dass im ersten Quartal dieses Jahres das Einbrechen der Exporte sowie der Rückgang der Industrieproduktion von 0,7% im Februar und 2,3% im März durch den sich ausgesprochen positiv entwickelnden Dienstleistungssektor und den – durch das Konjunkturprogramm der Regierung ermöglichten – erhöhten Staatskonsum mehr als aufgefangen wurde.

Anlass zur Hoffnung gibt auch die Entwicklung im zweiten Quartal. So zogen im April erstmals seit sechs Monaten die Verbraucherpreise wieder leicht an. Und auch der Anstieg der Beschäftigung in einigen industriell geprägten Wirtschaftsbereichen lässt auf eine wieder positivere Entwicklung in diesem Sektor schließen. Daneben dürften im laufenden Quartal die im Frühjahr beschlossenen fiskalpolitischen Maßnahmen im Umfang von inzwischen insgesamt 85 Milliarden US-Dollar (ca. 7% des Bruttoinlandsproduktes) positiv zum Tragen kommen.

Die jüngsten Entwicklungen deuten an, dass Indien die weltweite Wirtschaftskrise relativ gut überstehen wird. Für das Jahr 2009 wird erwartet, dass das reale Bruttoinlandsprodukt um 6,0% zulegt. Allerdings ist selbst dieser Anstieg für eine Volkswirtschaft mit einem Bevölkerungs- und Produktivitätswachstum wie Indien wohl zu niedrig, um stabile Beschäftigung zu garantieren. Im Jahr 2010 dürfte sich die Dynamik der indischen Wirtschaft weiter erhöhen. Es wird mit einem Anstieg der Wirtschaftsleistung um 7,0% gerechnet.

Euroraum

Die Wirtschaft des Euroraums verharrte im Frühling 2009 in der Rezession. Das reale Bruttoinlandsprodukt fiel im ersten Quartal um 2,5%, nachdem es bereits im Quartal zuvor um 1,8% zurückgegangen war. Der Konsum der privaten Haushalte sank vergleichsweise verhalten. Die Investitionen sackten jedoch sehr kräftig ab. Auch der Wachstumsbeitrag des Außenhandels fiel negativ aus, da sich die Exporte wesentlich stärker als die Importe verringerten (vgl. Abb. 2.8).

Die Kontraktion der Wirtschaft in den großen Ländern des Euroraums hat sich im ersten Quartal 2009 teilweise recht deutlich verschärft. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm vor allem in Deutschland, aber auch in Italien, Spanien und den Niederlanden stark ab, während es in Frankreich etwas verhaltener zurückging. Die Talfahrt der Konjunktur wurde allerdings durch unterschiedliche Faktoren ausgelöst. So brachen in Deutschland die Nettoexporte empfindlich ein, während die Binnennachfrage insbesondere in Italien, Spanien und den Niederlanden kräftig nachgab.

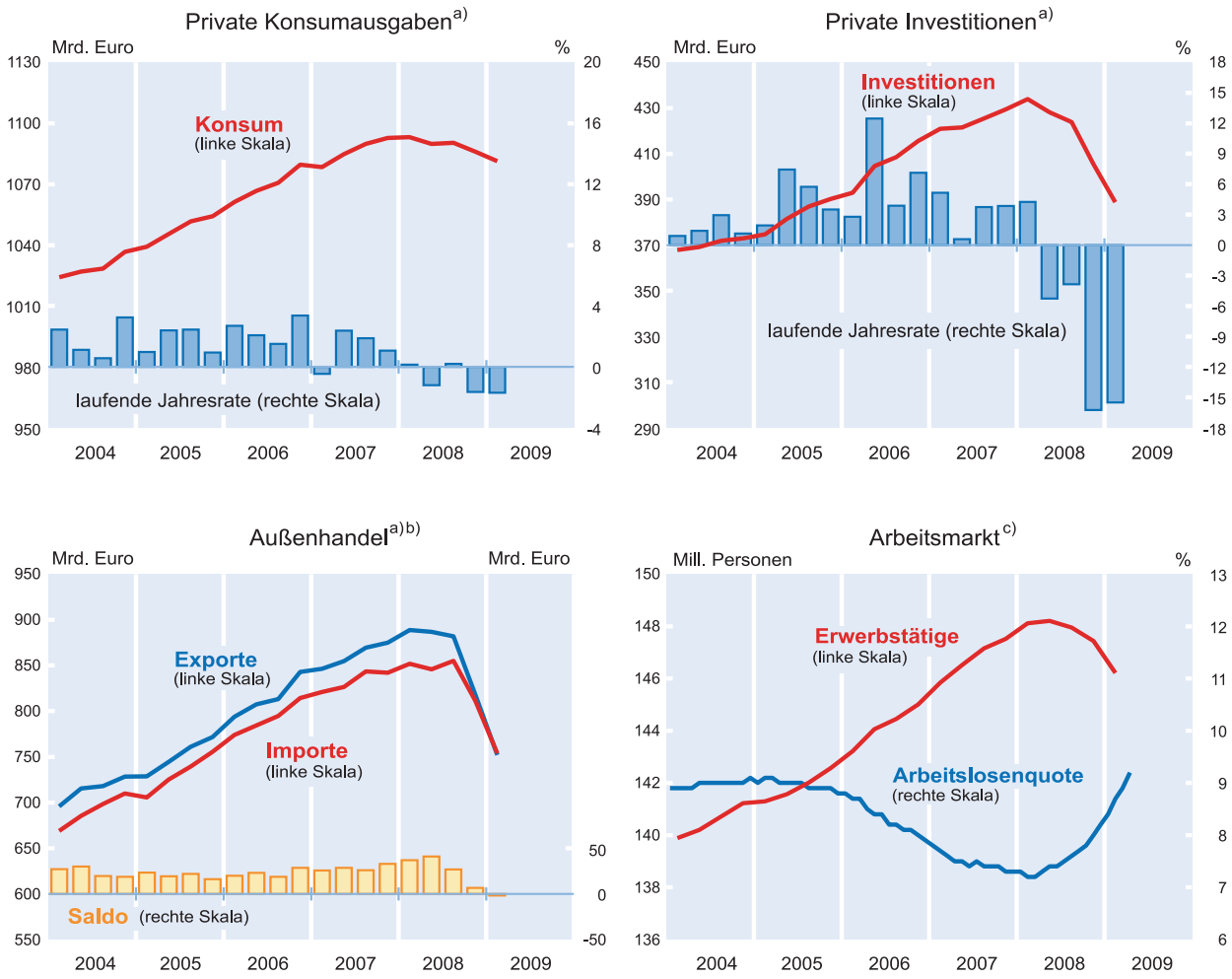
Die Industrieproduktion im Euroraum sackte in den ersten Monaten des Jahres 2009 weiter ab. Die Stimmung der Unternehmen trübte sich infolge schlechter Ertragsaussichten, gesunkener Auftragseingänge und verschärfter Kreditkonditionen ein. Auch die Umfragen zum Verbrauchervertrauen fielen pessimistisch aus, da insbesondere die Angst vor dem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes zunehmend belastend wirkte. Das ifo Wirtschaftsklima erreichte im ersten Quartal 2009 einen historischen Tiefstand (vgl. Abb. 2.9). Zuletzt erholte sich der Indikator allerdings leicht, was auf darauf hindeutet, dass sich die Dynamik der Abwärtsentwicklung in den kommenden Quartalen abschwächen dürfte.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich seit Beginn des Jahres 2009 nochmals verschlechtert. Die Zahl der Erwerbstätigen fiel beschleunigt um 0,8%. Spiegelbildlich stieg die Arbeitslosenquote deutlich. Sie lag im April bei 9,2%, nachdem sie im Januar noch 8,4% betragen hatte. Die Anspannungen am Arbeitsmarkt gestalteten sich zwischen den einzelnen Ländern der Region bislang uneinheitlich. Während in Deutschland, den Niederlanden oder Österreich die Arbeitslosenquoten vergleichsweise moderat stiegen, nahmen sie vor allem in Spanien und Irland dramatisch zu.

Die Zunahme der Preise hat sich Verlauf des Jahres 2009 kräftig abgeflacht. Die Inflationsrate ging – gemessen an der Veränderungsrate des Harmonisierten Verbrauchpreisindexes – von 1,1% im Januar auf 0% im Mai zurück. Maßgeblich für den scharfen Rückgang der Inflationsrate war das kräftige Absinken der Energiepreise, das die Verteuerung von Dienstleistungen und von unverarbeiteten Nahrungsmitteln überkompensierte. Die Kerninflationsrate fiel dagegen nur leicht. Sie lag im Mai bei 1,5%, während sie im Januar 1,8% betrug.

Die Europäische Zentralbank setzte den expansiven geldpolitischen Kurs fort, den sie im Oktober 2008 eingeschlagen hatte. Anfang Mai senkte sie den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf nunmehr 1% und dehnte die Versorgung des Bankensystems mit längerfristigem Zentralbankgeld weiter aus. Die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte decken mittlerweile knapp zwei Drittel des über Offenmarktgeschäfte zur Verfügung gestell-

Abb. 2.8
Konjunkturelle Entwicklung im Euroraum seit 2004



[a)] Real, saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte.
[b)] Waren und Dienstleistungen.
[c)] Saisonbereinigt.

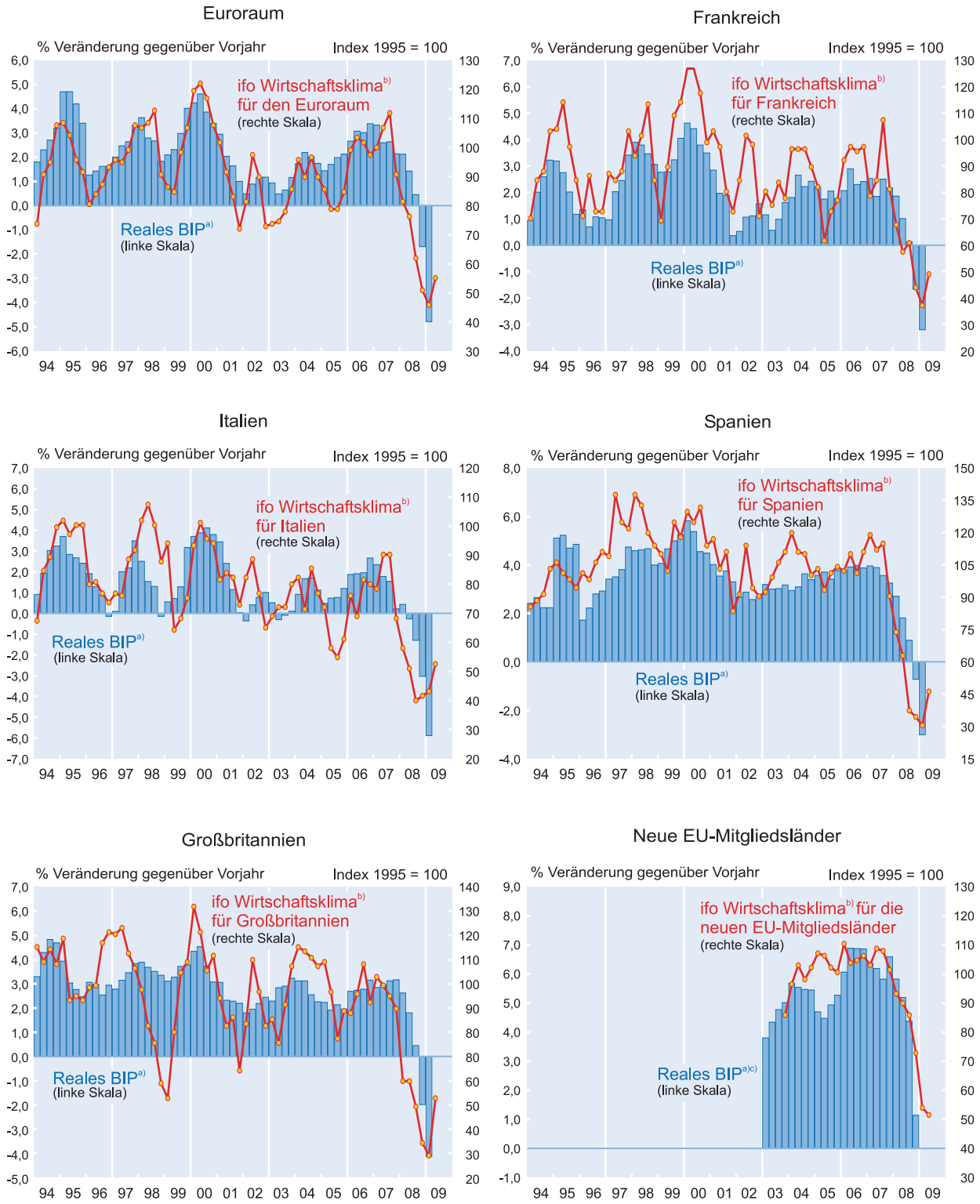
Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

ten Zentralbankgeldes ab. Das Volumen der Geldbasis stieg zwischen Oktober 2008 und Januar 2009 zunächst deutlich von 900 Mrd. Euro auf über 1200 Mrd. Euro an. Maßgeblich für diese starke Ausweitung war vor allem die Umstellung der Offenmarktgeschäfte auf einen Mengentender mit unbegrenzter Zuteilung, die zu einer intensiven Inanspruchnahme der Einlagefazilität durch das Bankensystem führte. Aufgrund der hohen Unsicherheit, die unter den Banken herrschte, stellten sie überschüssige Liquidität nicht wie gewöhnlich anderen Instituten über den Geldmarkt zur Verfügung, sondern horteten in der Spitze bis über 300 Mrd. Euro des großzügig bereitgestellten Zentralbankgeldes. Die Unsicherheit unter den Banken spiegelte sich auch in den hohen Risikoprämien für unbesichertes Dreimonatsgeld im Interbankenhandel wider, die Ende letzten Jahres auf bis zu 1,75 Prozentpunkte anstiegen.

Seit Anfang dieses Jahres scheint das Vertrauen unter den Banken wieder zuzunehmen. Die Risikoprämien verringerten sich kontinuierlich und betrugen für Dreimonatsgeld zuletzt weniger als 0,5 Prozentpunkte; für Einmonatsgeld gingen sie sogar auf knapp über Null Prozentpunkte zurück, und damit auf ein Niveau, das vor Ausbruch der Finanzkrise herrschte. Der Dreimonats-Euribor sank im Juni bis auf 1,2% (vgl. Abb. 2.10). Auch die Inanspruchnahme der Einlagefazilität ging deutlich zurück und beläuft sich derzeit auf nur noch knapp über 10 Mrd. Euro. Das Volumen der Geldbasis sank zuletzt auf 1 000 Mrd. Euro. Bei den Anleiherenditen kam es seit Jahresbeginn ebenfalls zu einem deutlichen Rückgang der Risikoprämien. Während die 10-jährige Rendite deutscher Staatsanleihen bis Mitte Juni auf 3,5% angestiegen ist (von durchschnittlich 3,1% im Januar), fiel die Verzinsung von Unternehmensanleihen mittlerer Boni-

Abb. 2.9

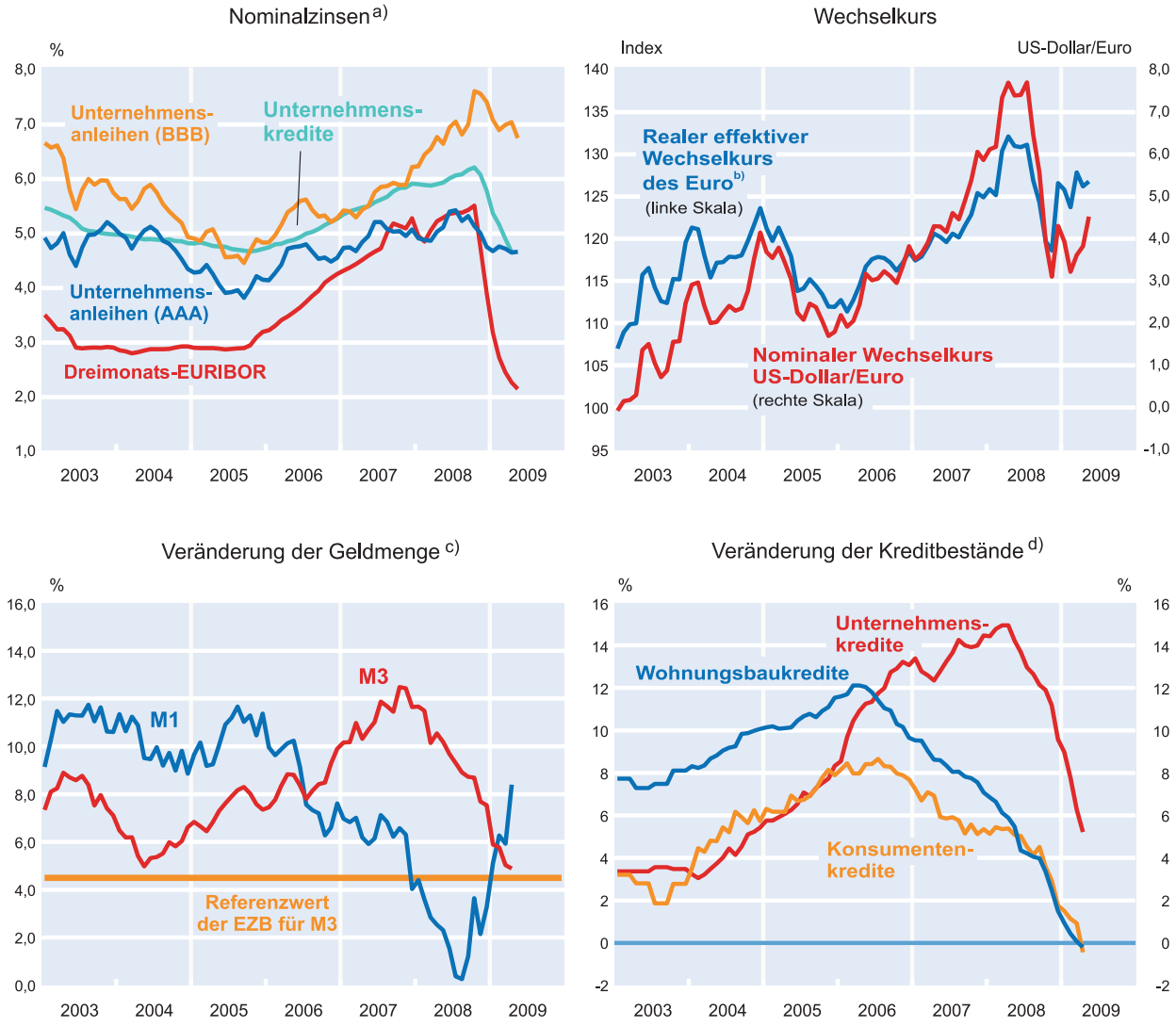
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für ausgewählte europäische Länder und Regionen



a) Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in %, saison- und arbeitstäglich bereinigt.
b) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
c) Berechnungen des ifo Instituts.

Quelle: Eurostat; Ifo World Economic Survey (WES) II/2009.

Abb. 2.10
Zur monetären Lage im Euroraum



a) Unternehmenskredite = Zinssatz für bestehende Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften; Unternehmensanleihen = Zinsen für Corporate Bonds höchster (AAA) und mittlerer (BBB) Güte mit einer Laufzeit von 10 Jahren. - b) Weiter Länderkreis. - c) Veränderung gegenüber Vorjahr, Index, saisonbereinigt; M1 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen; M3 = M1 + Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. - d) Veränderung gegenüber Vorjahr; Unternehmenskredite = Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften; Wohnungsbaukredite = Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte.

Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

tät (BBB) im Euroraum auf 6,2% (von durchschnittlich 6,9% im Januar). Auch der Abstand zu den Renditen zehnjähriger Staatsanleihen anderer Euroraum-Länder verringerte sich deutlich.

Ein Teil der gesunkenen Refinanzierungskosten wurde von den Banken bereits weitergegeben. Die durchschnittlichen Zinsen für Unternehmenskredite sanken von 5,9% im Oktober auf 4,1% im April. Gleichzeitig setzte sich die Verlangsamung des Anstiegs des Kreditvolumens weiterhin fort. Zwar expandierte das Volumen an Unternehmenskrediten im April mit 5,2% gegenüber dem Vorjahr noch relativ rasch; der Anstieg des Kreditvolumens an private Haushalte verlief dagegen schon weit weniger dynamisch und stagnierte bereits im Vorjahresvergleich. Dabei ist das Kreditvolumen an private Haushalte im Verlauf (Veränderungsrate gegenüber Vormonat) bereits seit Oktober rückläufig; die Verlaufsraten beim Unternehmenskreditvolumen sind dagegen erst seit Februar negativ. Diese verzögerte Reaktion der Kreditvolumina auf kon-

Zur Kreditsituation in Deutschland

Im vorliegenden Kasten soll untersucht werden, ob die Finanzkrise in den vergangenen Monaten einen Einfluss auf die Entwicklungen des Kreditvolumens und -zinses in Deutschland hatte, der über den üblichen konjunkturellen Verlauf hinausging. Während Banken in konjunkturellen Schwächephasen aufgrund der zunehmenden Kreditausfallrisiken ihr Kreditangebot üblicherweise reduzieren, könnte als unmittelbare Folge der Finanzkrise vermutet werden, dass das deutsche Bankensystem wegen der hohen Abschreibungen und der niedrigen Eigenkapitalquoten die Kreditversorgung zusätzlich einschränkt. In einem solchen Fall würde das Bankensystem zu einer Verstärkung oder Verlängerung der Rezession beitragen.

Um das Zusammenspiel von Kreditzinsen und Kreditvolumen zu untersuchen, wurde ein vektorautoregressives Modell über den Zeitraum von Januar 2003 bis August 2008 geschätzt. Neben den beiden endogenen Variablen Kreditzins und logarithmiertes Kreditvolumen wurden die logarithmierte Industrieproduktion (ohne Bau) und der Hauptrefinanzierungssatz als exogene Variable ins Modell aufgenommen. Bei allen Variablen wurden neben der aktuellen Realisation vier Verzögerungen bei der Schätzung berücksichtigt. Die Kreditreihen stammen aus der EWU-Zinsstatistik der Deutschen Bundesbank und beziehen sich auf das Volumen bestehender Kredite deutscher Banken an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und der dazugehörigen durchschnittlichen (volumengewichteten) Effektivzinssätze. Auch die Industrieproduktion und der Hauptrefinanzierungssatz der EZB wurden aus der Datenbank der Deutschen Bundesbank entnommen.

Das Ende des Schätzzeitraums wurde so gewählt, dass der aktuelle Zinssenkungszyklus der EZB, der im September 2008 einsetzte, von der Schätzung des Modells ausgeschlossen wurde. Auf Basis des geschätzten Modells wurde dann eine Prognose für die Entwicklung des Kreditvolumens und des Kreditzinses für den Zeitraum September 2008 bis April 2009 erstellt, unter der Annahme, dass die Entwicklung des Hauptrefinanzierungssatzes und der Industrieproduktion im Prognosezeitraum der tatsächlichen Entwicklung entspricht. Bei diesem Schätzansatz können somit keine Kausalitäten untersucht werden, da insbesondere Rückwirkungen der Kreditvariablen auf die realwirtschaftliche Aktivität per Annahme ausgeschlossen wurden. Vielmehr soll überprüft werden, ob sich die dynamischen Korrelationen zwischen den Notenbankzinsen und der Industrieproduktion auf der einen Seite und den Kreditvariablen auf der anderen Seite, die in der Vergangenheit beobachtet wurden, aufgrund der Finanzkrise verändert haben.

Das Ergebnis der Prognose zeigt Abb. 2.11. Verglichen mit dem historischen Muster fällt der Rückgang der Kreditzinsen beim unterstellten Verlauf des Hauptrefinanzierungssatzes und der Industrieproduktion deutlich stärker aus. Die Prognose auf Basis des Modells hätte einen Zins in Höhe 5,1% im April 2009 ergeben; tatsächlich aber sanken die durchschnittlichen Zinsen für Unternehmenskredite auf 4,3%. Die Zinssenkungen der EZB wurden durch die deutschen Banken also stärker weitergegeben als dies in der Vergangenheit der Fall war. Entsprechend fiel auch die Abschwächung bei der Veränderung des Kreditvolumens geringer aus als vom Modell prognostiziert. Während das tatsächliche Kreditvolumen erstmals im Februar geringfügig um 0,2% gegenüber dem Vormonat sank, hätte eine Fortschreibung des historischen Zusammenspiels der Variablen einen deutlich stärkeren Rückgang um 0,7% bereits im Januar erwarten lassen.

Die Schätzungen zeigen, dass die Kreditvergabepraxis deutscher Banken nicht grundlegend restriktiver ausgestaltet ist, als dies in der Vergangenheit in einer ähnlichen konjunkturellen Situation der Fall gewesen wäre. Natürlich ist in dem kurzen Schätzzeitraum, der der Untersuchung zugrunde liegt, weder eine Finanzkrise noch ein vergleichbarer konjunktureller Einbruch enthalten. Umso mehr überrascht die starke Weitergabe der Zinssenkungen und der moderate Rückgang des Kreditvolumens.[a)]

Aber auch andere Indikatoren liefern keine Hinweise für eine um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Kreditsituation, die durch eine ausgesprochene angebotsseitige Zurückhaltung gekennzeichnet ist. Zwar geben im Rahmen von Umfragen sowohl die Unternehmen einen zunehmend restriktiveren Zugang zu Krediten (ifo Kredithürde) als auch die Banken eine zunehmende Verschärfung der Kreditstandards seit 2008 an (vgl. Abb. 2.12). Allerdings liegen beide Indikatoren immer noch unter ihrem Niveau von 2003, einem Jahr, in dem die Verlaufsraten der Industrieproduktion ebenfalls über mehrere Monate negativ waren und die EZB den Hauptrefinanzierungssatz auf ein aus damaliger Sicht historisch niedriges Niveau von 2% senkte. Eine einfache konjunkturelle Bereinigung der ifo Kredithürde kann vorgenommen werden, indem man sich nur auf den Teil Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe beschränkt, die angeben, die Kreditvergabe sei restriktiv, obwohl sie ihre Geschäftslage als gut einschätzen. Seit Jahresanfang liegt der Anteil dieser Unternehmen bei etwas mehr als 2%, und damit so niedrig wie nie zuvor.[b)]

Um zu einer Abschätzung der Entwicklung am aktuellen Rand und im Prognosezeitraum zu gelangen, wurde das ökonometrische Modell über den gesamten Zeitraum geschätzt, für den Kreditzinsen und -volumina zur Verfügung stehen, und für die restlichen Monate dieses Jahres eine Prognose durchgeführt. Abb. 2.11 zeigt, dass sich der Rückgang der Kreditzinsen fortsetzten dürfte und dass sie sich am Jahresende bei knapp unter 3% befinden dürften. Der Rückgang beim Kreditvolumen dürfte sich stark beschleunigen, denn nach unseren Schätzungen schlägt der Einbruch der realwirtschaftlichen Aktivität erst mit einer Verzögerung von einigen Monaten auf den Bestand an Unternehmenskrediten durch.

Gleichwohl sollte diese Analyse nicht den Eindruck vermitteln, dass die Finanzkrise bereits überstanden ist. Dass sich bislang keine nennenswerten Auswirkungen auf die Kreditsituation zeigten, kann zweierlei Gründe haben. Zum einen sind Schätzungen zufolge bis Februar 2009 nicht mehr als 27,5% der insgesamt zu erwartenden Abschreibungen auf toxische Vermögenspositionen in den Bankbilanzen realisiert worden. So gesehen steht die Welt im Jahr 2009 nicht am Ende, sondern am Beginn der heißen Phase ihrer Finanzkrise.[c)] Zum anderen konnten offenbar die bisherigen Verluste beim Eigenkapitalbestand, die infolge der bereits realisierten Abschreibungen zu Buche schlugen, durch die massiven staatlichen Interventionen zumindest teilweise ausgeglichen werden, so dass eine flächendeckende Verknappung des Kreditangebots, die über das konjunkturell Übliche hinausgeht, bislang verhindert werden konnte. Für den Prognosezeitraum ist jedoch davon auszugehen, dass sich die Kreditsituation – wie beschrieben – nicht nur verschlechtern wird, sondern dass es auch lange dauern wird, bis der Bankensektor die Kreditvergabe wieder ausweiten wird. Für den weiteren Konjunkturverlauf hat diese Verknappung des Kreditangebots insbesondere dann Konsequenzen, wenn die Kreditnachfrage z.B. aufgrund einer anziehenden Weltkonjunktur wieder anspringt und nicht im vollen Umfang bedient werden kann. Empirische Studien belegen, dass Rezessionen, die mit Bankenkrisen verbunden waren, im Vergleich zu normalen Rezessionen deutlich gravierender ausfielen und sich über einen längeren Zeitraum hinzogen.[d)] Für Deutschland scheint dies daher gegenwärtig das relevante Szenario zu sein.

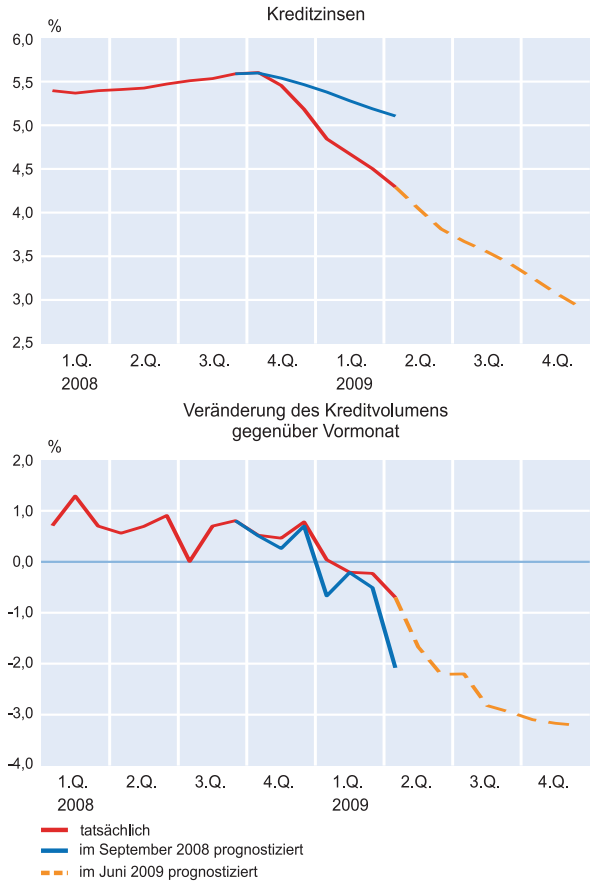
[a)] Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die Deutsche Bundesbank im Monatsbericht Mai 2009.

[b)] Bei der Interpretation dieser Kurve muss allerdings berücksichtigt werden, dass sie auf Basis einer nur geringen Anzahl von Unternehmensnennungen berechnet wurde. Die Anzahl der Unternehmen, die eine gute Geschäftslage aufweisen und dennoch die Kreditvergabebedingungen als restriktiv empfinden liegt in der Regel unter 100 (bei durchschnittlich über 2000 Antworten auf die Frage nach den Kreditvergabebedingungen im verarbeitenden Gewerbe). Im Mai 2009 lag diese Anzahl bei lediglich 57.

[c)] Vgl. H.-W. Sinn, *Kasino-Kapitalismus – Wie es zur Finanzkrise kam, und was jetzt zu tun ist*, Econ, Berlin 2009.

[d)] Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, *Im Sog der Weltrezession – Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009*, Essen 2009.

Abb. 2.11
Kreditzinsen und Kreditvolumen



Quelle: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

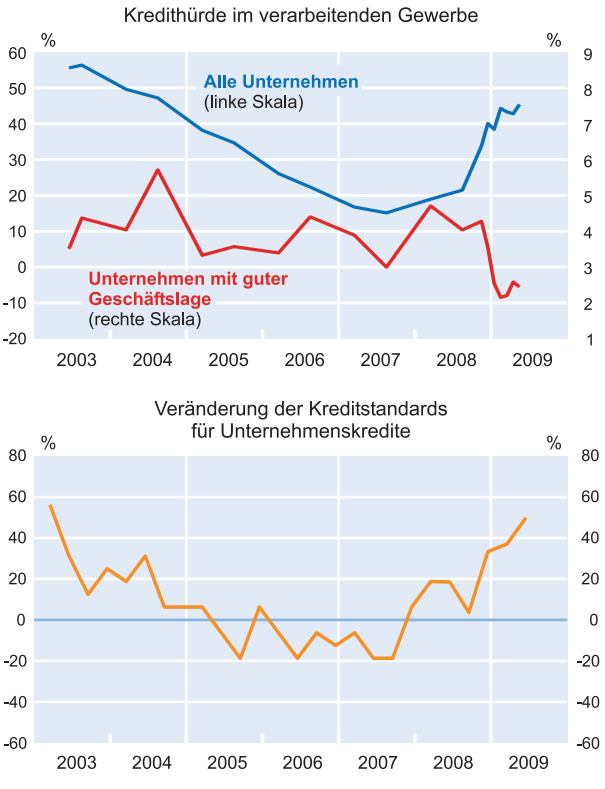
junkturelle Abschwächungen und der Kreditzinsen auf Leitzinssenkungen ist durchaus üblich. Am Beispiel Deutschlands wird in Kasten »Zur Kreditsituation in Deutschland« gezeigt, dass im Vergleich zu vergangenen Reaktionsmustern die jüngsten Zinssenkungen der EZB durch die Banken eher überdurchschnittlich stark weitergegeben wurden; entsprechend fiel der Rückgang der Veränderungsraten des Kreditvolumens vergleichsweise moderat aus. Dies deutet darauf hin, dass die Interventionen der EZB und die Bankenrettungspakete der Regierungen nicht ohne Wirkung geblieben sind.

Auch die Veränderungsrate der Geldmenge M3 schwächte sich im April weiter auf 4,9% ab; dabei erhöhte sich der Beitrag der Geldmenge M1 in den vergangenen Monaten sehr deutlich auf 3,6 Prozentpunkte im April. Dazu dürften in nicht unerheblichem Ausmaß Portfolioumschichtungen der Privaten beigetragen haben. Diese haben als Reaktion auf die Krise im Bankensektor Geldvermögen vorsorglich in jederzeit abrufbare und vielfach staatlich garantierte monetäre Anlagen (Bargeld und täglich verfügbare Einlagen) umgeschichtet.

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt, nach zwischenzeitlich erheblichen Schwankungen, mit gegenwärtig rund 1,40 US-Dollar je Euro auf dem Niveau von Jahresbeginn. Dementsprechend befand sich auch der reale effektive Wechselkurs des Euro im Mai ungefähr auf dem Niveau des Januarwerts.

Die Europäische Zentralbank wird ihre stark expansive Geldpolitik im Prognosezeitraum weiter fortsetzen. Sie wird dabei vor allem auf den konjunkturellen Einbruch reagieren, der sich im Zuge der Finanzkrise in den letzten Monaten erheblich verschärfte und in deren Folge sich die laufende und erwartete Inflation verringerte. Die EZB wird den Hauptrefinanzierungssatz bei 1% belassen. Einen Rückgang darüber hinaus wird nicht unterstellt, da die EZB mehrmals deutlich gemacht hat, dass sie eine Nullzinspolitik, wie sie faktisch in den Vereinigten Staaten seit Dezember praktiziert wird, ablehnt. Vielmehr wird davon ausgegangen, dass die EZB vermehrt Refinanzierungsgeschäfte mit längerer Laufzeit und unbegrenzter Zuteilung anbieten wird. Außerdem ergänzt

Abb. 2.12
Kredithürde und Kreditstandards



Anmerkung: Die Kredithürde wird aus einer Unternehmensbefragung des ifo Instituts berechnet und misst den Anteil der Unternehmen in Prozent, die angeben, die Kreditvergabe sei restriktiv. Die Veränderung der Kreditstandards wird aus einer Befragung der Banken durch die Deutsche Bundesbank berechnet und entspricht dem Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft" und „leicht verschärft" und der Summe der Angaben „etwas gelockert" und „deutlich gelockert" in % der gegebenen Antworten.

Quelle: ifo Institut; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des ifo Instituts.

sie ihre »Sondermaßnahmen« ab Juli um den direkten Ankauf besicherter Anleihen in einem geplanten Volumen von 60 Mrd. Euro.[3]

Im Euroraum wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte im laufenden Jahr erheblich verschlechtern. So werden die Staatsausgaben infolge der expansiven Maßnahmen durch die Umsetzung der beschlossenen Konjunkturprogramme sowie der Kosten durch die automatischen Stabilisatoren deutlich stärker steigen als zuvor. Die Staatseinnahmen werden dagegen aufgrund des scharfen Einbruchs der Konjunktur, der Steuervergünstigungen sowie der erwarteten Zunahme der Arbeitslosigkeit rückläufig sein. Die Defizitquote wird sich auf etwa 5,5% erhöhen. Seit dem Bestehen der Währungsunion wird sie damit ihren höchsten Wert erreichen.

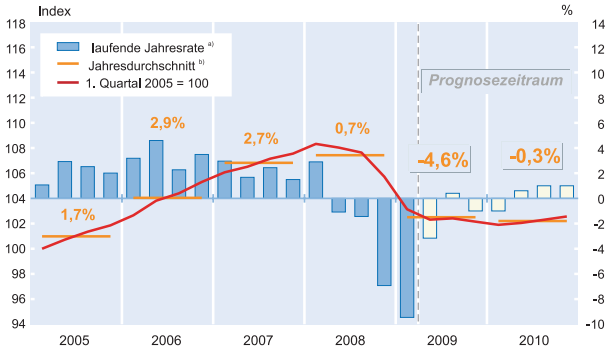
In vielen Ländern der Region ist angesichts der fiskalischen Belastungen durch die Rezession mit einer Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu rechnen, der die Neuverschuldung auf 3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt begrenzt. Dies trifft auch die Länder, wie z.B. Deutschland, die in noch im vergangenen Jahr teilweise recht deutliche Bemühungen zur Konsolidierung ihrer öffentlichen Haushalte vorgenommen haben. Dagegen wird in Ländern wie Frankreich, Spanien, Griechenland und Irland, die ihre Neuverschuldung bereits im vergangenen Jahr massiv ausgeweitet haben, der fiskalpolitische Handlungsspielraum zunehmend eingeschränkt sein, nicht zuletzt auch weil die Europäische Kommission mittlerweile Defizitverfahren eingeleitet hat. Die Erhöhung der Staatsverschuldung nährt die Befürchtung, dass sich die fiskalische Position in einigen Ländern auch mittelfristig verschlechtern könnte. Dies hat dazu beigetragen, dass Irland und Griechenland, aber auch Portugal, Spanien und Italien, für ihre Anleihen im Vergleich zum Vorjahr recht hohe Zinsaufschläge hinnehmen müssen.

Im Euroraum wird sich die Lage der öffentlichen Haushalte im Jahr 2010 nochmals zuspitzen. Die Staatsausgaben dürften sich angesichts der schwachen konjunkturellen Entwicklung weiter erhöhen, während sich die Staatseinnahmen verringern dürften. Die Defizitquote wird insgesamt auf etwa 6,3% steigen.

[3] Besicherte Anleihen (im Englischen Covered Bonds) sind festverzinsliche Wertpapiere, die durch in der Bilanz der emittierenden Bank befindliche Forderungen gedeckt sind. Diese Forderungen sind üblicherweise im Grundbuch eingetragene Hypothekar-Kredite an Firmen und Privatpersonen sowie Kreditforderungen an öffentliche Institutionen. In Deutschland ist diese Form der Anleihe als Pfandbrief bekannt.

Abb. 2.13

Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
Saison- und kalenderbereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

Die Entwicklung der Wirtschaft im Euroraum wird im Prognosezeitraum zunächst weiter rückläufig sein, ehe sie sich langsam belebt (vgl. Abb. 2.13). Die begrenzten Ertragsaussichten der Unternehmen, die tiefen Bremsspuren der globalen Rezession, der Einbruch der Immobilienpreise in einigen Ländern der Region sowie die anhaltenden Probleme im Bankensektor, die noch zu einer deutlichen Verschärfung der Kreditkondition führen dürfte, wirken weiterhin belastend. Allerdings dürfte die Konjunktur durch den Impuls der fiskalischen Konjunkturprogramme zumindest vorübergehenden stimuliert werden. Mit einer schnellen Erholung ist jedoch nicht zu rechnen.

Im Euroraum wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 4,6% sinken, ehe es im Jahr 2010 nochmals leicht um 0,3% zurückgeht (vgl. Tab. 2.3). Der Konsum dürfte infolge der schlechteren Lage auf dem Arbeitsmarkt rückläu-

Tab. 2.3
Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2007	2008	2009	2010
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Reales Bruttoinlandsprodukt	2,7	0,7	– 4,6	– 0,3
Privater Konsum	1,5	0,4	– 1,8	– 0,8
Öffentlicher Konsum	2,3	1,8	2,0	1,8
Bruttoanlageinvestitionen	4,7	– 0,1	– 10,5	0,5
Inländische Verwendung	2,4	0,5	– 3,0	0,0
Exporte[a]	5,7	1,0	– 14,0	1,5
Importe[a]	5,2	1,0	– 10,5	1,8
Außenbeitrag[b]	0,3	0,0	– 1,7	– 0,2
Verbraucherpreise[c]	2,1	3,3	0,1	0,5
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo[d]	– 0,6	– 1,9	– 5,5	– 6,3
Leistungsbilanzsaldo	0,1	– 1,0	– 1,4	– 1,5
In % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote[e]	7,5	7,6	9,7	11,1

[a] Einschließlich Intrahandel. – [b] Wachstumsbeitrag. – [c] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [d] Gesamtstaatlich. – [e] Standardisiert.

Quelle: Eurostat; Europäische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

fig sein. Die Investitionen dürften angesichts der sehr niedrigen gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung vorübergehend sehr kräftig abnehmen. Der Außenhandel wird einen negativen Wachstumsimpuls liefern, der sich jedoch im Zuge der allmählichen weltwirtschaftlichen Belebung zunehmend abschwächen dürfte.

Der Anstieg der Preise wird insgesamt verhalten bleiben. Die Inflationsrate wird im Jahr 2009 bei 0,1% und im Jahr 2010 bei 0,5% liegen. Die Kerninflation dürfte trotz der geringen Kapazitätsauslastung positiv bleiben. Die Situation am Arbeitsmarkt wird sich infolge der konjunkturellen Schwäche deutlich verschärfen. Die Arbeitslosenquote dürfte im laufenden Jahr auf 9,7% und im kommenden Jahr auf 11,1% steigen.

Frankreich

Die Rezession in Frankreich setzte sich im Frühjahr 2009 fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt fiel im ersten Quartal um 1,2%, nachdem es zuvor bereits um 1,5% gesunken war. Der Konsum erhöhte sich – auch aufgrund der eingeführten Abwrackprämien für Autos – zwar moderat. Die Investitionen brachen jedoch erneut spürbar ein. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels fiel nur leicht negativ aus, weil Exporte und Importe nahezu im gleichen Maße rückläufig waren.

Die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich bleiben getrübt, sie haben sich zuletzt allerdings etwas aufgehellt. So hat sich die Stimmung der Unternehmen verbessert. Das Geschäftsklima legte dank günstigerer Produktionserwartungen zu. Das Vertrauen der Verbraucher stieg ebenso an, dennoch deuteten die Details des Indikators darauf hin, dass die Konsumenten mit einer weiteren deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit rechnen. Das zaghafte Aufleben der Stimmung spiegelte sich in der Entwicklung des ifo Wirtschaftsklimas wider, das im zweiten Quartal stieg, nachdem es in den zwei Quartalen zuvor kräftig nachgegeben hatte (vgl. Abb. 2.9).

Der Anstieg der Preise hat sich seit Beginn des Jahres 2009 erheblich abgeflacht. Die Inflationsrate fiel von 0,8% im Januar auf – 0,3% im Mai. Die Kerninflationsrate ging jedoch nur leicht zurück. Sie lag im Mai bei 1,5%. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich aufgrund der wirtschaftlichen Flaute weiter angespannt. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich kontinuierlich. Sie erreichte im April 8,9%, nachdem sie im Januar bereits bei 8,5% gelegen hatte.

Die Regierung hat inzwischen zahlreiche Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft verabschiedet. Der größte Teil des Konjunkturpakets entfällt auf direkte öffentliche Investitionen, wie z.B. Infrastrukturprojekte, Investitionen öffentlicher Betriebe, höhere Sozialtransfers sowie Abgaben- und Steuererleichterungen, wobei letztere jedoch nur einen geringen Umfang ausmachen. Die Finanzierung des Konjunkturpakets erfolgt hauptsächlich über Neukredite, da Maßnahmen zur Kürzung der Ausgaben oder Erhöhung der Steuereinnahmen vorerst nicht vorgesehen sind. Der Spielraum für weitere Aktionen zur Stützung der Konjunktur ist jedoch begrenzt, da die Europäische Kommmission mittlerweile ein Defizitverfahren eingeleitet hat. Es ist damit zurechnen, dass die Defizitquote in diesem Jahr bei über 6% liegen wird. Im nächsten Jahr dürfte sie sogar auf etwa 7,5% steigen.

Die Wirtschaft in Frankreich wird sich im Prognosezeitraum allmählich erholen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2009 um 3,3% sinken und im Jahr 2010 um 0,2% steigen (vgl. Tab. 2.4).

Italien

In Italien hat sich der Rückgang der Wirtschaft im Frühling 2009 beschleunigt fortgesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt fiel im ersten Quartal um 2,4%, nachdem es im vierten Quartal 2008 um 2,2% zurückgegangen war.

Die Schwäche der italienischen Konjunktur ist markant. Der Konsum der privaten Haushalte ist seit mehreren Quartalen rückläufig. Die Stimmung der Verbraucher hat trotz der günstigen Entwicklung der Realeinkommen, die sich infolge der nachlassenden Inflation einstellte, verschlechtert. Zusätzlich wirkte die getrübte Lage auf dem Arbeitsmarkt zunehmend belastend. So stieg die Arbeitslosenquote zuletzt auf knapp 7%. Die Investitionen sind ebenfalls seit mehreren Quartalen gesunken; ihr Rückgang hat sich inzwischen sogar stark beschleunigt. Die Stimmung der Unternehmen ist angesichts der verhaltenen Ertragsaussichten nach wie vor gedrückt. Zudem verringerte sich die Kapazitätsauslastung merklich. Auch der Saldo im Außenhandel hat sich im vergangenen Quartal massiv verschlechtert, da die Nachfrage der ausländischen Handelspartner stark abgenommen hat.

Die Sanierung der öffentlichen Haushalte seitens der Regierung wird im Jahr 2009 ins Stocken geraten. Angesichts der konjunkturellen Flaute sind Hilfspakete zur Ankurbelung der Wirtschaft geplant. Der Spielraum der Maßnahmen ist jedoch aufgrund budgetärer Engpässe begrenzt. Zudem sind der Neukreditaufnahme zur Finanzierung der Hilfspakete durch den Anstieg der Risikoaufschläge auf italienische Staatsanleihen Grenzen gesetzt. Insgesamt dürfte die Defizitquote im laufenden Jahr auf etwa 5% und im kommenden Jahr auf etwa 6% steigen.

In Italien wird sich die ausgeprägte Schwäche der Wirtschaft im Prognosezeitraum fortsetzen. Insgesamt wird das Brut-

Tab. 2.4
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa[a)]

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Verbraucherpreise[b)] Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %			Arbeitslosenquote[c)] in %		
		2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Deutschland	19,9	1,3	– 6,3	– 0,3	2,8	0,1	0,4	7,3	8,1	9,9
Frankreich	15,6	0,4	– 3,3	0,2	3,2	0,0	0,5	7,8	9,3	10,1
Italien	12,6	– 1,0	– 5,0	– 0,7	3,5	0,5	0,5	6,8	8,9	10,0
Spanien	8,8	1,2	– 4,0	– 1,0	4,1	– 0,7	0,0	11,4	18,0	20,5
Niederlande	4,7	2,1	– 3,7	0,2	2,2	0,7	0,7	2,8	3,7	5,0
Belgien	2,8	1,1	– 3,2	0,3	4,5	0,3	0,7	7,0	8,0	9,0
Österreich	2,3	1,8	– 3,7	0,3	3,2	0,2	0,6	3,9	4,7	5,8
Griechenland	1,9	2,9	– 1,5	0,6	4,2	0,9	1,9	7,7	8,8	9,6
Finnland	1,5	0,9	– 4,5	0,2	3,9	1,1	1,3	6,4	8,0	9,0
Irland	1,5	– 2,3	– 9,0	– 1,5	3,1	– 1,0	0,2	6,3	12,2	14,3
Portugal	1,3	0,0	– 4,0	0,0	2,6	– 0,8	0,6	7,8	9,6	11,0
Slowakei	0,5	6,4	– 2,3	1,8	3,9	1,1	2,2	9,6	11,5	12,7
Slowenien	0,3	3,5	– 2,7	1,5	5,6	0,6	1,5	4,4	6,0	7,0
Luxemburg	0,3	– 0,9	– 4,0	– 0,1	4,1	– 0,5	1,3	4,9	6,8	7,5
Zypern	0,1	3,7	0,1	1,8	4,4	0,4	2,1	3,8	5,5	6,0
Malta	0,0	2,7	– 1,0	1,4	4,7	1,7	2,6	5,9	7,0	7,8
Euroraum[d)]	74,1	**0,7**	**– 4,6**	**– 0,3**	**3,3**	**0,1**	**0,5**	**7,6**	**9,7**	**11,1**
Großbritannien	14,5	0,7	– 4,0	– 0,3	3,6	1,8	2,2	5,6	7,7	9,5
Schweden	2,6	– 0,2	– 3,7	0,2	3,3	1,0	1,7	6,1	8,6	9,2
Polen	2,9	5,0	– 0,7	1,8	4,2	2,5	3,0	7,2	8,4	9,3
Dänemark	1,9	– 1,1	– 4,0	0,5	3,6	0,6	1,2	3,4	5,5	6,5
Tschechien	1,2	3,2	– 3,5	0,4	6,3	1,1	1,5	4,4	5,8	6,7
Rumänien	1,1	7,1	– 4,0	0,0	7,9	5,5	6,0	5,8	6,8	7,5
Ungarn	0,8	0,5	– 3,5	– 0,5	6,1	2,8	3,2	7,8	9,7	10,8
Litauen	0,3	3,0	– 10,0	– 4,0	11,1	4,6	4,8	6,0	15,5	18,0
Bulgarien	0,3	6,0	– 2,0	– 0,5	12,0	3,5	4,2	5,6	6,5	7,7
Lettland	0,2	– 4,6	– 13,0	– 4,0	15,3	4,8	5,0	7,6	17,0	19,0
Estland	0,1	– 3,6	– 11,0	– 2,0	10,6	1,1	1,5	5,6	14,0	16,0
EU-15[d)]	92,2	**0,6**	**– 4,5**	**– 0,3**	**3,3**	**0,4**	**0,8**	**7,1**	**9,3**	**10,7**
Beitrittsländer	7,8	**4,1**	**– 2,9**	**0,6**	**6,1**	**2,7**	**3,2**	**6,5**	**8,7**	**9,8**
EU-27[d)]	100,0	**0,9**	**– 4,4**	**– 0,2**	**3,7**	**0,6**	**1,0**	**7,0**	**9,2**	**10,6**

[a)] Die Zuwachsraten sind untereinander nicht voll vergleichbar, da sie für einige Länder um Arbeitstageeffekte bereinigt sind, für andere – wie für Deutschland – nicht. – [b)] Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – [c)] Standardisiert. – [d)] Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2007.

Quelle: Eurostat; IWF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

toinlandsprodukt im Jahr 2008 um 5% einbrechen und im Jahr 2010 um 0,7% sinken.

Spanien

Der Abschwung der Wirtschaft in Spanien hat sich im Frühling 2009 verschärft. Das reale Bruttoinlandsprodukt fiel im ersten Quartal um 1,9%, nachdem es im vorangegangenen Quartal um 1% geschrumpft war. Der Konsum der privaten Haushalte ging kräftig zurück. Die Investitionen brachen erneut ein. Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war hingegen leicht positiv.

In Spanien hat sich die Rezession mittlerweile verfestigt. Der Rückgang der Binnennachfrage erstreckt sich bereits über drei Quartale, zuletzt hat er sich sogar merklich beschleunigt. Vor allem der Einbruch am Immobilienmarkt wirkte hierbei stark belastend. So sackten die Immobilienpreise nach ihrem kräftigen Anstieg seit dem Jahr 2000 inzwischen spürbar ab – Ende März 2009 lagen sie knapp 7% unter ihrem Vorjahresniveau. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich, auch infolge der Krise der Baukonjunktur, drastisch verschärft. Die Arbeitslosenquote stieg im April auf 18,1%. Zwar deuten einige Konjunkturindikatoren, wie z.B. das ifo Wirtschaftsklima (vgl. Abb. 2.9), nach ihren kräftigen Rückgang mittlerweile eine leichte Verschnaufpause in der Abwärtsdynamik an, mit einer raschen Bewältigung der wirtschaftlichen Flaute ist jedoch nicht zu rechnen.

Die Finanzpolitik der Regierung ist in diesem Jahr angesichts der Umsetzung der beschlossenen Konjunkturpakete deutlich expansiv ausgerichtet. Die Maßnahmen zur Stützung der wirtschaftlichen Aktivität umfassen unter anderen Investitionen in öffentliche Projekte, Programme zur Förderung des Wohnungsbaus, die Unterstützung von kleineren und mittleren Unternehmen sowie Steuererleichterungen. Die Neuverschuldung dürfte aufgrund dieser Maßnahmen, aber

auch infolge des Einbruchs der Konjunktur deutlich ansteigen. Zwar hat die Europäische Kommission bereits ein Defizitverfahren eingeleitet, nachdem der Haushaltsfehlbetrag im vergangenen Jahr 3,8% des Bruttoinlandsprodukts erreicht hatte. Trotzdem ist damit zu rechnen, dass die Defizitquote in diesem Jahr weiter auf etwa 8% steigt und sich im nächsten Jahr nochmals auf etwa 9% erhöht.

Die Wirtschaft in Spanien wird im Prognosezeitraum weiter schrumpfen. Angesichts der Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Probleme dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 4% und im nächsten Jahr um 1% fallen.

Großbritannien

Analog zu den allgemeinen Entwicklungen in Europa erlitt auch Großbritannien im letzten halben Jahr einen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität. Ähnlich wie in Deutschland verschärfte sich dieser Abwärtstrend in der zweiten Hälfte des Winterhalbjahres noch einmal deutlich. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal um 1,6% gesunken war, fiel es im ersten Quartal 2009 sogar um 1,9%. Zurückzuführen war diese Entwicklung dabei allerdings weniger auf den Einbruch der Exporte, wie dies in Deutschland der Fall war, als vielmehr durch den starken Rückgang der Investitionstätigkeit und den schwachen Konsum. Bemerkbar machte sich im ersten Quartal außerdem der wesentlich geringere Anstieg der durch das Konjunkturprogramm der Regierung induzierten Konsumtätigkeit des Staates, die im vierten Quartal 2008 besonders hoch ausfielen und den Abschwung dementsprechend etwas gedämpft hatte.

Nach dieser außerordentlich negativen Entwicklung deuten die jüngsten Wirtschaftsdaten und Frühindikatoren darauf hin, dass zumindest der freie Fall der Wirtschaft abgebremst wurde und Großbritannien in eine Stabilisierungsphase eingetreten ist. Hierauf weisen insbesondere die sich konsolidierende Industrieproduktion – die im April 2009 nur noch um 0,1% gegenüber dem Vormonat gesunken ist – ebenso wie die steigenden Einkaufsmanagerindizes des verarbeitenden Gewerbes und des Dienstleistungsgewerbes hin. Auch die Geldpolitik trägt zur Stabilisierung der Wirtschaft bei. Nachdem die Bank of England den Leitzins bereits seit Anfang März auf ein historisch niedriges Niveau von 0,5% gesenkt hatte, erweiterte sie zuletzt ihr Ankaufprogramm für Wertpapiere um 50 Mrd. auf 125 Mrd. Pfund.

Trotzdem existiert besonders von Seiten des Staates ein beträchtliches Risikopotential für die mittelfristige Entwicklung der Wirtschaft. An erster Stelle steht hier die enorme Schuldenaufnahme, die im Haushaltsjahr 2009 mit voraussichtlich 175 Mrd. Pfund (12,4% des Bruttoinlandsproduktes) einen Rekord in der Nachkriegsgeschichte darstellt. Zusammen mit der Vertrauenskrise der Politik, die sich von der regierenden Labour Partei auf das gesamte politische System ausgebreitet hat, und den getrübten wirtschaftlichen Zukunftsaussichten birgt dies das Risiko eines grundsätzlichen Vertrauensverlustes in den Wirtschaftsstandort Großbritannien. Dass dies zum Teil schon stattgefunden hat, deutet die in den letzten Monaten nicht unbeträchtliche Abwertung des Pfund gegenüber dem Euro und das Herabsetzen des Ausblicks für die britische Wirtschaft von »stabil« auf »negativ« durch die Ratingagentur Standard and Poor's an.

Trotz dieser Risiken ist damit zu rechnen, dass Großbritannien für den Moment die schlimmste Negativentwicklung hinter sich gelassen hat. Aufgrund des zurückliegenden Absturzes wird für das Jahr 2009 dennoch mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 4,0% gerechnet. Im Jahr 2010 wird sich die britische Wirtschaft erst allmählich etwas kräftiger beleben. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 0,3% schrumpfen.

Osteuropäische Mitgliedsländer der EU

Die globale Rezession erfasste im ersten Halbjahr 2009 nahezu alle osteuropäischen Mitgliedsländer der EU. Ein einheitliches Bild für die Region zu zeichnen, fällt dennoch schwer, da die Finanzkrise sich in den einzelnen Ländern über verschiedene Kanäle auswirkt und die wirtschaftlichen Probleme sehr unterschiedlich gelagert sind.

Am frühesten und am stärksten traf die Finanzkrise die Länder, die zuvor stark von Kapitalzuflüssen aus dem Ausland profitiert hatten. Zu diesen Ländern gehören in erster Linie die baltischen Staaten sowie Bulgarien. Die feste Bindung der Landeswährungen an den Euro erleichterte dem Privatsektor in diesen Ländern den Zugang zu niedrig verzinslichen Krediten in Fremdwährung und löste einen Boom in der Gesamtwirtschaft sowie am Immobilienmarkt aus. Das führte zu einem dramatischen Anstieg der privaten Auslandsverschuldung (in Lettland übersteigt die Auslandsverschuldung sogar das Bruttoinlandsprodukt). In Folge der Finanzkrise kam es zu einem massiven Abfluss ausländischen Kapitals und die Wirtschaft der baltischen Staaten rutschte bereits in 2008 in eine Rezession. Im ersten Quartal 2009 erreichten die vierteljährlichen Wachstumsraten in den drei baltischen Staaten mit – 11,2% in Lettland, – 10,5% in Litauen und – 6,1% in Estland ein neues Rekordtief. Die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung bleibt im Baltikum wegen des Abwertungsdrucks auf die nationalen Währungen sehr hoch.

Ausgeprägt war der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität im ersten Quartal 2009 auch in den Ländern, in denen die Finanzkrise in erster Linie über den Außenhandel und hier insbesondere über die schwache Nachfrage aus dem

Euroraum gewirkt hat. So schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt in der Tschechischen Republik um 3,4% und in Ungarn um 2,5%. Polen blieb aufgrund der geringeren Exportorientierung und Abhängigkeit der Wirtschaft von den Kapitalzuflüssen aus dem Ausland das einzige Land in der Region, in dem im ersten Quartal 2009 noch ein positives Wirtschaftswachstum von 0,4% zu verzeichnen war. Auch der private Konsum zeigte sich in Polen mit einer Zuwachsrate von 1% gegenüber dem Vorquartal robust. Die Investitionen und der Außenhandel verschlechterten sich dagegen in allen Ländern im Sog der Finanzkrise.

Nach den aktuellen Ergebnissen des ifo World Economic Survey wird sich das Wirtschaftsklima in der Region im Prognosezeitraum weiter eintrüben. Vor allem dürfte die Binnennachfrage infolge der Kreditverknappung und der negativen Einkommenseffekte aus der ansteigenden Arbeitslosigkeit weiter schrumpfen. Der Saldo im Außenhandel dürfte sich aufgrund der wirtschaftlichen Schwäche im Euroraum in 2009 ebenfalls weiter verschlechtern. Hinzu kommt – vor allem in den Ländern, die dem Euro beitreten wollen – der Druck zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, der prozyklisch wirkt und damit die Rezession zunächst verschärft. Allerdings haben die Zentralbanken ihren geldpolitischen Kurs im Jahr 2009 in den meisten Ländern der Region etwas gelockert, da die Inflationsraten seit Jahresbeginn fast überall rückläufig waren und der Abwertungsdruck auf die osteuropäischen Währungen, auch aufgrund der Unterstützung des Internationalen Währungsfonds, nachgelassen hat. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt der Region im Jahr 2009 um rund 3% schrumpfen und im Jahr 2010 nur leicht um ½% steigen.

3. Deutschland: Auslastungsgrad sinkt weiter

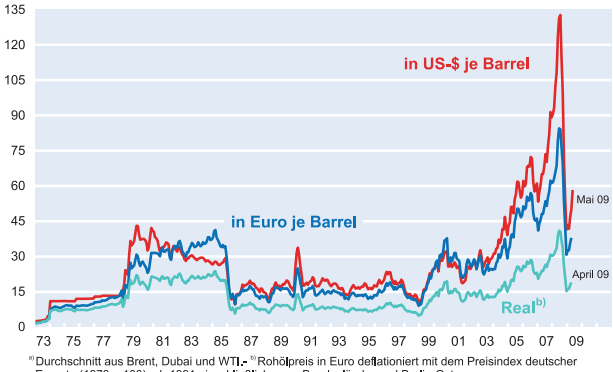
Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Nach den bisher vorliegenden amtlichen Ergebnissen sank die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2009 saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Jahresendquartal um 3,8% (laufende Jahresrate: 14,4%). Das vergleichbare Vorjahresniveau wurde um 6,7% unterschritten; kalenderbereinigt um 6,9%. Bereits im vierten Quartal 2008 war die Wirtschaftsleistung um 2,2% geschrumpft (laufende Jahresrate: – 8,6%). Deutschland verzeichnet damit von allen großen europäischen Volkswirtschaften den schärfsten Wachstumseinbruch. Auch im historischen Rückblick ist er ohne Beispiel.

Maßgeblich für die katastrophale Wirtschaftsentwicklung seit vergangenem Herbst ist der weltweit synchrone Nachfrageeinbruch nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern, der sich im Gefolge der internationalen Finanz- und Vertrauenskrise eingestellt hat. Die deutsche Wirtschaft ist von diesem externen Nachfrageschock aufgrund der hohen Außenhandelsabhängigkeit und der Spezialisierung auf besonders konjunkturreagible Industrieerzeugnisse überdurchschnittlich betroffen. Im Sog des Einbuchs des Welthandels ist die Ausfuhr im ersten Quartal 2009 saisonbereinigt um 9,7% geschrumpft; zuvor war sie bereits um 8,1% zurückgegangen. Seit dem zweiten Quartal 2008 hat sich der nominale Warenhandelsüberschuss (in VGR-Abgrenzung) saisonbereinigt und auf ein volles Jahr gerechnet um 37 Mrd. Euro reduziert; die deutsche Wirtschaft trägt damit zu einem beachtlichen Teil die weltwirtschaftlichen Anpassungslasten. Bei stark gesunkener Kapazitätsauslastung, eingetrübten Ertragsaussichten und verschlechterten Finanzierungsbedingungen wurden zudem die Investitionen in Ausrüstungen massiv eingeschränkt (– 16,2%). Auch die Bauinvestitionen sind gesunken, zum Minus trug allerdings auch ungünstige Witterung bei. Von den beiden Konjunkturpaketen der Bundesregierung, deren Hauptstoßrichtung der öffentliche Bau ist, gingen bisher noch keine nennenswerten stabilisierenden Impulse aus. Zusätzlich dämpfte der Lagerabbau. Eine Sonderentwicklung zeigte sich allein beim realen Konsum, der im ersten Quartal 2009 saisonbereinigt leicht zuzulegen vermochte (0,5%). Maßgeblich hierfür war die überaus große Inanspruchnahme der staatlichen Abwrackprämie für ältere Pkw, die die Nachfrage nach kleineren Autos insbesondere von ausländischen Herstellern außerordentlich steigen ließ. Zudem wurden die verfügbaren Realeinkommen durch den massiven Rückgang der Rohölpreise gestützt (vgl. Abb. 3.1). Der gesamte Kaufkraftgewinn des Inlands durch die ölpreisbedingte Verbesserung der Terms-of-Trade hat sich im ersten Quartal 2009 auf rund 1% des realen Bruttoinlandsprodukts belaufen.

Die konjunkturelle Talfahrt hat sich noch nicht gravierend auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Maßgeblich hierfür waren der Abbau von Überstunden auf Arbeitszeitkonten, die Reduktion der Wochenarbeitszeit sowie die massive Inanspruch-

Abb. 3.1

Nominaler und realer Rohölpreis[a]
in US-$ bzw. in Euro je Barrel



[a] Durchschnitt aus Brent, Dubai und WTI. – [b] Rohölpreis in Euro deflationiert mit dem Preisindex deutscher Exporte (1973 = 100); ab 1991 einschließlich neue Bundesländer und Berlin-Ost.

Quelle: HWWI; Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

nahme von Kurzarbeit. Die geleistete Arbeitszeit je Arbeitnehmer ging kräftig zurück, so dass die Beschäftigtenzahl bisher nur wenig abgenommen hat. Stattdessen sank die Produktivität deutlich, was die Arbeitskosten rechnerisch in die Höhe trieb. Im verarbeitenden Gewerbe stiegen z.B. die Arbeitskosten je geleisteter Stunde im ersten Quartal 2009 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal um 11,2% und die Lohnstückkosten sogar um 24,9%.[4]

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte nach ihrem drastischen Rückgang im Winterhalbjahr 2008/09 zunächst weiter sinken, jedoch mit deutlich verringertem Tempo. Für den Beginn einer allmählichen Stabilisierung spricht eine Reihe von gewichtigen Konjunkturindikatoren:

In der **Industrie** verharrten die Auftragseingänge im April preis- und saisonbereinigt auf Vormonatsniveau (vgl. Abb. 3.2), zuvor waren sie sogar erstmals seit August 2008 wieder leicht gestiegen. Im konjunkturell aussagefähigeren, weil weniger volatilen Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) ergab sich ein Plus um 2,1%. Maßgeblich hierfür war der spürbare Anstieg der Auslandsnachfrage um 4,7%. Die Bestelltätigkeit aus dem Inland verringerte sich hingegen um 0,7%. Bei den Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten erhöhte sich das Auftragsvolumen um 1,5% bzw. 3,0%. Die Bestellungen bei den Konsumgüterproduzenten sanken hingegen um 0,9%.

Die gegenüber dem Auftragseingang nachlaufende Industrieproduktion war dagegen zuletzt noch abwärts gerichtet. Im April sank die Erzeugung saisonbereinigt um 2,9%, nachdem sie im März erstmals seit Juni 2008 geringfügig gestiegen war. Im Zweimonatsvergleich (März/April gegenüber Januar/Februar) sank die Industrieproduktion um 2,6%. Der Rückgang der Industrieproduktion erstreckt sich über alle industriellen Hauptgruppen. Die Vorleistungs- und Investitionsgüterhersteller schränkten die Erzeugung um 2,8% bzw. 2,3% ein, die Konsumgüterhersteller um 2,6%. Alles in allem lag die Industrieproduktion im April saisonbereinigt um 3,6% unter dem Durchschnittswert des ersten Quartals, was zwar noch keine Trendwende, jedoch eine deutliche Verlangsamung des konjunkturellen Abschwungstempos indiziert (erstes Quartal 2009 gegenüber viertes Quartal 2008 zum Vergleich: – 13,5%).

Auf eine allmähliche Stabilisierung deuten auch die neuesten Ergebnisse des ifo Konjunkturtests hin. Die befragten Industrieunternehmen schätzten ihre Geschäftssituation im Durchschnitt der Monate Juni/Mai im Vergleich zu April/März nur noch geringfügig ungünstiger ein. Eine weitere Verschlechterung der Geschäfte in den nächsten sechs Monaten erwarteten sie zuletzt nicht mehr ganz so häufig wie in den Vormonaten (vgl. Abb. 3.4). Der Rückgang im Exportgeschäft wird sich den neuesten Firmenmeldungen zufolge etwas abschwächen. Die Beschäftigungsplanungen der Unternehmen waren im Juni weniger negativ als im Vormonat, blieben aber deutlich auf Personalreduzierung ausgerichtet.

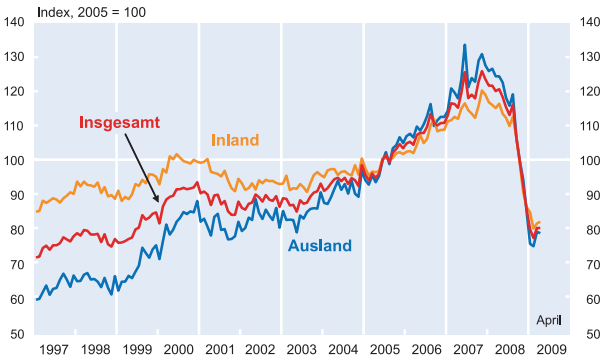
Im **Bauhauptgewerbe** hat sich die Wertschöpfung zuletzt positiv entwickelt. Im Vergleich der Monate März/April zu Januar/Februar stieg die Produktion saisonbereinigt um 7,3%. Der Rückschlag aus dem strengen Winterwetter in den ersten beiden Monaten wurde damit kompensiert (vgl. Abb. 3.3). Zwar hat sich nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests seit April die Geschäftslage der befragten Unternehmen wieder etwas verschlechtert. Der Rückgang der Geschäftserwartungen hat sich zuletzt aber nicht weiter fortgesetzt.

Auch die aktuelle Entwicklung der Umsätze im **Handel** zeigt nach merklichem Rückgang im Winterhalbjahr nunmehr eine Stabilisierung. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen sind im *Großhandel* die realen Umsätze im Zweimonatsdurchschnitt (März/April im Vergleich zu Januar/Februar) saisonbereinigt um 0,3% gestiegen. Nach den neuesten Er-

[4] Vgl. Destatis, Pressemitteilung Nr. 216 vom 9. Juni 2009.

Abb. 3.2

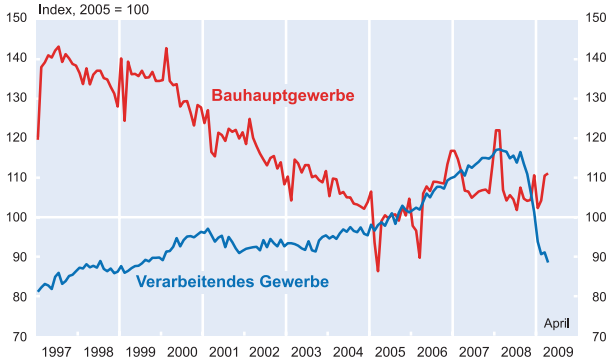
Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

Abb. 3.3

Produktion im verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)



Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank.

Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

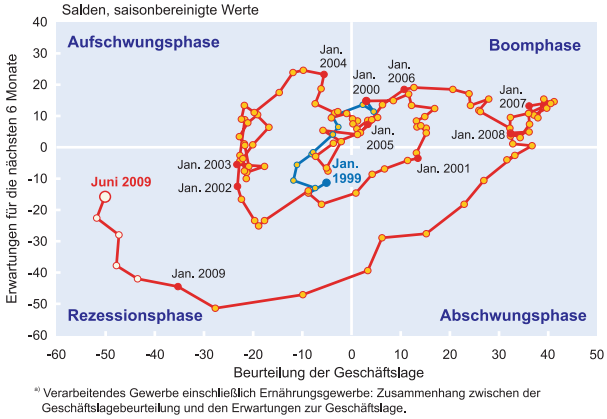
Das ifo Geschäftsklima[a)] ist der Mittelwert aus den Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate«. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem Vierquadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Konjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen »gut« bzw. »schlecht« aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen »günstiger« bzw. »ungünstiger«). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 3.4).
Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

[a)] Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = [(GL + 200)(GE + 200)]^{1/2} - 200$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

gebnissen des ifo Konjunkturtests beurteilten die Handelsunternehmen ihre Geschäftslage, die sich im April und Mai verbessert hatte, zuletzt zwar wieder etwas ungünstiger. Sie rechneten allerdings mit einem deutlich weniger schlechten Geschäftsverlauf im nächsten halben Jahr. Im *Einzelhandel* (ohne Kfz und Tankstellen) haben die realen Umsätze im Zweimonatsdurchschnitt (März/April im Vergleich zu Januar/Februar) saisonbereinigt um 0,4% zugenommen. Zwar hat sich auch hier die aktuelle Geschäftslage zuletzt nicht mehr weiter verbessert, sondern wieder etwas verschlechtert; die Geschäftserwartungen waren allerdings ähnlich wie beim Großhandel deutlich weniger negativ. Das Konsumentenvertrauen hat sich angesichts der Rezession massiv verschlechtert. Die Bereitschaft der Verbraucher, größere Anschaffungen zu tätigen, ist jedoch wohl im Zusammenhang mit der Einführung einer Abwrackprämie für Altautos merklich gestiegen (vgl. Abb. 3.5). Die Neigung, Ersparnisse zu bilden, hat sich bis zuletzt nicht erhöht, vielmehr ist die Sparquote im ersten Quartal leicht gesunken.

Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2009 gegenüber dem ersten Quartal saison- und kalenderbereinigt mit einer laufenden Rate von 0,7% (Jahresrate: – 2,8%) gesunken sein. Zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion tragen vor allem die Industrie und der Sektor Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen bei (vgl. Tab. 3.1). Für das erste Halbjahr 2009 ergibt sich im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2008 saison- und kalenderbereinigt eine Schrumpfung der Wirtschaftsleistung in Höhe von 5,2%; im Vorjahresvergleich beläuft sich die Abnahme auf 7,5%.

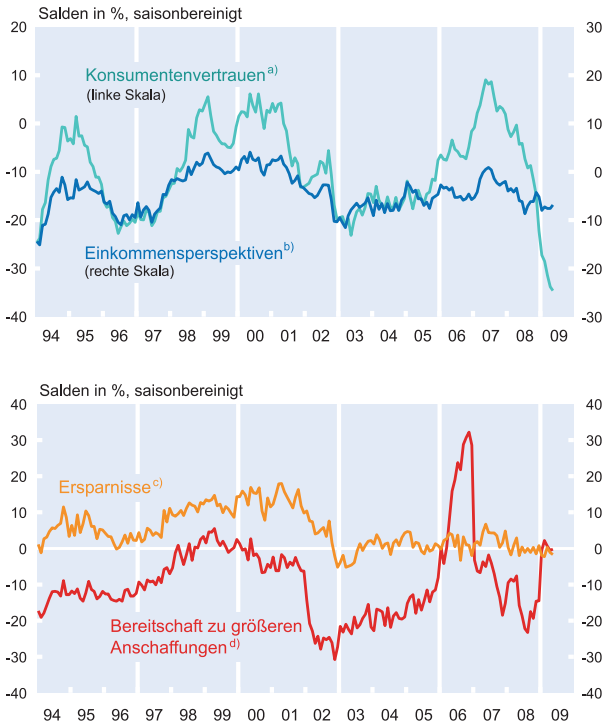
Abb. 3.4
ifo Konjunkturuhr[a)]



[a)] Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe: Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Deutschland.

Abb. 3.5
Indikatoren zur Konsumkonjunktur



[a)] Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden 12 Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden 12 Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden 12 Monaten). [b)] Finanzielle Lage in den kommenden 12 Monaten.- [c)] In den kommenden 12 Monaten. [d)] Gegenwärtig.

Quelle: Europäische Kommission, Mai 2009.

Tab. 3.1
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen[a)]
Prognose für das 2. Quartal 2009

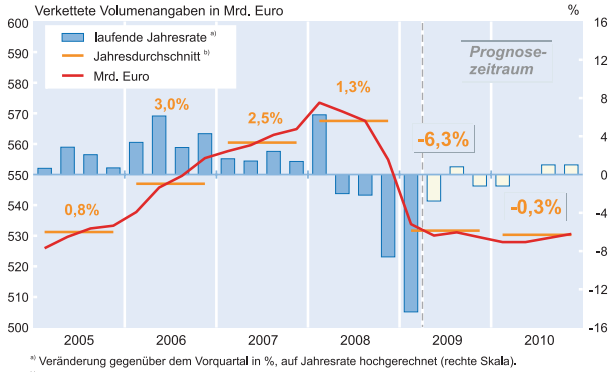
	2008				2009	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
	Ursprungswerte Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %					
Bruttoinlandsprodukt	**2,1**	**3,4**	**1,4**	**– 1,7**	**– 6,7**	**– 8,4**
darunter:						
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	2,2	3,7	1,6	– 1,9	– 7,1	– 9,2
darunter:						
Verarbeitendes Gewerbe	2,9	6,9	1,5	– 8,1	– 21,9	– 27,4
Energie- und Wasserversorgung	2,6	2,5	– 3,1	– 8,5	– 4,5	– 7,4
Baugewerbe	2,4	6,9	3,2	1,3	– 8,9	– 5,9
Handel, Gastgewerbe , Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2,8	4,0	2,1	– 0,9	– 6,4	– 6,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	2,5	2,6	1,8	0,8	– 0,9	– 3,1
Öffentliche und private Dienstleister	0,8	1,1	1,0	0,5	0,0	– 1,1
	Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in %					
Bruttoinlandsprodukt	**1,5**	**– 0,5**	**– 0,5**	**– 2,2**	**– 3,8**	**– 0,7**
darunter:						
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,1	– 0,2	– 0,7	– 2,3	– 4,3	– 1,0
darunter:						
Verarbeitendes Gewerbe	1,3	– 0,5	– 1,8	– 7,1	– 14,6	– 3,5
Energie- und Wasserversorgung	-2,7	3,2	– 3,9	– 4,9	1,8	0,5
Baugewerbe	6,7	– 4,3	– 2,2	1,1	– 3,5	2,4
Handel, Gastgewerbe , Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,3	– 0,5	– 0,4	– 1,6	– 3,9	0,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1,2	0,4	– 0,3	– 0,5	– 0,6	– 1,3
Öffentliche und private Dienstleister	0,1	0,0	0,5	– 0,2	– 0,4	– 0,7

[a)] In Preisen des Vorjahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt; zweites Quartal 2009: Prognose des ifo Instituts.

Im weiteren Prognosezeitraum wird sich der Abschwung fortsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte, nach einem vorübergehenden, primär durch fiskalische Impulse getriebenen Anstieg im Sommer, der Grundtendenz nach weiter sinken. Zwar werden vom Außenbeitrag keine dämpfenden Effekte mehr ausgehen, jedoch setzt sich der Rückgang bei den Investitionen in Ausrüstungen und Bauten fort. Auch ist der Lagerabbau noch nicht abgeschlossen. Zudem wird der private Konsum ab den Herbstmonaten bei deutlich abnehmender Beschäftigung und stark steigender Arbeitslosigkeit sinken. Erst im Frühjahr 2010 ist mit einer Bodenbildung bei Produktion und Nachfrage zu rechnen. Danach wird die reale Wirtschaftsleistung wieder etwas zunehmen. Bei sich allmählich bessernder Weltkonjunktur ziehen die Exporte leicht an; auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich moderat erholen. Gegen Ende 2010 kann zudem mit Vorzieheffekten aufgrund der Rückführung der degressiven Abschreibung gerechnet werden. Bei den Bauinvestitionen werden die Konjunkturpakete wirken. Alles in allem dürfte die konjunkturelle Dynamik aufgrund der Schwäche des privaten Konsums jedoch recht niedrig bleiben, so dass der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad bis zuletzt weiter abnimmt. Im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion dem Ursprungswert nach wie auch kalenderbereinigt um 6,3% sinken (vgl. Abb. 3.6). Diese Schätzung bedeutet im Vergleich zur Prognose der Gemeinschaftsdiagnose vom April eine um 0,3 Prozentpunk-

Abb. 3.6
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

Jahresdurchschnittliches Wachstum und konjunktureller Verlauf

Die Prognose der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts basiert auf einer Einschätzung des unterjährigen konjunkturellen Verlaufs, d.h. auf einer Prognose der saison- und kalenderbereinigten Quartalsraten. Die einzelnen Quartalsraten gehen mit unterschiedlichem Gewicht in die Jahresdurchschnittsrate ein.[a)] Im Mai hat das Statistische Bundesamt für das erste Quartal 2009 eine laufende Rate von – 3,8% veröffentlicht. Im Gemeinschaftsgutachten der Institute, das von einem Gesamtwachstum in 2009 in Höhe von -6,0% ausgegangen war, ist dagegen mit einem etwas geringeren Minus für das erste Quartal gerechnet worden (– 3,5%). Zusammen mit einer amtlichen Abwärtskorrektur für das vierte Quartal 2008 in Höhe von 0,1 Prozentpunkten führt dies ceteris paribus zu einer Absenkung des jahresdurchschnittlichen Prognosewerts für das reale Bruttoinlandsprodukt um 0,4 Prozentpunkte auf – 6,4%. In der vorliegenden Prognose wird von einem jahresdurchschnittlichen BIP-Zuwachs in Höhe von – 6,3% ausgegangen. Dies zeigt, dass die konjunkturelle Entwicklung im laufenden Jahr im Vergleich zum Gemeinschaftsgutachten nahezu unverändert ungünstig eingeschätzt wird. Tabelle 3.2. fasst die wichtigsten Kenngrößen der Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt zusammen.

[a)] Vgl. N. Carnot, V. Koen und B. Tissot, *Economic Forecasting*, Palgrave Macmillan, Basingstoke 2005, 52 f., sowie W. Nierhaus, »Wirtschaftskonjunktur 2006: Prognose und Wirklichkeit«, *ifo Schnelldienst* 60(2), 2007, 23–28.

te niedrigere Wachstumsrate (vgl. Kasten: Jahresdurchschnittliches Wachstum und konjunktureller Verlauf). Im Jahr 2010 ergibt sich aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus ein Rückgang um 0,3% (kalenderbereinigt: – 0,4%).

Die Rezession wird sich auf dem Arbeitsmarkt ab den Sommermonaten 2009 verstärkt bemerkbar machen. Der Aufbau von Kurzarbeit kommt zum Stillstand, und die Arbeitslosenzahlen werden beschleunigt zunehmen. Im Durchschnitt dieses Jahres wird die Erwerbstätigenzahl um 460 000 sinken, im nächsten Jahr sogar um 1,05 Mill. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2009 durchschnittlich um 320 000 und im Jahr 2010 um 760 000 steigen. Bei alledem wird das Verbraucherpreisniveau nahezu stabil bleiben. Im laufenden Jahr ist mit einer Inflationsrate um 0,2% zu rechnen; im Jahresdurchschnitt 2010 dürfte die Rate mit 0,4% nur wenig höher sein. Das staatliche Budgetdefizit steigt im Prognosezeitraum außerordentlich stark an. Im Jahr 2009 wird sich das Defizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich auf 3,4% belaufen; im Jahr 2010 sogar auf 6,0% (vgl. Tab. 3.3). Ursächlich hierfür ist die konjunkturelle Entwicklung, die zu enormen Mindereinnahmen und Mehrausgaben führt, aber es gibt auch starke diskretionäre Impulse, die im Zusammenhang mit den Maßnahmenpaketen der Bundesregierung stehen.

Tab. 3.2
Zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2007	2008	2009[a)]	2010[a)]
Statistischer Überhang[b)]	1,5	0,6	– 2,1	– 0,3
Jahresverlaufsrate[c)]	1,7	– 1,8	– 4,6	0,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	2,6	1,0	– 6,3	– 0,4
Kalendereffekt[d)]	– 0,1	0,3	0,0	0,1
Jahresdurchschnittliche Veränderung	2,5	1,3	– 6,3	– 0,3

[a)] Schätzungen des ifo Instituts. – [b)] Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum saison- und kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – [c)] Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – [d)] In Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts.

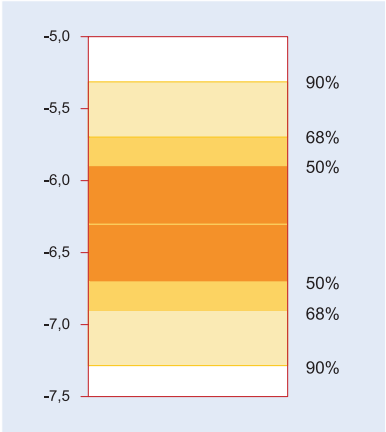
Quelle: Statistisches Bundesamt; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Die Unsicherheit, mit der Prognosen behaftet sind, lässt sich anhand von Prognoseintervallen, die symmetrisch um die Punktprognosen liegen, darstellen. Die Intervallgrenzen können aus den Prognosefehlern der Vergangenheit abgeleitet werden. Nimmt man z.B. die ifo Sommerprognosen seit 1992 als Basis, so beträgt die Spanne für ein 68%-Prognoseintervall bei der jahresdurchschnittlichen BIP-Rate 2009 rund ± 0,6 Prozentpunkte (vgl. Abb. 3.7).

Der Absturz der Exporte endet im Sommer

Nach einem schwachen Abschlussquartal 2008 sind die Exporte im ersten Quartal 2009 erneut mit einem Minus von 9,7% kräftig eingebrochen. Dabei zeigten die Warenexporte (– 12,4%) wieder eine überaus negative Entwicklung; hingegen sind die Dienstleistungsexporte deutlich gestiegen (6,9%). Maßgeblich für den Absturz der Exporte ist die hohe Spezialisierung der deutschen Exportwirtschaft auf Vorleistungs- und Investitionsgüter, die zusammen gut dreiviertel des Exportsortiments ausmachen und äußerst elastisch auf die Abkühlung der Weltkonjunktur reagieren.

Abb. 3.7
Prognoseintervall für die Abnahme des Bruttoinlandsprodukts 2009



Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Tab. 3.3
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2007	2008	2009[a]	2010[a]
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[b]			
Private Konsumausgaben	– 0,4	0,1	0,3	– 0,8
Konsumausgaben des Staates	2,2	1,8	1,4	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	4,4	– 10,7	0,4
Ausrüstungen	6,9	5,9	– 22,4	– 0,6
Bauten	1,8	3,0	– 3,3	1,0
Sonstige Anlagen	8,0	6,5	5,5	0,9
Inländische Verwendung	1,1	1,8	– 1,8	– 0,3
Exporte	7,5	2,7	– 17,0	2,3
Importe	5,0	4,2	– 8,3	2,4
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	– 6,3	– 0,3
Erwerbstätige[c] (1 000 Personen)	39 768	40 330	39 856	38 806
Arbeitslose (1 000 Personen)	3 776	3 268	3 581	4 337
Arbeitslosenquote[d] (in %)	8,7	7,5	8,3	10,1
Verbraucherpreise[e] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,3	2,6	0,2	0,4
Finanzierungssaldo des Staates[f]				
in Mrd. Euro	– 4,2	– 3,1	– 80,1	– 141,1
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	– 0,2	– 0,1	– 3,4	– 6,0
Nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,7	0,7	– 4,6	– 0,3
Verbraucherpreisindex im Euroraum[g] (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	3,3	0,1	0,5

[a] Prognose des ifo Instituts. – [b] Preisbereinigte Angaben. – [c] Inlandskonzept. – [d] Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – [e] Verbraucherpreisindex (2005 = 100). – [f] In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – [g] HVPI-EWU (2005 = 100).

Quelle: Eurostat; Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Prognose des ifo Instituts.

Die Warenexporte gingen in nahezu alle Abnehmerländer zurück (vgl. Abb. 3.8). So verringerte sich die Ausfuhr in den Euroraum – dessen Anteil an den Gesamtexporten 40% ausmacht – im ersten Quartal um mehr als 12%, nachdem sie schon im Vorquartal um 10% gefallen war. Bei den Lieferungen in die übrigen europäischen Länder war der Rückgang mit 17% sogar noch dramatischer. Hier waren vor allem die scharfen Rezessionen in einigen osteuropäischen Ländern verheerend, welche dazu führten, dass die Ausfuhren teilweise um mehr als 20% wegbrachen. In die USA, dem zweitgrößten Abnehmer deutscher Waren, sanken sie zuletzt ebenfalls überdurchschnittlich um 16%. Dieser Einbruch ist den dort stark fallenden Investitionen geschuldet, doch hat auch die Aufwertung des Euros dazu beigetragen. Schließlich sanken die Lieferungen in die Schwellenländer. Sie brachen vor allem in Russland ein, welches ebenfalls unter einer starken Bankenkrise leidet. Es gab aber auch Länder wie China, bei denen die Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen kein nennenswertes Minus verzeichnete.

Im Prognosezeitraum wird sich die reale Ausfuhr zunächst nochmals deutlich abschwächen, wenngleich auch nicht im mehr im Ausmaß wie im vergangenen Winterhalbjahr. Dafür spricht der erneut kräftige Rückgang der nominalen Warenausfuhren in der Abgrenzung des Spezialhandels im April gegenüber dem Vorquartal. Zwar zeigen die Frühindikatoren, wie die ifo Exporterwartungen als auch die Auftragseingänge aus dem Ausland, wieder leicht nach oben. Jedoch befinden sie sich immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Darüber hinaus dürften die Dienstleitungsexporte als Reaktion auf ihren starken Anstieg im ersten Quartal sinken. Insgesamt wird sich die Ausfuhr dann in etwa auf dem Niveau des Jahres 2005 befinden. Ab dem dritten Quartal ist mit leichten Zuwachsraten zu rechnen. Sie reflektieren die zu erwartende konjunkturelle Verbesserung in China und in anderen Schwellenländern. Außerdem deuten vor allem die Auslandsbestellungen im Vorleistungsgütersektor darauf hin, dass der weiter zu erwartende Rückgang der Investitionsgüterlieferungen mehr als kompensiert werden kann. Jedoch stehen der weiterhin schwache Welthandel als auch die schwache Binnennachfrage der europäischen Handelspartner einem kräftigen Exportzuwachs im Wege. Im Jahresdurchschnitt werden die Exporte 2009 um 17,0% abnehmen. Für das Jahr 2010 wird mit einem moderaten Anstieg von 2,3% gerechnet (vgl. Abb. 3.9).

Die realen Importe sanken am Anfang des Jahres 2009 mit 5,4% ebenfalls kräftig. Dieser Rückgang wäre wesentlich stärker ausgefallen, wenn nicht dem deutlichen Minus bei den Warenimporten in Höhe von 7,9% ein deutliches Plus bei den Dienstleistungs-

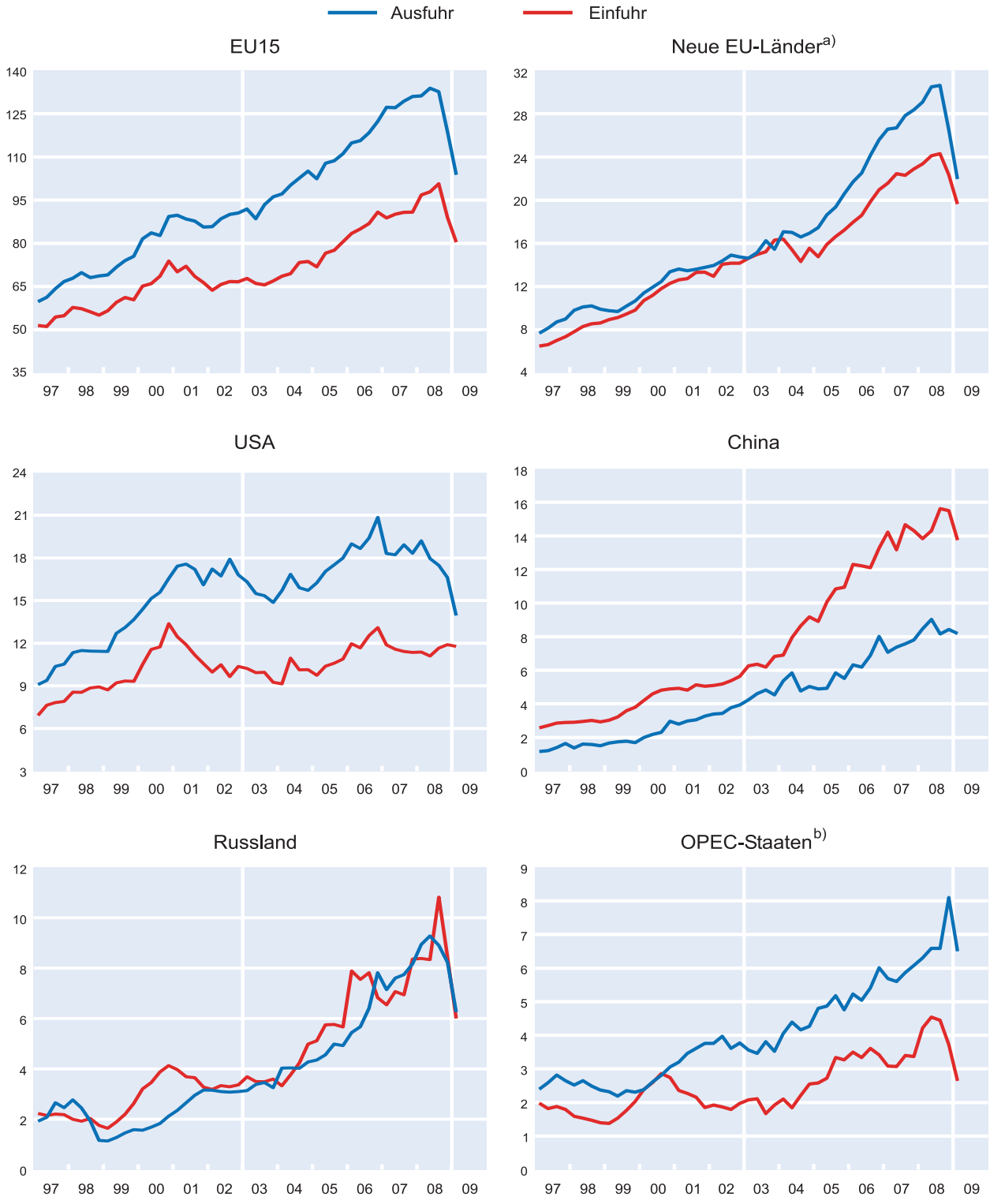
Annahmen der Prognose

- Der Welthandel wird in diesem Jahr um 15% sinken und im nächsten Jahr um 3% moderat steigen.
- Der Ölpreis (für die Sorte Nordsee-Brent) wird im Prognosezeitraum rund 70 US-Dollar pro Barrel betragen.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt im Prognosezeitraum bei etwa 1,40.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) belässt die Hauptrefinanzierungssatz auf dem gegenwärtigen Niveau von 1,0%. Zudem wird die EZB vermehrt Refinanzierungsgeschäfte mit längerer Laufzeit und unbegrenzter Zuteilung anbieten.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis im Jahr 2009 um 2,5% und im Jahr 2010 um 1,8%.
- Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum weiter expansiv ausgerichtet. Neue stimulierende Maßnahmen sind in die Prognose nicht eingestellt.

Abb. 3.8

Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen

Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

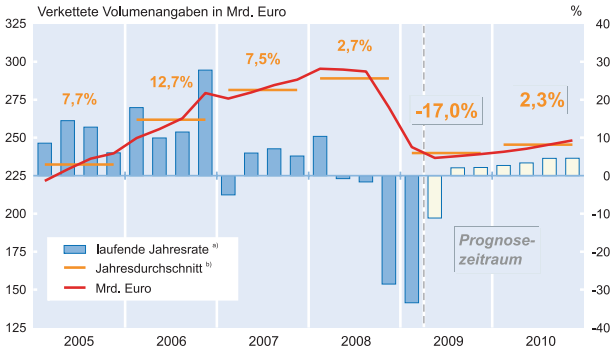


[a)] Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Slowenien, Malta, Zypern, Bulgarien, Rumänien.
[b)] Algerien, Libyen, Nigeria,Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3.9

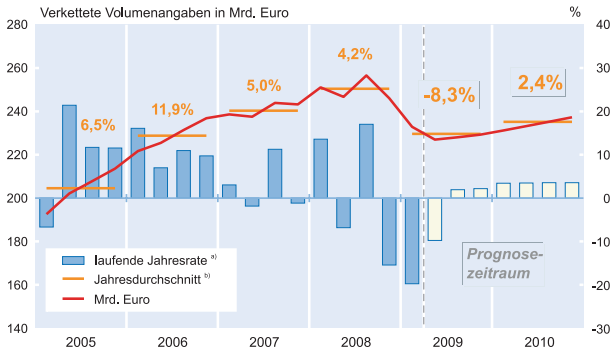
Reale Exporte
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

Abb. 3.10

Reale Importe
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

importen (5,7%) gegenüber gestanden hätte. Der kräftige Anstieg der Dienstleistungen ist den höheren Ausgaben für Patente und Lizenzen geschuldet. Der Rückgang der Warenimporte muss angesichts der kräftigeren Einbrüche bei den Warenexporten (12,4%) als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen (16,2%) noch als moderat bezeichnet werden. Das schwächere Absinken der Einfuhren gegenüber den Ausfuhren kann aber durch die stark gefallenen Importpreise, durch die robuste Konsumnachfrage und durch die Reaktionsverzögerung der Importe auf die Binnennachfrage erklärt werden. So sackten die nominalen Warenimporte im April gegenüber dem Durchschnitt des Vorquartals mit 7,3% stärker ab als die nominalen Warenexporte. Im zweiten Quartal dürften die Einfuhren aufgrund einer weiterhin schwachen Binnen- und Exportnachfrage erneut gesunken sein. Stimulierend dürfte lediglich die Abwrackprämie gewirkt haben, denn die zusätzliche Nachfrage nach ausländischen Fahrzeugen wurde im ersten Quartal wohl überwiegend aus den Lagerbeständen gedeckt, die in der Folgezeit wieder aufgefüllt worden sein dürften.

Für den weiteren Prognosezeitraum wird aufgrund einer sich stabilisierenden Exportwirtschaft als auch weiterhin niedrigen Einfuhrpreisen mit leichten Importzuwächsen gerechnet. Alles in allem nehmen die Einfuhren im Jahresdurchschnitt 2009 um 8,3% ab und im nächsten Jahr um 2,4% zu. (vgl. Abb. 3.10). Der Außenbeitrag liefert damit in diesem Jahr einen stark negativen und in 2010 keinen Wachstumsbeitrag (vgl. Tab. 3.4).

Die Importpreise sind zu Beginn des Jahres erneut kräftig gefallen; der Deflator sank gegenüber dem Vorquartal um 2,7%. Dies lag vor allem an dem starken Preisverfall innerhalb des letzten Quartals 2008, der einen hohen Unterhangseffekt für das erste Quartal 2009 erzeugte. Der Preisrückgang speist sich darüber hinaus aus den gesunkenen Preisen für importierte Energieträger, anderen Rohstoffen als auch Vorleistungsgütern. Jedoch zeigen zumindest die Notierungen für Rohstoffe und Energieträger am aktuellen Rand wieder deutlich nach oben. Für den Prognosezeitraum werden ein konstanter Rohölpreis von 70 Dollar und ein Wechselkurs des Euros gegenüber dem Dollar von 1,40 unterstellt. Die Importpreise werden aufgrund einer weiterhin schwachen Weltkonjunktur zunächst weiter sinken und erst gegen Ende des kommenden Jahres wieder leicht steigen. Alles in allem wird der Importdeflator in diesem Jahr um 5,5% fallen und im nächsten Jahr um 0,4%.

Der Deflator der Gesamtexporte ist um 2,3% im ersten Quartal des Jahres deutlich gesunken. Ein Grund für diese Entwicklung liegt in einem deutlichen Rückgang der Preise für Vorleistungsgüter, der hauptsächlich dazu führte, dass der

Tab. 3.4
Wachstumsbeiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts
(in Prozentpunkten)

	2008	2009[a)]	2010[a)]
Konsumausgaben	0,4	0,4	– 0,1
Private Konsumausgaben	0,1	0,2	– 0,5
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,3	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	0,8	– 2,1	0,1
Ausrüstungen	0,5	– 1,8	0,0
Bauten	0,3	– 0,3	0,1
Sonstige Anlagen	0,1	0,1	0,0
Vorratsveränderungen	0,5	– 0,1	– 0,2
Letzte inländische Verwendung	1,7	– 1,7	– 0,3
Außenbeitrag	– 0,4	– 4,6	0,0
Exporte	1,3	– 8,0	0,9
Importe	– 1,7	3,4	– 0,9
Bruttoinlandsprodukt[b)]	1,3	– 6,3	– 0,3

[a)] Schätzungen des ifo Instituts. – [b)] Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Deflator für Warenexporte um 1,5% zurückging. Darüber hinaus zeigten die Preise für Dienstleistungen mit einem Minus von 6,3% deutlich nach unten. Vor dem Hintergrund einer weiterhin schwachen Nachfrage aus den Hauptabnehmerländern und der damit einhergehenden geringen Kapazitätsauslastung der deutschen Exportindustrie ist mit einem weiteren Rückgang der Ausfuhrpreise zu rechnen. Jedoch wirkt die jüngste Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar und der Anstieg für Rohstoffe und Erdöl dem Preisrückgang entgegen und trägt dazu bei, dass die Preissenkungen nicht so deutlich ausfallen wie in den beiden vorhergehenden Quartalen. Für den Prognosezeitraum wird damit gerechnet, dass der Exportdeflator im Jahr 2009 um 2,9% fällt und im Jahr 2010 um 0,3%.

Die Terms of Trade werden sich 2009 deutlich verbessern (+ 2,8%) und 2010 nahezu unverändert bleiben (+ 0,1%).

Ausrüstungsinvestitionen eingebrochen

Die Unternehmen in Deutschland reduzierten zu Jahresbeginn ihre Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge drastisch. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken im ersten Vierteljahr 2009 gegenüber dem Vorquartal um etwa 16%. Das bedeutet im Vorjahresvergleich, gegenüber dem ersten Quartal 2008, einen Rückgang um 18,6%. Da die Ausrüstungsinvestitionen bereits im vergangenen Herbst stark vermindert wurden, sind sie innerhalb eines halben Jahres auf das Niveau von Herbst 2005 zurückgeworfen worden. In diesen sechs Monaten haben die Unternehmen die Auslastung ihrer vorhandenen technischen Kapazitäten massiv reduziert. Während nach den Angaben der Industriefirmen im ifo Konjunkturtest die Kapazitätsauslastung im Sommer des vergangenen Jahres noch überdurchschnittlich hoch war, verringerten sie den Geräteeinsatz über das Winterhalbjahr hinweg erheblich. Insbesondere die Vorleistungsgüterhersteller und die Investitionsgüterproduzenten haben ihre Kapazitätsauslastung massiv gesenkt. Deutlich moderater fuhren die Konsumgüterproduzenten den Geräteeinsatz zurück. Insgesamt lasten die Industriefirmen ihre technischen Kapazitäten derzeit aber deutlich unterdurchschnittlich aus.

Gefragt nach der Bewertung der vorhandenen technischen Kapazitäten im Hinblick auf die erwartete Nachfrage nach ihren Produkten, geben die Industrieunternehmen im ifo Konjunkturtest überwiegend an, dass der vorhandene Maschinenpark zu groß ist. Daher dürfte von dieser Seite der Druck auf die Investitionsausgaben anhalten. In diese Richtung weisen zudem die ifo Konjunkturtestergebnisse für die Leasingbranche, die sich als zuverlässiger Indikator für die Investitionsneigung bewährt haben. Erheblich verschlechtert hat sich seit vergangenem Herbst zudem die Ertragslage der Unternehmen. Im Vorleistungsgüter- und im Investitionsgüterbereich schätzten die im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen die Ertragslage vorwiegend als schlecht ein. Nicht ganz so schwierig stellt sich die Situation bei den Konsumgüterherstellern dar: Ein größerer Anteil von Firmen kann eine befriedigende Ertragssituation erwirtschaften. Kritisch bleibt zudem die Außenfinanzierung. Für große Industrieunternehmen weist die vom ifo Institut veröffentlichte »Kredithürde« auf erhebliche Kreditrestriktionen hin. Kleine und mittelgroße Firmen leiden nicht ganz so stark unter den verschlechterten Kreditbedingungen. Die Kredithürde bei großen Unternehmen dürfte zum einen auf die schwierige Situation bei der Bildung von Konsortialkrediten zurückgehen. Zum anderen zeigt die jüngste Veröffentlichung der Bundesbank zur Bankenstatistik, dass speziell Großbanken ihre Ausleihungen an Unternehmen im vergangenen halben Jahr spürbar reduziert haben. Trotz des von der Bundesregierung diskutierten Konzepts von so genannten Bad Banks dürfte die Kreditfinanzierung für die Unternehmen auch in den kommenden Monaten schwierig bleiben.

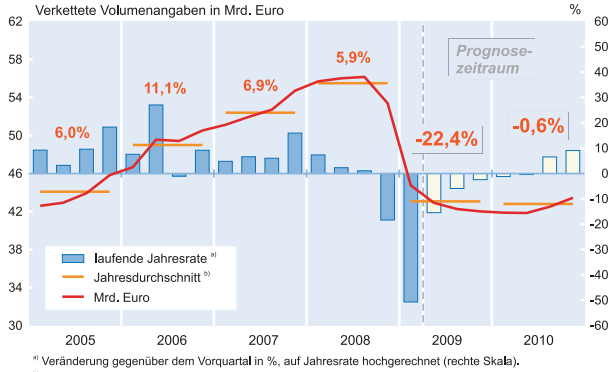
Der Druck auf die Ausrüstungsinvestitionen wird im laufenden Jahr anhalten. Erst im Verlauf des Jahres 2010 dürfte der Rückgang zum Stillstand kommen und einer moderaten Erholung Platz machen. Gegen Ende 2010 kann zudem mit Vorzieheffekten aufgrund der Rückführung der degressiven Abschreibung gerechnet werden. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahresdurchschnitt 2009 um rund 22% sinken und im Jahr 2010 um etwa 0,6% abnehmen (vgl. Abb. 3.11).

Bauinvestitionen gedämpft

Die Bauinvestitionen haben im Winterhalbjahr deutlich nachgegeben. Sie lagen im ersten Vierteljahr 2009 um knapp 8% unter dem Vorjahreswert, wobei im vergangenen Jahr der Winter sehr mild ausgefallen war. Während etwa im März dieses Jahres rund 60% der im ifo Konjunkturtest befrag-

Abb. 3.11

Reale Investitionen in Ausrüstungen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

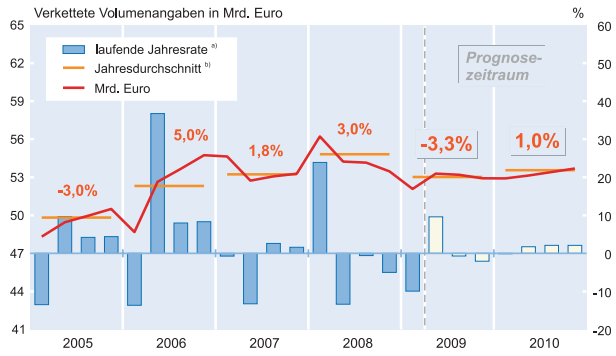
ten Unternehmen des Bauhauptgewerbes über witterungsbedingte Produktionsbehinderungen klagten, waren es im selben Monat des Vorjahres 20%. Besonders schwach in das Jahr 2009 gestartet ist der öffentliche Nichtwohnungsbau: Gegenüber dem letzten Quartal 2008 sind die Investitionen in diesem Bereich im ersten Vierteljahr 2009 um reichlich 11% gesunken. Dagegen verlief der Jahresauftakt im Wirtschaftsbau stabil. Die Folgen der Rezession werden aber im weiteren Jahresverlauf auf den Wirtschaftsbau durchschlagen.

Der Wohnungsbau entwickelte sich im ersten Quartal 2009 ungünstig. Gegenüber Vorquartal sanken die Wohnungsbauinvestitionen um 2,6%. Da ein Teil dieses Rückgangs auf die ungünstige Witterung zurückzuführen ist, dürfte es im zweiten Vierteljahr zu einer Gegenreaktion kommen. Insgesamt bleiben die Aussichten für den Wohnungsbau in diesem Jahr trüb. Die Auftragseingänge haben sich zwar zuletzt positiv entwickelt, verfehlen aber weiterhin deutlich die Werte der vergleichbaren Vorjahresmonate. Daher dürfte sich vor allem der Neubau von Wohnungen weiter negativ entwickeln. Besser ist die Situation bei werterhöhenden Bestandsmaßnahmen. Im weiteren Jahresverlauf dürften die ungünstige Entwicklung der real verfügbaren Einkommen sowie die steigende Arbeitslosigkeit auf den Wohnbauvorhaben lasten. Stützend wirken dagegen die Fördermaßnahmen zur Gebäudesanierung, die die Bundesregierung im Konjunkturpaket I nochmals ausgeweitet hat. Möglicherweise spielen bei Anlegern auch Immobilienanlagen als Inflationsschutz verstärkt eine Rolle. Insgesamt werden die Wohnungsbauinvestitionen im laufenden Jahr um etwa 3% schrumpfen und im kommenden Jahr um knapp 1% zunehmen.

Die Investitionstätigkeit im Wirtschaftsbau nahm im ersten Vierteljahr gegenüber dem Schlussquartal 2008 nicht weiter ab. Die Wirtschaftsbauinvestitionen lagen zu Jahresbeginn damit knapp 4% unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. In den kommenden Monaten dürften die Investitionen in diesem Bereich jedoch verstärkt reduziert werden. Die erheblich gesunkene Kapazitätsauslastung bei den Industriefirmen sowie die schwachen Nachfrageperspektiven, auch im Dienstleistungsbereich, hinterlassen Spuren bei der Bautätigkeit. Bereits genehmigte Vorhaben werden aufgeschoben, neue Projekte werden seltener in Angriff genommen. Die Baugenehmigungen im Wirtschaftsbau waren im ersten Vierteljahr bereits deutlich rückläufig. Neben den eingetrübten Absatzperspektiven belasten aber auch die verschlechterte Ertragssituation der Unternehmen und die in Teilen der Wirtschaft vorhandenen Probleme bei der Kreditfinanzierung die weitere Investitionstätigkeit. Der Wirtschaftsbau wird daher im Jahresdurchschnitt 2009

Abb. 3.12

Reale Bauinvestitionen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

um etwa 6,6% sinken und im Jahr 2010 um knapp 4% schrumpfen.

Stützend wirken die öffentlichen Bauinvestitionen. Mit den Konjunkturpaketen I und II werden erhebliche Mittel für Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt. Allerdings sind diese Stützungsmaßnahmen sehr schleppend angelaufen. Die öffentlichen Bauinvestitionen waren im ersten Quartal sogar stark rückläufig. Sie sanken gegenüber dem Vorquartal um reichlich 11% und lagen damit um 14% niedriger als zu Jahresbeginn 2008. Inzwischen sind jedoch die Baugenehmigungen deutlich gestiegen. Auch die Auftragseingänge, etwa im Tiefbau, lassen auf eine deutliche Zunahme der Bautätigkeit schließen. Im weiteren Jahresverlauf werden die öffentlichen Bauinvestitionen daher kräftig expandieren. Aufgrund der Startschwierigkeiten werden sie im Jahresdurchschnitt 2009 jedoch lediglich um etwa 5% steigen. Im Jahr 2010, wenn die Konjunkturpakete ihre stärkste Wirkung entfalten, werden die öffentlichen Bauinvestitionen um deutlich über 13% zunehmen. Einem noch stärkeren Anstieg dürften die sich im nächsten Jahr merklich eintrübenden Einnahmenperspektiven der öffentlichen Haushalte, insbesondere auf kommunaler Ebene, entgegenstehen.

Die Bauinvestitionen insgesamt werden durch die in den beiden Konjunkturpaketen enthaltenen Maßnahmen in diesem und im kommenden Jahr deutlich gestützt. Dies kann den Rückgang bei den Wirtschaftbauaktivitäten abfedern. Die Bauinvestitionen werden dieses Jahr dennoch um reichlich 3% abnehmen. Im kommenden Jahr werden sie aber wieder um mehr als 1% zulegen (vgl. Abb. 3.12 und Tab. 3.5).

Privater Konsum nimmt ab

Der private Konsum hat sich der trotz der scharfen Rezession bislang recht wacker gehalten. Im ersten Quartal 2009

Tab. 3.5
Reale Bruttoanlageinvestitionen
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2008	2009	2010
Bauten	3,0	– 3,3	1,0
Wohnbauten	0,8	– 3,2	0,8
Nichtwohnbauten	5,9	– 3,4	1,3
Gewerblicher Bau	7,2	– 6,6	– 3,8
Öffentlicher Bau	2,5	5,0	13,5
Ausrüstungen	5,9	– 22,4	– 0,6
Sonstige Anlagen	5,9	5,5	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	6,5	– 10,7	0,4

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

nahm er saisonbereinigt sogar um 0,5% zu. Maßgeblich hierfür war, dass die verfügbaren Realeinkommen weiter gestiegen sind. Zwar sind die Arbeitslöhne brutto wie netto kräftig gesunken; dies wurde aber durch erhöhte Zahlungen der Bundesagentur für Arbeit teilweise kompensiert. Darüber hinaus blieb die Verbraucherpreisentwicklung günstig und zahlreiche expansive Maßnahmen wurden wirksam. Die Abgabenbelastung wurde zurückgeführt, die Transferleistungen wurden ausgeweitet. So ist der Einkommensteuertarif gesenkt und der Grundfreibetrag zusammen mit dem Kinderfreibetrag erhöht worden. Das Kindergeld wurde ebenfalls zum Jahresanfang angehoben. Außerdem wurde im April ein einmaliger Zuschlag zum Kindergeld (Kinderbonus) ausbezahlt. Schließlich schlug die Rückerstattung der in den Jahren 2007 und 2008 nicht gewährten Pendlerpauschale kaufkraftfördernd zu Buche.

Bevorzugt wurden im ersten Vierteljahr Pkw gekauft (vgl. Abb. 3.13), befördert durch die Gewährung einer staatlichen Abwrackprämie in Höhe von 2 500 Euro für ein mindestens neun Jahre altes Auto. Im Zusammenhang damit ist auch die Sparquote gesunken. Inzwischen sind rund 1,6 Mill. Prämienanträge beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle eingegangen, so dass zur Jahresmitte bereits 4/5 des gesamten Fördervolumens ausgeschöpft ist. Stabil gehalten haben sich im ersten Quartal die realen Ausgaben für Einrichtungsgegenstände. Dagegen war die Nachfrage nach anderen Waren und Dienstleistungen (z.B. nach Bekleidung und Schuhen) durchwegs rückläufig. Regelrecht eingebrochen sind zuletzt die realen Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.

Im zweiten Halbjahr 2009 dürfte der reale private Konsum nochmals durch fiskalische Impulse stimuliert werden. So werden die Altersrenten stark angehoben. Maßgeblich für das höchste Rentenplus in diesem Jahrzehnt ist der im Vorjahr stark beschleunigte Anstieg der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter, zudem ist der »Riester-Faktor« in der Rentenformel erneut ausgesetzt, der ansonsten den Anstieg der Altersbezüge um 0,65 Prozentpunkte gedämpft hätte. Schließlich wirkt in diesem Jahr auch der »Nachhaltigkeitsfaktor« rentensteigernd (+ 0,3 Prozentpunkte).[5] Mit den Renten werden auch die Regelsätze bei Hartz IV, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie bei Sozialhilfeleistungen erhöht. Der Eckregelsatz wird von 351 Euro auf 359 Euro steigen. Außerdem wird für Kinder bestimmter Altersjahrgänge beim Sozialgeld ein eigener Regelsatz eingeführt.[6]

Bei den Nettoarbeitseinkommen wirkt zudem entlastend, dass zur Jahresmitte der Krankenversicherungsbeitragssatz von 15,5% auf 14,9% gesenkt wird, was dem durchschnittlichen Beitragssatz im Jahr 2008 entspricht. Dennoch werden die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte alles in allem leicht sinken. Da aber zugleich die Sparquote wohl noch etwas stärker zurückgehen dürfte, dürften die realen Konsumausgaben im zweiten Halbjahr 2009 gegenüber der ersten Jahreshälfte saisonbereinigt leicht steigen. Im Jahresdurchschnitt zeichnet sich eine Zunahme des realen privaten Verbrauchs um 0,3% ab.

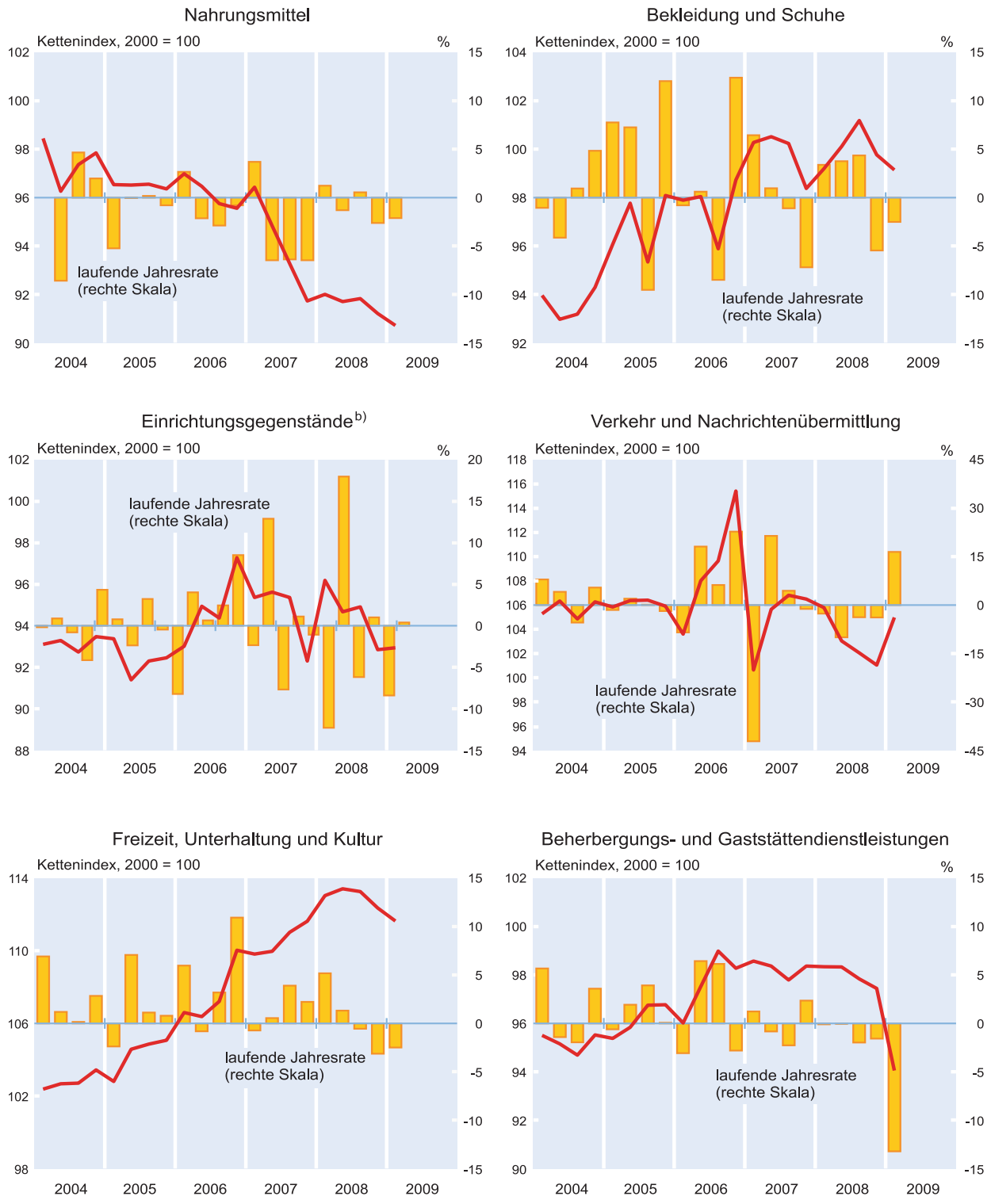
Im kommenden Jahr wird dann aber die erwartete massive Verschlechterung des Arbeitsmarkts voll auf die Konsumkonjunktur durchschlagen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden im Jahr 2010 mit – 2,2% kräftig sinken. Netto ergibt sich ein geringeres Minus, weil ein größerer Teil der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge als Sonderausgaben abgesetzt werden darf. Die Sozialleistungen werden mit 2,1% dagegen deutlich langsamer expandieren als in diesem Jahr (+ 7,5%), da nicht mit weiteren Leistungsausweitungen zu rechnen ist. Auch werden Einmalleistungen wie der Kinderbonus nicht mehr gewährt. Zudem werden die Altersrenten aufgrund der Lohnentwicklung 2009 nicht angehoben werden. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften angesichts der schwachen Konjunktur sehr kräftig sinken (– 4,6%). Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 0,3% zurückgehen, real um 0,4%. Die Spar-

[5] Mit dem Riester-Faktor werden in der Rentenanpassungsformel die steigenden Aufwendungen der Beschäftigten für ihre zusätzliche private Altersvorsorge berücksichtigt. Der Nachhaltigkeitsfaktor berücksichtigt bei der Rentenanpassung die Entwicklung des Verhältnisses von Rentnern zu Beitragszahlern, womit der demographischen Entwicklung aber auch der Änderung in der Erwerbstätigkeit Rechnung getragen wird.

[6] In der Jahresdurchschnittsbetrachtung führt eine Änderung in der statistischen Zuordnung zu einer weiteren kräftigen Ausweitung der Transfereinkommen der privaten Haushalte. So werden durch die gesetzlich eingeführte Pflicht zu einer Krankenversicherung für alle Arbeitnehmer und Selbständigen die Prämien für private Krankenversicherungen nun als Sozialbeiträge an private Sozialschutzsysteme gebucht und die Versicherungsleistungen als monetäre Sozialleistungen privater Sozialschutzsysteme. Bisher wurden Prämien und Versicherungsleistungen bei den Einkommen der privaten Haushalte in der Position »Sonstige Transfers (Saldo)« verbucht. Allein durch diese neue Verbuchung werden die Einnahmen der privaten Haushalte aus monetären Sozialleistungen um rund 6½ Mrd. Euro pro Halbjahr ausgeweitet. Die Gegenbuchung findet bei den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und bei sonstigen Beiträgen an private Sozialschutzsysteme (Bestandteil der Position »Sonstige Transfers (Saldo)«) statt. Nicht betroffen von dieser konzeptionellen Änderung sind die vom Staat gezahlten monetären Sozialleistungen und die vom Staat empfangenen Sozialbeiträge. Deshalb steigen die von privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen im Jahr 2009 mit 7,5% wesentlich rascher als die vom Staat gezahlten monetären Sozialleistungen (5,0%).

Abb. 3.13

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte im Inland nach Verwendungszweck[a] seit 2004

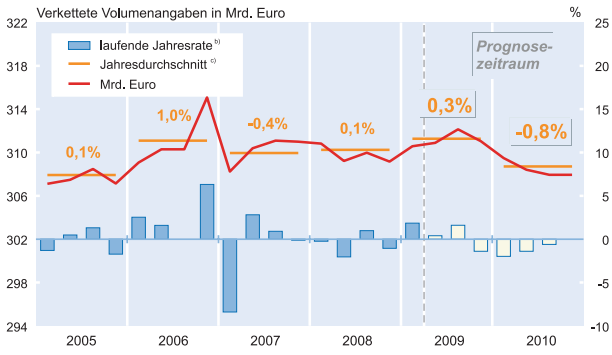


[a] Saisonbereinigt Census X-12-ARIMA.
[b] Einschließlich Geräte für den Haushalt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 3.14

Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte[a]
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



a) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
b) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
c) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

quote dürfte im kommenden Jahr spürbar steigen. Zu Buche schlägt insbesondere, dass die Abwrackprämie zu einem Vorziehen von Pkw-Käufen in das laufende Jahr geführt hat. Insgesamt wird der reale private Konsum im Jahresdurchschnitt 2010 voraussichtlich um 0,8% sinken. Auch im Jahresverlauf wird der reale Verbrauch keinen Wachstumsbeitrag liefern (vgl. Tab. 3.6).

Stabiles Verbraucherpreisniveau

Die Lebenshaltungskosten sind in diesem Jahr stabil geblieben; im Mai war das Verbraucherpreisniveau saisonbereinigt nicht höher als im Januar. Die Inflationsrate fiel sogar mit exakt Null Prozent auf den niedrigsten Stand seit 22 Jahren. Im August 2008 hatte sie noch 3,3% betragen. Maßgeblich für die Disinflation war die Entwicklung der Energiepreise. Aufgrund der stark anziehenden Rohölnotierungen waren die Preise von Heizöl und Kraftstoffen bis zum vergangenen Sommer sehr kräftig gestiegen, danach aber im Gefolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ebenso deutlich gesunken. Zuletzt lagen die Heizöl- und Kraftstoffpreise um 23,4% unter dem hohen Stand des vergleichbaren Vorjahresmonats. Dieser Basiseffekt dominiert gegenwärtig weitgehend die Messung der Verbraucherpreisentwicklung im Vorjahresvergleich (vgl. Kasten Verbraucherpreisniveau und Inflationsrate).

Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln ausgeschlossen ist[7], betrug zuletzt 1,4% (vgl. Tab. 3.7). Hier macht sich die Verbilligung wichtiger Grundnahrungsmittel wie Molkereiprodukte und Speisefette im Gefolge rückläufiger Erzeugerpreise dämpfend bemerkbar. Nimmt man die Gruppe der Nahrungsmittel (ohne Saisonwaren) bei der Berechnung der Kerninflation heraus, so beträgt die Preissteigerungsrate für den verbleibenden Warenkorb, auf den 64,5% aller Verbrauchsausgaben entfallen, gegenwärtig 1,5% (Jahresdurchschnitt 2008: 1,3%). In dieser Waren- und Dienstleistungsgruppe lagen z.B. die Nettokaltmieten für Wohnungen (einschließlich der Nebenkosten) um 1,2% über dem vergleichbaren Vorjahresniveau; die Preise von Gebrauchsgütern mit mittlerer Lebensdauer waren um 1,8% höher als vor Jahresfrist.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau weitgehend stabil bleiben. Im zweiten Halbjahr 2009 dürften die Inflationsraten aufgrund von Basiseffekten, die aus dem Preisrückgang von Energieträgern aus dem Vorjahr herrühren, sogar ins Negative geraten. Dabei werden die an

[7] Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Tab. 3.6
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung[a]
Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal

	2008				2009			
	I	II b)	III b)	IV b)	I b)	II b)	III b)	IV b)
Private Konsumausgaben	0,5	0,1	0,4	– 0,3	– 0,5	– 0,4	– 0,1	0,0
Öffentlicher Konsum	0,3	1,0	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Ausrüstungen	– 16,2	– 4,1	– 1,5	– 0,6	– 0,3	– 0,1	1,6	2,2
Bauten	– 2,6	2,3	– 0,2	– 0,5	0,0	0,4	0,5	0,5
Sonstige Anlagen	2,6	– 0,8	0,0	0,1	0,3	0,4	0,5	0,7
Vorratsinvestitionen c)	– 0,5	– 0,6	0,0	– 0,1	0,0	0,1	0,0	– 0,1
Inländische Verwendung	– 1,7	– 0,5	0,2	– 0,3	– 0,3	0,0	0,1	0,1
Außenbeitrag c)	– 2,2	– 0,2	0,0	0,0	– 0,1	0,0	0,1	0,1
Exporte	– 9,7	– 2,9	0,5	0,5	0,7	0,8	1,1	1,1
Importe	– 5,4	– 2,5	0,5	0,5	0,8	0,9	0,9	0,9
Bruttoinlandsprodukt	– 3,8	– 0,7	0,2	– 0,3	– 0,3	0,0	0,3	0,3

a) Saison- und arbeitstäglich bereinigte Werte, in Vorjahrespreisen. – b) Schätzungen des ifo Instituts. – c) Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, ab zweitem Quartal 2009: Schätzungen des ifo Instituts.

Verbraucherpreisniveau und Inflationsrate

Die Veränderung des Verbraucherpreisniveaus wird üblicherweise mit Hilfe der Inflationsrate gemessen. Hierbei wird das Preisniveau in einem Monat t zum Preisniveau des vergleichbaren Vorjahresmonats t – 12 in Beziehung gesetzt. Die Entwicklung der Inflationsrate wird deshalb nicht nur von der aktuellen Preisdynamik im laufenden Jahr beeinflusst, sondern immer auch von den Preisbewegungen im entsprechenden Vorjahreszeitraum. So ergeben sich z.B. abnehmende monatliche Inflationsraten immer dann, wenn das aktuelle Verbraucherpreisniveau saisonbereinigt sinkt (oder zumindest konstant bleibt) und ein Jahr zuvor im gleichen Zeitraum gestiegen ist. Die Abbildung 3.15 zeigt diesen Sachverhalt für die Entwicklung der Inflationsrate in Deutschland auf, wobei diese approximativ aus dem Vorjahresabstand der logarithmierten und saisonbereinigten Verbraucherpreisniveaus berechnet ist.

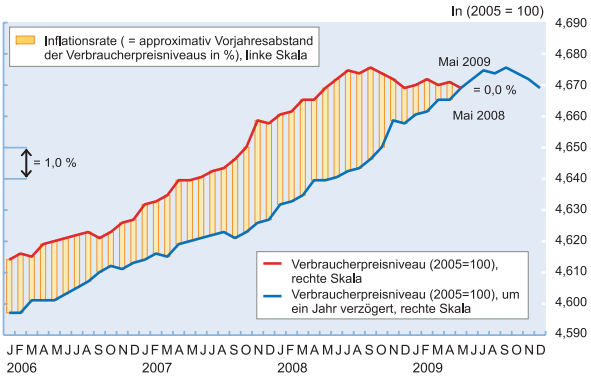
die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise sogar noch etwas sinken. Nahezu 200 Versorgungsunternehmen wollen zur Jahresmitte die Tarife um durchschnittlich 10% senken. Ab den Herbstmonaten wirkt sich auch die deutliche Verschlechterung der Verbrauchskonjunktur preisdämpfend aus. Von den zuletzt erneut anziehenden Notierungen auf den internationalen Märkten für Rohöl und Agrarerzeugnisse dürfte hingegen wieder etwas Druck auf das heimische Preisniveau ausgehen. Auch beim Strom ist mit weiteren Tariferhöhungen zu rechnen. Alles in allem dürfte das Verbraucherpreisniveau im Verlauf wie im Jahresdurchschnitt 2009 nahezu stabil bleiben (+ 0,2%). Im kommenden Jahr ist mit einer Preissteigerungsrate um knapp 1/2% zu rechnen. Zum einen gibt es keine dämpfenden Basiseffekte mehr, zum anderen dürften die Unternehmen bei sich allmählich besserndem konjunkturellen Umfeld auf die Zunahme der Lohnkosten reagieren.

Stundenlöhne stagnieren in 2010

Die tariflichen Stundenverdienste verzeichneten zu Beginn des Jahres einen deutlichen Zuwachs und lagen 3,1% über dem Vorjahresniveau. Lohnsteigerungen waren im öffentlichen Dienst und der Metallindustrie zu verzeichnen. Der Anstieg der Effektivlöhne (Bruttoverdienste je Arbeitnehmerstunde) lag mit 3,7% sogar etwas darüber. Dies erklärt sich vorwiegend durch die starke Drosselung der Produktion, die Arbeitgeber dazu veranlasst hat, die Arbeitszeit zum Teil drastisch zu reduzieren. Dies geschah zum überwiegenden Teil durch Verlängerung der Urlaubszeit und die Nutzung von Guthaben auf Arbeitszeitkonten. Die gezahlten Monatslöhne verteilten sich so auf eine geringere Zahl von Stunden. Die Lohnstückkosten stiegen dadurch ebenfalls rasant und lagen um 8,5% über dem Vorjahr. Im Verarbeitenden Gewerbe lag der Anstieg sogar bei knapp 25%.

Abb. 3.15

Entwicklung von Verbraucherpreisniveau[a)] und Inflationsrate



a) Saisonbereinigt und logarithmiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Für den weiteren Jahresverlauf stehen in vielen Branchen die tariflichen Stufenerhöhungen bereits fest. So wird ab September im Einzelhandel 2% mehr Lohn gezahlt, im Baugewerbe stieg der Lohn im Juni um 2,3%. Allerdings dürfte die in der Metallindustrie für Mai ausgehandelte Lohnsteigerung von 2,1% von vielen Betrieben auf das Jahresende verschoben werden. Zusammen mit dem Anstieg vom Februar um 2,1% steigen die Löhne in der Metallindustrie im Jahresdurchschnitt um etwa 3%. Insgesamt werden die tariflichen Stundenlöhne wohl mit 2,5% etwas schwächer zulegen als im vergangenen Jahr.

Die Lohndrift wird sich dabei in der ersten Jahreshälfte mit dem Rückgang der geleisteten Arbeitszeit noch erhöhen, da die Unternehmen die Bezahlung kurzfristig nicht im selben Ausmaß reduzieren können, wie Produktion ausfällt. Danach werden sich die Arbeitgeber aber gezwungen sehen, auf die dramatische Verteuerung der Lohnstückkosten außer mit Entlassungen auch mit Lohnkürzungen zu reagieren. Es dürfte daher zu einem Abbau von außertariflichen Leistungen, zur Kürzung von Sonderzahlungen und zu einer Reduktion der bezahlten Arbeitszeit kommen. Zusammen genommen führt dies für die betroffenen Arbeitnehmer dann zu einem Rückgang der Lohnkosten je geleisteter Stunde. Die Lohndrift wird im Jahresdurchschnitt mit knapp 0,2 Prozentpunkten dennoch leicht positiv sein. Der Anstieg der Stundenverdienste liegt damit bei 2,6%. Der Anstieg der Lohnkosten je Stunde wird zwar durch die im Konjunkturpaket II angelegte Senkung der Arbeitgeberbeiträge gedämpft. Die Lohnstückkosten auf Stundenbasis dürften aufgrund des hohen Wertes zu Beginn des Jahres im Durchschnitt dennoch um 4,6% zunehmen.

Im kommenden Jahr wird die Zuwachsrate der tariflichen Stundenlöhne auf Grund der zu erwartenden niedrigeren Abschlüsse wohl weiter zurückgehen und bei 1,8% liegen. Die Lohndrift dürfte bei weiterhin schwacher Kapazitätsauslastung dann negativ sein und bei etwa – 1 1/2 Prozentpunkten liegen. Die Effektivverdienste je Stunde legen somit nur um 0,3% zu und die Lohnstückkosten auf Stundenbasis sinken um 1,7%.

Tab. 3.7
Entwicklung des Verbraucherpreisindex[a)]

	Wägungsschema in Promille	2006	2007	2008	Mai 2009
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Kerninflation[b)]	718,08	0,8	2,0	1,9	1,4
davon:					
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	73,08	0,8	3,5	7,3	0,1
darunter:					
Brot, Getreideerzeugnisse	16,44	0,6	3,2	7,9	1,1
Molkereiprodukte, Eier	14,44	0,0	5,9	14,0	– 6,6
Speisefette und -öle	2,55	0,8	10,5	7,5	– 5,5
Andere Waren und Dienste	645,00	0,8	1,8	1,3	1,5
Übrige Lebenshaltung	281,92	3,6	3,1	4,4	– 3,2
davon:					
Saisonabhängige Nahrungsmittel	16,91	6,8	5,8	3,1	– 6,2
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	57,43	9,1	2,9	11,2	– 17,6
Heizöl	9,21	10,9	– 1,5	31,6	– 42,4
Kraftstoffe	35,37	5,5	4,1	6,8	– 16,9
Gas	12,85	17,6	2,7	8,9	3,6
Güter mit administrierten Preisen	207,58	1,9	3,0	2,5	2,0
darunter:					
Strom	24,61	3,9	6,9	6,9	6,9
Umlagen für Fernwärme u. Ä.	12,36	15,2	3,3	8,1	10,5
Telefondienstleistungen	27,12	– 3,1	– 0,3	– 3,2	– 2,7
Gesundheitspflege	40,27	0,5	0,8	1,7	1,4
Beiträge zur Krankenversicherung	9,39	2,2	2,1	5,2	1,6
Kraftfahrzeugsteuer	6,50	1,1	3,6	– 1,1	– 1,1
Lebenshaltung insgesamt	1 000,00	1,6	2,3	2,6	0,0
davon:[c)]					
Kerninflation	–	0,5	1,4	1,4	1,0
Nahrungsmittel ohne Saisonwaren	–	0,1	0,3	0,5	0,0
Andere Waren und Dienste	–	0,5	1,2	0,8	1,0
Übrige Lebenshaltung	–	1,0	0,9	1,3	– 1,0
Saisonabhängige Nahrungsmittel	–	0,1	0,1	0,1	– 0,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	–	0,5	0,2	0,7	– 1,2
Güter mit administrierten Preisen	–	0,4	0,6	0,5	0,4

[a)] Verbraucherpreisindex, 2005 = 100. – [b)] In der Abgrenzung des ifo Instituts. – [c)] Inflationsbeiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit

Im vergangenen Jahr wurden insgesamt nur wenige Entlassungen vorgenommen. Die Unternehmen reagierten auf die Produktionsausfälle bis zum Jahreswechsel mit dem Abbau von Arbeitszeitkonten und der Verlängerung von Urlaubszeiten. Die geleisteten Stunden je Beschäftigtem sanken dabei deutlich. Diese Entwicklung setzte sich im ersten Quartal fort, auch weil die Unternehmen das Instrument der Kurzarbeit überaus stark in Anspruch nahmen, um qualifizierte Arbeitnehmer zu halten. Zudem wurde Kurzarbeit seitens der Bundesregierung durch eine verlängerte Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld von maximal 24 Monaten und eine hälftige Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge begünstigt. Für Arbeitnehmer in Weiterbildung werden die Sozialversicherungsbeiträge sogar zu 100 Prozent erstattet. Insgesamt waren im März 1,25 Mill. Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen. Dennoch hat die sich weiter vergrößernde Unterauslastung der Kapazitäten im ersten Quartal erstmals zu einem Abbau der Beschäftigung geführt. So sank die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal um rund 120 000 (vgl. Abb. 3.16). Am meisten betroffen waren dabei Arbeitnehmer bei Zeitarbeitsfirmen. Dort haben die flexibleren Regelungen bei den Arbeitnehmerüberlassungen offenbar zu Entlassungen geführt, so dass der Vorjahreswert im März um knapp 22% unterschritten wurde. In den Dienstleistungsbereichen, insbesondere im Gesundheitswesen, lag die Zahl der Arbeitnehmer hingegen über dem Vorjahreswert. Die Zahl der Selbständigen ist im ersten Quartal um 15 000 gesunken, auch weil im selben Zeitraum gut 10 000 Selbständige weniger gefördert wurden. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten (Minijobs) blieb stabil bei ca. 4,9 Mill., und auch in Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) waren im ersten Quartal in etwa so viele Personen beschäftigt wie im Vorjahr (vgl. Abb. 3.17).

Bis zum April dieses Jahres stieg die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt um monatlich rund 60 000 und im Mai stagnierte sie. Dies deutet jedoch nicht auf ein Ende der Abwärtsdynamik hin, sondern erklärt sich zum Teil aus einer Neuregelung der Arbeitslosenstatistik. Ab Mai fallen neue Teilnehmer an den zu Jahresbeginn geschaffenen

Lohnkosten mit und ohne Kurzarbeit

Durch die überaus starke Inanspruchnahme des Instruments der Kurzarbeit und der damit einhergehenden Verkürzung der durchschnittlichen Arbeitszeit ergeben sich bei einigen wichtigen Variablen zum Teil erhebliche Verzerrungen. Insbesondere entwickeln sich die Verdienste je Arbeitnehmer und je Stunde sehr unterschiedlich. Es erscheint daher sinnvoll, die Entwicklung für zentrale Arbeitsmarktgrößen getrennt nach Kurzarbeitern und übrigen Arbeitnehmern zu betrachten. Tabelle 3.8 fasst die Entwicklung von 2007 bis zum Ende des Prognosezeitraums zusammen.
In diesem Jahr steigen die Kurzarbeiterzahlen auf 1,25 Mill. Personen. Der durchschnittliche Arbeitsausfall eines Kurzarbeiters sinkt dabei in diesem Jahr deutlich unter 40%, da in der Vergangenheit überwiegend Saisonkurzarbeit mit sehr hohem Ausfallvolumen eingesetzt wurde; dies entspricht etwa 770 000 Vollzeitstellen. Mit dem Rückgang der Kurzarbeiterzahlen im kommenden Jahr steigt das durchschnittliche Ausfallvolumen wieder über 50% und führt dann zu einer etwas größeren Entlastungswirkung je Kurzarbeiter, so dass 2010 noch Kurzarbeit im Umfang von 200 000 Vollzeitstellen erfolgen dürfte.
Die Zahl der Kurzarbeiter beeinflusst auch die Entwicklung der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit. Insgesamt geht sie um knapp 4% zurück. Aber auch für Arbeitnehmer, die nicht von Kurzarbeit betroffen sind, sinkt die Arbeitszeit 2009 um 2,7% und 2010 noch leicht um ½%. Hier schlägt zu Buche, dass in der Rezession vermehrt sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen durch Minijobs substituiert werden dürften und die Zahl der Nebenjobs wird im Prognosezeitraum wohl spürbar zurückgehen. Außerdem dürfte in der Industrie auch die bezahlte Wochenarbeitszeit reduziert werden. Parallel zum durchschnittlichen Arbeitsausfall steigt die Arbeitszeit der Kurzarbeiter in 2009 zunächst an und fällt in 2010.
Der Rückgang der Arbeitszeit führt zu unterschiedlichen Entwicklungen zwischen den Stundenverdiensten und den Verdienste je Arbeitnehmer. Während die Stundenlöhne, getrieben von den Tarifabschlüssen der Vergangenheit, zunächst weiter steigen, sinken die Verdienste je Arbeitnehmer in diesem Jahr um 1,4%. Für die nicht von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer ergibt sich eine leichte Reduktion der Verdienste um 0,2% in diesem und im nächsten Jahr. In 2010 geht der Anteil der Kurzarbeiter an allen Arbeitnehmern spürbar zurück. Da für die nicht von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer die Arbeitszeit nur leicht sinkt, steigt für die Arbeitnehmer insgesamt die Arbeitszeit wieder etwas an. Daher steigt auch der durchschnittliche Verdienst je Arbeitnehmer geringfügig um 0,6%.
Parallel zur Reduktion der durchschnittlichen Arbeitszeit in diesem Jahr wird die Lohndrift je Arbeitnehmer deutlich negativ, während die Stundenlohndrift aufgrund des Produktionseinbruchs, wie beschrieben, leicht positiv ausfällt. Aufgrund der schlechten Arbeitsmarktlage im kommenden Jahr liegt die Erhöhung der Verdienste je Arbeitnehmer um – 1,2 Prozentpunkte unter der tariflichen Lohnsteigerung. Aber auch die effektiven Stundenlöhne steigen um 1,5 Prozentpunkte langsamer als die Tariflöhne.

»Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung« aus der Statistik heraus. Ohne die Neuregelung wäre die Zahl der Arbeitslosen um rund 20 000 gestiegen. Auch die Zahl der Arbeitsuchenden, die nicht als arbeitslos registriert sind – dies sind vor allem Personen in unsicheren Erwerbsverhältnissen –, ist erneut spürbar gestiegen und lag im Mai 200 000 über Vorjahresniveau. Des Weiteren war die Zahl der bei der Bundesagentur gemeldeten ungeförderten Stellen weiter deutlich rückläufig; sie lag im Mai bei 290 000 und damit um 100 000 unter dem Vorjahresniveau.

Gegenwärtig stellt das Instrument der Kurzarbeit ein wichtiges Mittel dar, um die Auswirkungen der Rezession auf den Arbeitsmarkt abzufedern. Derzeit liegen für etwa 290 000 Arbeitnehmer Anzeigen für Kurzarbeit vor, nach 450 000 im April und 680 000 im März. Damit deutet sich bereits ein deutlich langsamerer Aufbau von Kurzarbeit an, der in den Sommermonaten zum Stillstand kommen dürfte. In der zweiten Jahreshälfte werden wohl mehr Unternehmen den Personalbestand reduzieren, wenn trotz Kurzarbeit die Rentabilität des Betriebs mittelfristig nicht mehr gewährleistet ist. Das hat zur Folge, dass die Zahl der Kurzarbeiter zum Jahresende spürbar zurückgeht. Allerdings werden künftig die Sozialversicherungsbeiträge nach sieben Monaten vollständig von der Bundesagentur für Arbeit erstattet, was den Rückgang bremsen dürfte. Insgesamt werden in diesem Jahr durchschnittlich rund 1,25 Mill. Personen von Kurzarbeit betroffen sein. (vgl. Tab. 3.9).

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich die Rezession verstärkt auf den Arbeitsmarkt niederschlagen. Bei deutlich sinkender Inanspruchnahme der Kurzarbeit wird sich die Lage ab der zweiten Jahreshälfte deutlich verschlechtern. Negativ auf die Beschäftigung wirkt auch, dass im Verlauf des ersten Halbjahrs 2009 die Lohnkosten je Stunde stark ansteigen dürften. Zusammen mit einem Rückgang der Stundenproduktivität ergibt sich sogar eine noch deutlichere Steigerung der Lohnstückkosten. Im Verlauf dieses Jahres wird vor allem die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen reduziert; sie geht um etwa 800 000 zurück. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich aufgrund der stabilen Entwicklung im ersten Quartal nur ein Rückgang um 185 000. Die Beschäftigung in Minijobs steigt hingegen im Verlauf der ersten Jahreshälfte zunächst leicht an, da zum Teil Vollzeitstellen durch Minijobs substituiert werden. Im Verlauf der zweiten Jahreshälfte dürften dann auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse nach und nach abgebaut werden, so dass sich im Jahresverlauf ein Rückgang um 55 000 ergibt, was aufgrund des Anstiegs im ersten Halbjahr einer jahresdurchschnittlichen Erhöhung von 10 000 entspricht. Die Förderung der Selbständigkeit geht um 45 000 zurück, da der verbleibende Bestand an Ich-AGs abgebaut wird. Allerdings dürfte auch die Zahl der Selbständigen, die keine Förderung der Bundesagentur in Anspruch nehmen, um rund 20 000 sinken. Insgesamt ergibt sich für 2009 eine durchschnittliche Abnahme der Erwerbstätigkeit um 1,2% (1,15) bzw. um 460 000, was im Verlauf einem Rückgang von rund 1 Mill. entspricht. Bei spürbar rückläufiger

Tab. 3.8
Zur Entwicklung der Arbeitnehmerverdienste

	Arbeitnehmer			geleistete Stunden			durchschnittliche Arbeitszeit		
	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA
2007	35,317	35,248	68	47,807	47,767	40	1,354	1,355	582
2008	35,866	35,764	102	48,480	48,409	71	1,352	1,354	698
2009	35,453	34,203	1,250	46,060	45,046	1,014	1,299	1,317	811
2010	34,460	34,060	400	44,906	44,645	262	1,303	1,311	654

	Bruttolöhne und -gehälter			Verdienst je Arbeitnehmer			Verdienst je Stunde		
	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA
2007	958.0	957.2	0.8	27,125	27,156	11,337	20.0	20.0	19.5
2008	994.1	992.6	1.5	27,716	27,754	14,528	20.5	20.5	20.8
2009	968.6	947.4	21.3	27,322	27,698	17,025	21.0	21.0	21.0
2010	947.2	941.9	5.3	27,487	27,655	13,134	21.1	21.1	20.1

	Arbeitnehmer (Vollzeit)			Ausfall
	gesamt	ohne KA	KA	je KA
2007	35,317	35,287	29	57.0%
2008	35,866	35,814	52	48.4%
2009	35,453	34,679	774	38.4%
2010	34,460	34,261	199	50.1%

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Arbeitnehmer			geleistete Stunden			durchschnittliche Arbeitszeit		
	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA
2007	1.8	1.8	2.0	1.9	2.0	-9.2	0.2	0.2	-11.0
2008	1.6	1.5	48.6	1.4	1.3	78.3	-0.1	-0.1	19.9
2009	-1.2	-4.4	1131.3	-5.0	-6.9	1330.6	-3.9	-2.7	16.2
2010	-2.8	-0.4	-68.0	-2.5	-0.9	-74.2	0.3	-0.5	-19.3

	Bruttolöhne und -gehälter			Verdienst je Arbeitnehmer			Verdienst je Stunde		
	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA
2007	3.4	3.4	-9.0	1.6	1.6	-10.8	1.4	1.4	0.3
2008	3.8	3.7	90.5	2.2	2.2	28.1	2.3	2.3	6.8
2009	-2.6	-4.6	1343.0	-1.4	-0.2	17.2	2.6	2.6	0.9
2010	-2.2	-0.6	-75.3	0.6	-0.2	-22.8	0.3	0.3	-4.4

	Lohndrift (Arbeitnehmer) [a]			Lohndrift (Stunde) [a]			Tariflohn		Ausfall
	gesamt	ohne KA	KA	gesamt	ohne KA	KA	Monat	Stunde	je KA
2007	0.3	0.3	-12.1	0.3	0.2	-0.9	1.3	1.2	10.4
2008	-0.6	-0.6	25.3	-0.4	-0.4	4.1	2.8	2.7	-15.1
2009	-3.9	-2.7	14.7	0.2	0.1	-1.6	2.5	2.5	-20.7
2010	-1.2	-1.9	-24.6	-1.5	-1.4	-6.1	1.8	1.8	30.4

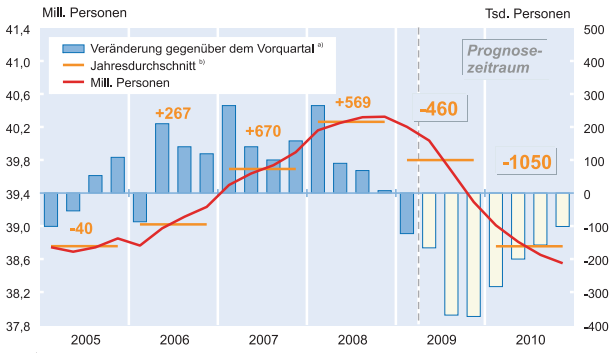
	Arbeitnehmer (Vollzeit)		
	gesamt	ohne KA	KA
2007	1.8	1.8	-10.3
2008	1.6	1.5	79.7
2009	-1.2	-3.2	1384.4
2010	-2.8	-1.2	-74.3

[a] In Prozentpunkten.
Anmerkung: KA: Kurzarbeiter, Werte berechnet aus den Quartalswerten. Die genannten Niveauwerte haben folgende Einheiten: Arbeitnehmer (Tsd. Personen), geleistete Stunden (Mill. Stunden), durchschnittliche Arbeitszeit (Stunden), Bruttolöhne und -gehälter (Mrd. Euro), Verdienst je Arbeitnehmer und je Stunde (Euro). »Ausfall je KA« gibt den durchschnittlichen Arbeitsausfall je Kurzarbeiter in Relation zu den übrigen Arbeitnehmern.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Bundesbank; 2009 und 2010: Prognosen des ifo Instituts.

Abb. 3.16

Erwerbstätige
Inländerkonzept, saisonbereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

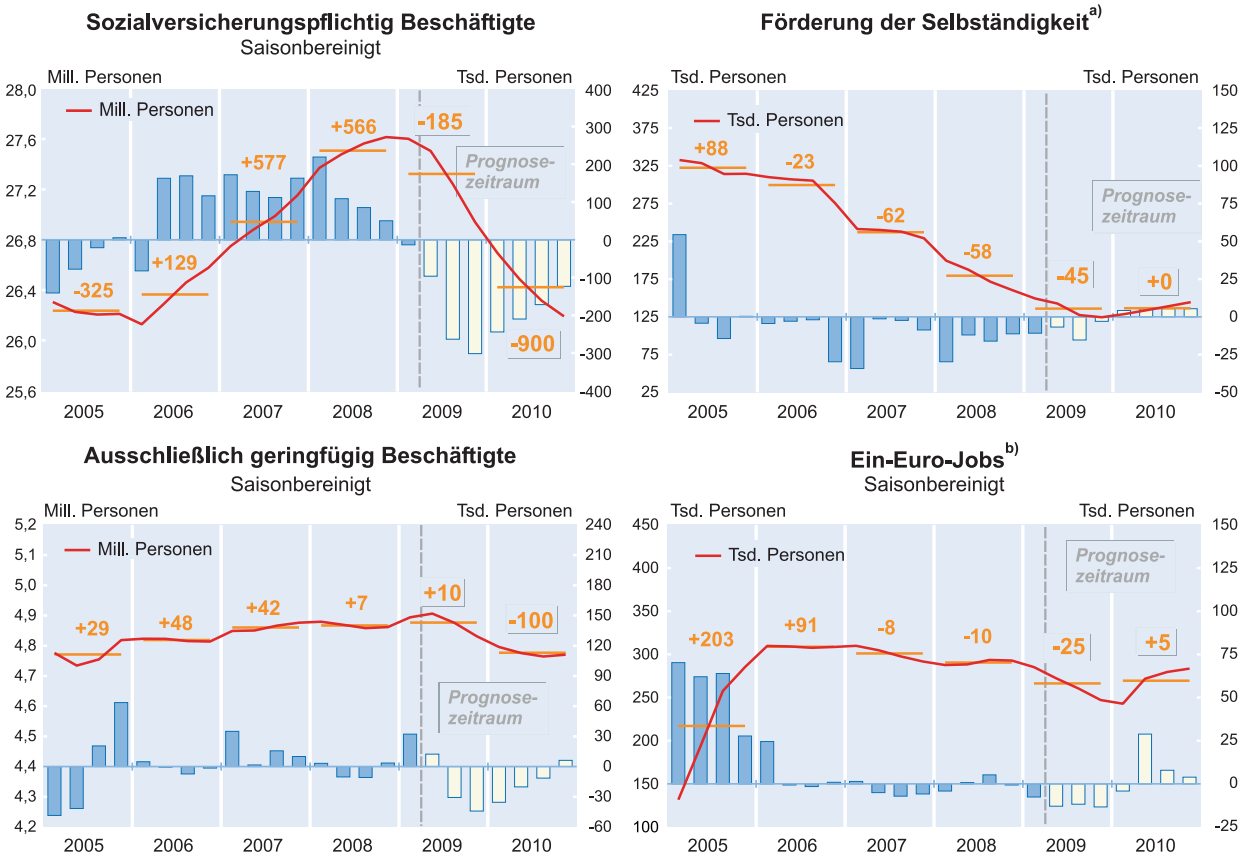
durchschnittlicher Arbeitszeit sinken die geleisteten Stunden 2009 um 4,7% (vgl. Abb. 3.18).

Vor diesem Hintergrund wird die Zahl der Arbeitslosen im Verlauf des Prognosezeitraums dramatisch zunehmen. Durch die Zahl der neuen Teilnehmer an »Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung« dürfte der Anstieg der registrierten Arbeitslosen spürbar entschärft werden. Jedoch handelt es sich hierbei hauptsächlich um Personen, bei denen die Bundesagentur Dritte mit der Vermittlung auf einen Arbeitplatz beauftragt. Nach Angaben der Bundesagentur werden dadurch bis zum Herbst etwa 200 000 Personen aus der Statistik herausfallen.[8] Außerdem werden Neuzugänge zu Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen, deren Zahl ebenfalls um 40 000 steigen dürfte, nun auch unter dieser Maßnahme geführt. Zusätzlich entlastend für den Anstieg der Arbeitslosigkeit dürfte nach Schätzungen des IAB in diesem Jahr der Rückgang des Arbeitskräftepotentials um rund 150 000 Personen wirken. Die Zahl der Ein-

[8] Vgl. Bundesagentur für Arbeit, *Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Methodenbericht,* Nürnberg 2009.

Abb. 3.17

Ausgewählte Komponenten der Erwerbstätigkeit



Anmerkung: Saisonbereinigung mit Census X12 Arima.
a) Existenzgründungszuschuss, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss.
b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung.
c) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

Tab. 3.9
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

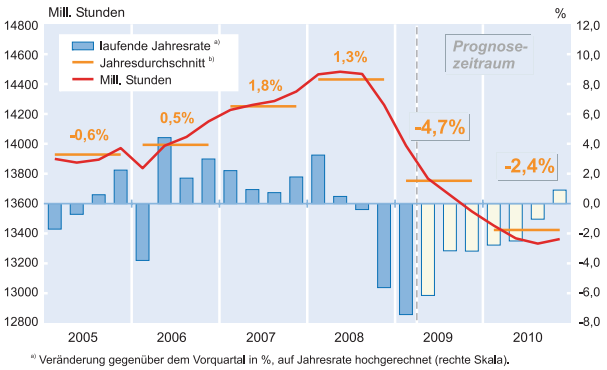
	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland					
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	55 975	57 003	57 724	55 011	53 693
Erwerbstätige Inländer	39 024	39 694	40 263	39 803	38 753
Arbeitnehmer	34 630	35 243	35 798	35 398	34 408
darunter:					
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26 366	26 942	27 508	27 323	26 423
darunter					
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung[a)]	180	210	237	272	337
marginal Beschäftigte	5 887	5 923	5 912	5 882	5 768
darunter:					
Minijobs	4 819	4 861	4 867	4 877	4 777
Ein-Euro-Jobs[b)]	309	301	291	266	271
Selbständige	4 394	4 451	4 465	4 402	4 346
darunter:					
geförderte Selbständige[c)]	300	237	180	135	135
Pendlersaldo	73	74	67	57	52
Erwerbstätige Inland	39 097	39 776	40 330	39 680	38 805
Personen zwischen 15 und 64 Jahren[d)]	54 574	54 417	54 267	54 107	54 161
Erwerbstätigenquote[e)]	71,5	72,9	74,2	73,6	71,6
Arbeitslose	4 487	3 776	3 268	3 588	4 348
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Teilnehmer § 45 SGB III	0	0	0	130	340
Trainingsmaßnahmen	78	77	81	46	0
Arbeitslosenquote[f)]	10,3	8,7	7,5	8,3	10,1
Arbeitslosenquote BA[g)]	10,7	9,0	7,8	8,5	10,4
Erwerbslose[h)]	4 250	3 602	3 132	3 487	4 250
Erwerbslosenquote[i)]	9,8	8,3	7,2	8,1	9,9
Kurzarbeit	67	68	102	1250	400

[a)] Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – [b)] Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – [c)] Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – [d)] Veränderung entspricht der mittleren unteren Variante der 11. Bevölkerungsvorausberechnung ab 2008. – [e)] Erwerbstätige Inländer in % der Personen zwischen 15 und 65 Jahren. – [f)] Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – [g)] Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – [h)] Definition der ILO; Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – [i)] Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2009 und 2010: Prognose des ifo Instituts.

Euro-Jobs dürfte in diesem Jahr um 25 000 zurückgehen, da bei fehlender Arbeitskräftenachfrage nur wenige solcher Arbeitsgelegenheiten bereitstehen, zudem werden viele Personen wohl zunächst Arbeitslosengeld beziehen. Alles in allem wird die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 um durchschnittlich 320 000 auf 3,59 Mill. steigen. Im Verlauf bedeutet dies eine Zunahme um rund 690 000. Ohne die Neuregelung zur Erfassung der Maßnahmeteilnehmer ergibt sich ein Anstieg um 920 000; jahresdurchschnittlich entspricht dies einem Anstieg um rund 430 000 (vgl. Abb. 3.19).

Abb. 3.18
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen im Inland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

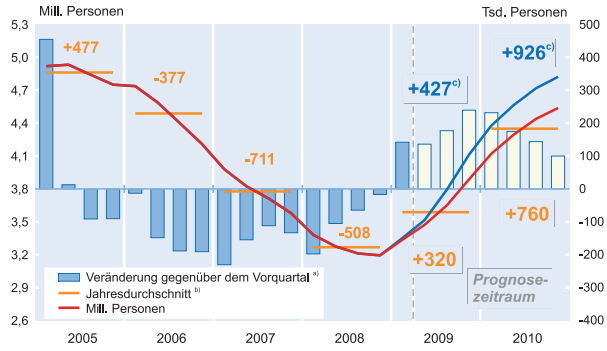


a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

Im nächsten Jahr hält die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten weiter an. Allerdings dürfte – anders als in diesem Jahr – die Zahl der Kurzarbeiter wohl deutlich um 850 000 auf 400 000 zurückgehen. Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wird sich damit weiter fortsetzen. Auch die Zahl der Minijobs geht spürbar zurück. Insgesamt dürfte sich das Tempo der Abwärtsbewegung nur allmählich verlangsamen. Lediglich von den Lohnkosten dürfte dann eine entlastende Wirkung ausgehen. Zwar

Abb. 3.19

Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
b) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.
c) Inklusive neue Teilnehmer an Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

geht die geförderte Selbständigkeit im kommenden Jahr wohl nicht mehr zurück. Die Zahl der Selbständigen, die keine Förderung erhalten, dürfte jedoch weiter abnehmen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen 2009 um 2,6% oder 1,05 Mill. abnehmen, was im Verlauf einem Rückgang von 740 000 entspricht. Das geleistete Arbeitsvolumen sinkt um 2,4% (arbeitstäglich bereinigt 2,6%), und die durchschnittliche Arbeitszeit stagniert. Da die entlastende Wirkung durch das Instrument der Kurzarbeit entfällt, wird die Arbeitslosenzahl auch im nächsten Jahr weiter um 760 000 ansteigen. Im Verlauf ergibt sich ein Anstieg um rund 650 000. Ohne die Neuregelung zur Erfassung der Maßnahmeteilnehmer ergibt sich eine Erhöhung um 700 000.

Expansiver Staat

Nachdem der Budgetsaldo des Staates in den Jahren 2007 und 2008 nahezu ausgeglichen war, steigt das Haushaltsdefizit in den Jahren 2009 und 2010 außerordentlich stark an. Im Jahr 2010 dürfte mit einem Fehlbetrag von 6,0% des nominalen Bruttoinlandsprodukts zu rechnen sein. Ursache hierfür ist die konjunkturelle Entwicklung, die für enorme Mindereinnahmen und Mehrausgaben sorgt, zudem gibt es starke diskretionäre Impulse, welche im Zusammenhang mit den Maßnahmenpaketen der Bundesregierung entstehen. Insofern wirkt der Staat stabilisierend auf die wirtschaftliche Entwicklung.

Im Jahr 2009 sinken die gesamtstaatlichen Einnahmen um 2,1%. Die Steuereinnahmen (– 3,1%) tragen einen Großteil hierzu bei, wobei die Steuern auf Einkommen um 3,4% und die Produktions- und Importabgaben um 2,8% zurückgehen. Besonders hoch sind die Mindereinnahmen bei der Lohnsteuer, die nach Kassenstatistik um 5,1% sinkt. Für die niedrigen Steuereinnahmen sind sowohl konjunkturelle Budgeteffekte, als auch Steuererleichterungen verantwortlich. So führt allein das Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland im Jahr 2009 bei der Lohnsteuer zu Mindereinnahmen in Höhe von rund 4,2 Mrd. Euro.

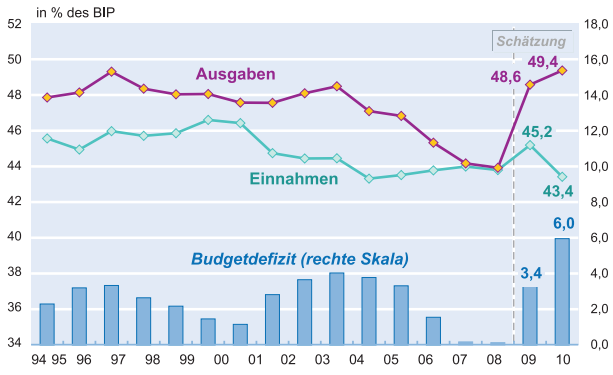
Auch die Einnahmen aus Sozialbeiträgen sinken. Im Januar 2009 ist der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 2,8% (von zuvor 3,3%) gesenkt worden; gleichzeitig wurde mit der Einrichtung des Gesundheitsfonds der einheitliche Beitrag für die gesetzliche Krankenversicherung auf 15,5% festgesetzt (2008 im Durchschnitt 14,9%). Zur Jahresmitte wird im Zuge der Entlastungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II der Krankenversicherungsbeitragssatz auf 14,9% abgesenkt. Insgesamt bedeutet dies bei konstanten Beitragssätzen in der Rentenversicherung und in der Pflegeversicherung eine leichte Entlastung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei den gesetzlichen Sozialversicherungsabgaben. Spürbar höhere Sozialversicherungsbeiträge hat hingegen der Staat für Empfänger sozialer Leistungen zu entrichten, weil die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld I drastisch steigen und weil für Kurzarbeiter zumindest ein hoher Anteil dieser Beiträge übernommen wird. Insgesamt gehen die Sozialbeiträge 2009 um 1,1% zurück.

Dem Einnahmenrückgang steht eine deutliche Expansion der Staatsausgaben gegenüber, welche insgesamt um 4,9% zunehmen. Auch infolge des starken Rückgangs des nominalen Bruttoinlandsprodukts steigt damit die Staatsquote um 4,7 Prozentpunkte auf 48,6% (vgl. Abb. 3.20).

Dabei kommt den Transferleistungen als größter Ausgabenkategorie eine besondere Bedeutung zu. Die monetären Transfers an die privaten Haushalte steigen im laufenden Jahr kräftig. Dies hat vielfältige Gründe. So sind schon im Jahr 2008 Leistungsverbesserungen in Kraft getreten, die nun ein volles Jahr wirken. Zu nennen ist hier in erster Linie die Aussetzung des Riester-Faktors bei der Anpassung des Rentenbetrags. Hierdurch wurden Renten und andere Sozialleistungen (z.B. Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe) ab der Jahresmitte 2008 um 0,65 Prozentpunkte stärker angehoben als ursprünglich vorgesehen. Ab Oktober gab es dann Erhöhungen bei der Ausbildungsförderung und beim Wohngeld sowie eine Ausweitung des Berechtigtenkreises für den Bezug des Kinderzuschlags. Zum Jahresbeginn 2009 wurde das Kindergeld erhöht, außerdem wurde (in der Regel im April) einmalig ein Kinderbonus von 100 Euro je Kind gezahlt. Im Juli steigen die Renten stärker als in den Vorjahren (im Westen um 2,41%, größter Anstieg seit 1994; im Osten 3,38%, größter Anstieg seit 1997), wozu erneut das Aussetzen des Riester-Faktors beiträgt. Diese Erhöhung hat nun wieder Auswirkungen auf die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II, dem Sozialgeld und der Sozialhilfe. Weitere Ausgabensteigerungen ergeben bei der Bundesagentur für Arbeit in erheblichem Ausmaß, zum einen durch die Verschlechterung am Arbeitsmarkt, wodurch zusätzliche Kosten ent-

Abb. 3.20

Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates[a)]



a) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in Abgrenzung der VGR;1995 und 2000 ohne Sondereffekte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2009).

stehen, zum anderen auch durch gesetzliche Änderungen (Übernahme eines Teils der bisher allein vom Arbeitgeber zu zahlenden Beiträge zur Sozialversicherung für Kurzarbeiter). Außerdem wird ab Juli für Kinder zwischen sechs und 14 Jahren ein eigener (höherer) Regelsatz beim Sozialgeld eingeführt und für Schulkinder von Arbeitslosengeld-II-, Sozialhilfe- und Kinderzuschlagempfängern gibt es alljährlich ein »Schulstarterpaket« in Höhe von 100 Euro. Insgesamt expandieren die vom Staat gezahlten monetären Sozialleistungen um 5,0%.

Auch die anderen Ausgabenpositionen des Staates steigen deutlich. Für die Arbeitnehmerentgelte wird wegen der Anhebung der tariflichen Einkommen um 2,6% und für Vorleistungen um 4,5% mehr aufgewendet als im Jahr 2008. Besonders kräftig zunehmen werden die Bruttoinvestitionen (+ 7,2%) – auch durch das Investitionsprogramm der Bundesregierung angeschoben – und die Vermögensübertragungen (+ 28%) – als Folge von Stützungsmaßnahmen im Bankensektor. Das Finanzierungsdefizit des Staates dürfte sich auf 80 Mrd. Euro im Jahr 2009 belaufen, was 3,4% des nominalen Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Im Jahr 2010 ist nach der vorliegenden Prognose mit einer weiteren deutlichen Verschlechterung der staatlichen Finanzlage zu rechnen. Die Einnahmen des Staates werden voraussichtlich um 3,7% sinken, während die Staatsausgaben um 1,9% steigen werden.

Die Steuereinnahmen dürften sich um 5,6% verringern, wobei der Rückgang ausschließlich auf deutlich sinkende Steuern auf Einkommen (– 12,9%) zurückzuführen ist, während die Produktions- und Importabgaben mit 0,8% sogar leicht zulegen werden. Der Einbruch bei den Einkommensteuern im Jahr 2010 resultiert zum wesentlichen Teil aus der konjunkturellen Entwicklung; so sind die rezessionsbedingten Mindereinnahmen bei den Unternehmenssteuern erst ab 2010 zu erwarten, da die automatischen Stabilisatoren hier mit Verzögerung bei der Veranlagung wirken. Darüber hinaus wirken die Steuererleichterungen der Bundesregierung, welche teilweise – etwa bei der Lohnsteuer – erst zum 1. Januar 2010 in Kraft treten werden.

Die Sozialversicherungsbeiträge werden erneut um 1% sinken. Dies ist Folge von weiter rückläufigen Bruttolöhnen und -gehältern. Damit wird sich die Finanzsituation der Sozialversicherungsträger 2010 verschärfen. Beitragssatzanhebungen dürften trotzdem wohl nur in geringem Ausmaß vorgenommen werden. So ist der Beitragssatz der Arbeitslosenversicherung bis Ende 2010 auf 2,8% festgeschrieben, bei der Bundesagentur für Arbeit entstehende Defizite werden durch einen Zuschuss des Bundes ausgeglichen. Angesichts eines derzeit noch hohen Rücklagenbestandes wird auch die Rentenversicherung wohl zunächst ohne Beitragssatzanhebung auskommen. Dagegen dürften wohl einige Krankenkassen nicht umhin kommen, von den bei ihnen versicherten Arbeitnehmern und Rentnern einen Zusatzbeitrag zu erheben. In dieser Prognose ist ein durchschnittlicher Zuschlag von rund 0,2 Prozentpunkten unterstellt worden.

Auf der Ausgabenseite wird die Dynamik spürbar nachlassen, der Anstieg der Gesamtausgaben dürfte aber weiterhin über der Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die Staatsquote nähert sich der 50%-Marke.

Die monetären Sozialleistungen werden voraussichtlich mit reichlich 2% deutlich langsamer als 2009 expandieren. Dies ist zum ersten die Folge von Einmaleffekten im laufenden Jahr (Kinderbonus). Zum zweiten resultiert es daraus, dass viele Maßnahmen im Wesentlichen zu einem Niveausprung im Jahr 2009 führen ohne weitere nennenswerte Ausweitung im kommenden Jahr (Kindergeld, Wohngeld, Ausbildungsförderung usw.). Schließlich wird es im Juli 2010 keine Rentenanpassung geben; eine durch die Lohnentwicklung 2009 eigentlich angelegte Senkung der Renten wird durch ein neues Gesetz verhindert.

Die weiteren Ausgabenkategorien werden ebenfalls leicht expansiv wirken. So dürften die gezahlten Arbeitnehmerentgelte im Jahr 2010 um 1,2% zunehmen, wobei tarifliche Anhebungen in der Größenordnung von 1½% unterstellt wurden. Die sozialen Sachleistungen (insbesondere Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen) werden um 4,4% und die sonstigen laufenden Transfers um 14,9% anziehen, was im Wesentlichen auf die Zahlungen an die EU zurückzuführen ist. Die geleisteten Vermögenstransfers werden aufgrund eines Basiseffekts kräftig schrumpfen.

Das Finanzierungsdefizit des Staates wird im Jahr 2010 voraussichtlich mit rund 141 Mrd. Euro etwa 6% des nominalen Bruttoinlandsprodukts betragen und damit doppelt so hoch sein wie der Maastricht-Grenzwert.

Abgeschlossen am 22. Juni 2009

Anhang
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 2009 und 2010

	2008 (1)	2009 (2)	2010 (2)	2009		2010 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	1.4	-1.2	-2.6	-0.2	-2.1	-3.1	-2.2
Arbeitszeit	-1.0	-3.4	-0.2	-2.7	-4.1	-0.5	0.0
Arbeitstage (3)	0.9	-0.1	0.5	-1.7	1.3	0.6	0.4
Arbeitsvolumen	1.3	-4.7	-2.4	-4.5	-4.8	-3.0	-1.8
Produktivität (4)	0.0	-1.7	2.2	-3.1	-0.3	2.6	1.8
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1.3	-6.3	-0.3	-7.5	-5.1	-0.4	-0.1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	1856.3	1870.7	1875.6	908.5	962.3	911.7	964.0
Private Konsumausgaben 5)	1404.6	1402.1	1392.0	682.7	719.4	678.2	713.8
Konsumausgaben des Staates	451.7	468.7	483.6	225.7	242.9	233.5	250.2
Bruttoanlageinvestitionen	478.6	425.9	429.6	202.7	223.2	202.4	227.2
Ausrüstungen	199.0	152.7	150.1	74.0	78.7	70.5	79.7
Bauten	251.3	246.1	252.3	115.6	130.5	118.8	133.6
Sonstige Anlagen	28.4	27.1	27.1	13.1	14.0	13.2	14.0
Vorratsveränderungen 6)	2.1	3.6	0.6	11.9	-8.2	8.5	-7.9
Inländische Verwendung	2336.9	2300.2	2305.8	1123.0	1177.2	1122.5	1183.3
Außenbeitrag	154.5	63.6	64.8	37.0	26.7	35.8	28.9
Exporte	1177.0	949.2	968.0	470.6	478.7	473.5	494.4
Importe	1022.6	885.6	903.2	433.6	452.0	437.7	465.5
Bruttoinlandsprodukt	2491.4	2363.8	2370.6	1159.9	1203.9	1158.4	1212.2
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben	2.6	0.8	0.3	0.6	1.0	0.4	0.2
Private Konsumausgaben 5)	2.2	-0.2	-0.7	-0.4	0.0	-0.7	-0.8
Konsumausgaben des Staates	3.7	3.8	3.2	3.6	3.9	3.4	3.0
Bruttoanlageinvestitionen	5.5	-11.0	0.9	-12.3	-9.8	-0.1	1.8
Ausrüstungen	5.1	-23.3	-1.7	-23.6	-23.0	-4.7	1.2
Bauten	6.3	-2.0	2.5	-4.3	0.1	2.7	2.4
Sonstige Anlagen	2.4	-4.6	0.2	-3.5	-5.7	0.6	-0.2
Inländische Verwendung	3.8	-1.6	0.2	-1.2	-1.9	0.0	0.5
Exporte	3.5	-19.4	2.0	-21.4	-17.2	0.6	3.3
Importe	5.8	-13.4	2.0	-13.7	-13.1	0.9	3.0
Bruttoinlandsprodukt	2.8	-5.1	0.3	-6.0	-4.3	-0.1	0.7
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)							
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	1659.2	1669.2	1666.1	814.4	854.8	815.6	850.5
Private Konsumausgaben 5)	1241.0	1245.1	1234.8	606.7	638.4	603.9	631.0
Konsumausgaben des Staates	418.6	424.6	432.0	208.1	216.6	212.1	219.9
Bruttoanlageinvestitionen	472.2	421.7	423.5	200.5	221.2	199.4	224.2
Ausrüstungen	222.0	172.3	171.2	82.9	89.3	79.9	91.4
Bauten	219.3	212.1	214.3	99.8	112.3	101.2	113.1
Sonstige Anlagen	34.8	36.8	37.1	17.8	19.0	17.8	19.3
Inländische Verwendung	2115.9	2077.4	2071.4	1020.2	1057.3	1016.4	1054.9
Exporte	1155.9	959.5	981.4	475.0	484.5	479.7	501.6
Importe	1001.8	918.5	940.3	448.9	469.5	454.6	485.7
Bruttoinlandsprodukt	2270.2	2126.8	2121.2	1049.9	1076.9	1045.2	1076.0
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben	0.5	0.6	-0.2	0.1	1.1	0.1	-0.5
Private Konsumausgaben 5)	0.1	0.3	-0.8	-0.2	0.8	-0.5	-1.2
Konsumausgaben des Staates	1.8	1.4	1.7	1.1	1.8	1.9	1.5
Bruttoanlageinvestitionen	4.4	-10.7	0.4	-12.2	-9.3	-0.6	1.3
Ausrüstungen	5.9	-22.4	-0.6	-22.7	-22.1	-3.7	2.2
Bauten	3.0	-3.3	1.0	-6.2	-0.5	1.4	0.7
Sonstige Anlagen	6.5	5.5	0.9	8.6	2.8	0.1	1.6
Inländische Verwendung	1.8	-1.8	-0.3	-1.7	-1.9	-0.4	-0.2
Exporte	2.7	-17.0	2.3	-19.3	-14.6	1.0	3.5
Importe	4.2	-8.3	2.4	-8.2	-8.4	1.3	3.5
Bruttoinlandsprodukt	1.3	-6.3	-0.3	-7.5	-5.1	-0.4	-0.1

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2008 (1)	2009 (2)	2010 (2)	2009		2010 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)							
Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Konsumausgaben	2.1	0.2	0.4	0.5	-0.1	0.2	0.7
Private Konsumausgaben 5)	2.1	-0.5	0.1	-0.2	-0.8	-0.2	0.4
Konsumausgaben des Staates	1.9	2.3	1.4	2.5	2.1	1.5	1.4
Bruttoanlageinvestitionen	1.1	-0.4	0.4	-0.2	-0.5	0.4	0.5
Ausrüstungen	-0.8	-1.1	-1.0	-1.2	-1.1	-1.1	-1.0
Bauten	3.2	1.3	1.5	2.0	0.6	1.3	1.7
Sonstige Anlagen	-3.9	-9.6	-0.7	-11.1	-8.3	0.5	-1.8
Inländische Verwendung	1.9	0.3	0.5	0.5	0.0	0.3	0.7
Exporte	0.8	-2.9	-0.3	-2.7	-3.0	-0.4	-0.2
Importe	1.6	-5.5	-0.4	-5.9	-5.1	-0.3	-0.4
Bruttoinlandsprodukt	1.5	1.3	0.5	1.7	0.8	0.3	0.8
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Mrd. EUR							
Primäreinkommen der privaten Haushalte	1824.9	1786.2	1735.0	885.0	901.2	847.7	887.3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	230.1	226.9	224.3	112.0	114.9	108.7	115.6
Bruttolöhne und -gehälter	994.5	969.3	948.1	468.4	500.9	451.2	496.9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	600.3	590.0	562.7	304.6	285.4	287.8	274.8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	343.3	242.4	291.9	96.7	145.7	126.6	165.3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2168.2	2028.7	2027.0	981.7	1046.9	974.4	1052.6
Abschreibungen	363.8	373.8	379.4	188.5	185.3	192.3	187.1
Bruttonationaleinkommen	2531.9	2402.5	2406.4	1170.2	1232.2	1166.6	1239.7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1884.6	1753.5	1749.0	843.6	909.9	834.5	914.4
Arbeitnehmerentgelte	1224.6	1196.3	1172.4	580.4	615.8	559.9	612.5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	660.0	557.2	576.6	263.1	294.1	274.6	301.9
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3.6	-2.1	-2.9	-1.3	-2.9	-4.2	-1.5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2.1	-1.4	-1.2	1.0	-3.6	-3.0	0.6
Bruttolöhne und -gehälter	3.8	-2.5	-2.2	-0.6	-4.3	-3.7	-0.8
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2.2	-1.4	0.6	-0.5	-2.2	-0.5	1.6
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1.3	-2.5	1.6	-1.8	-3.0	0.6	2.4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3.9	-1.7	-4.6	-3.1	-0.2	-5.5	-3.7
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0.3	-29.4	20.4	-41.4	-18.3	30.9	13.4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3.0	-6.4	-0.1	-7.5	-5.4	-0.8	0.5
Abschreibungen	1.4	2.8	1.5	3.0	2.5	2.0	1.0
Bruttonationaleinkommen	2.7	-5.1	0.2	-6.0	-4.3	-0.3	0.6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3.1	-7.0	-0.3	-8.3	-5.7	-1.1	0.5
Arbeitnehmerentgelte	3.5	-2.3	-2.0	-0.3	-4.1	-3.5	-0.5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2.6	-15.6	3.5	-22.1	-8.8	4.4	2.7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.							
a) Mrd. EUR							
Masseneinkommen	1015.7	1022.4	1022.7	496.8	525.6	494.1	528.5
Nettolöhne und -gehälter	641.3	618.3	610.4	295.2	323.1	287.6	322.8
Monetäre Sozialleistungen	452.2	486.2	496.6	242.0	244.2	248.4	248.2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	77.8	82.1	84.3	40.3	41.7	41.9	42.4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	600.3	590.0	562.7	304.6	285.4	287.8	274.8
Sonstige Transfers (Saldo)	-62.1	-68.9	-47.0	-33.0	-35.9	-22.3	-24.7
Verfügbares Einkommen	1553.9	1543.5	1538.3	768.3	775.1	759.7	778.7
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	31.5	35.3	38.8	17.3	18.0	19.0	19.8
Private Konsumausgaben 5)	1404.6	1402.1	1392.0	682.7	719.4	678.2	713.8
Sparen	180.8	176.7	185.1	102.9	73.8	100.4	84.6
Sparquote 7)	11.4	11.2	11.7	13.1	9.3	12.9	10.6
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Masseneinkommen	2.0	0.7	0.0	1.6	-0.2	-0.5	0.6
Nettolöhne und -gehälter	2.9	-3.6	-1.3	-2.0	-5.0	-2.6	-0.1
Monetäre Sozialleistungen	0.6	7.5	2.1	6.7	8.3	2.7	1.6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1.4	5.5	2.7	4.1	6.9	3.8	1.7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3.9	-1.7	-4.6	-3.1	-0.2	-5.5	-3.7
Verfügbares Einkommen	2.6	-0.7	-0.3	-0.4	-1.0	-1.1	0.5
Private Konsumausgaben 5)	2.2	-0.2	-0.7	-0.4	0.0	-0.7	-0.8
Sparen	8.2	-2.3	4.8	1.9	-7.5	-2.4	14.7

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2008 (1)	2009 (2)	2010 (2)	2009		2010 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	593.0	574.8	542.4	287.1	287.7	269.8	272.6
Sozialbeiträge	408.1	403.5	399.6	199.1	204.4	193.7	205.9
Vermögenseinkünfte	18.6	19.1	15.7	12.9	6.2	9.8	5.9
Sonstige Übertragungen	13.9	13.2	13.1	6.3	6.9	6.3	6.9
Vermögensübertragungen	10.2	10.0	10.2	5.0	5.1	5.1	5.1
Verkäufe	47.0	47.3	47.9	22.5	24.8	22.8	25.2
Sonstige Subventionen	0.4	0.4	0.4	0.2	0.2	0.2	0.2
Einnahmen insgesamt	1091.2	1068.3	1029.3	533.0	535.3	507.5	521.8
Ausgaben							
Vorleistungen	106.7	111.5	115.5	51.0	60.5	53.1	62.4
Arbeitnehmerentgelte	171.5	176.0	178.0	84.3	91.7	85.4	92.6
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	67.8	69.2	72.1	34.4	34.9	35.8	36.3
Subventionen	28.2	28.0	27.7	13.3	14.7	13.4	14.4
Monetäre Sozialleistungen	421.2	442.4	452.5	220.2	222.3	226.4	226.1
Soziale Sachleistungen	185.6	192.9	201.4	95.3	97.7	99.5	101.9
Sonstige Transfers	40.3	42.5	48.9	22.2	20.3	25.5	23.4
Vermögenstransfers	36.3	46.5	28.6	23.5	23.0	13.7	14.9
Bruttoanlageinvestitionen	38.0	40.7	47.1	16.2	24.5	20.8	26.3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1.4	-1.5	-1.5	-0.7	-0.8	-0.7	-0.8
Ausgaben insgesamt	1094.3	1148.4	1170.4	559.6	588.8	572.9	597.5
Finanzierungssaldo	-3.1	-80.1	-141.1	-26.6	-53.4	-65.4	-75.7
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	2.9	-3.1	-5.6	-3.7	-2.4	-6.0	-5.2
Sozialbeiträge	2.1	-1.1	-1.0	1.1	-3.2	-2.7	0.7
Vermögenseinkünfte	3.4	2.7	-17.9	9.8	-9.3	-24.3	-4.8
Sonstige Übertragungen	0.3	-5.0	-0.8	-12.8	3.4	-0.8	-0.7
Vermögensübertragungen	-6.0	-1.7	1.3	-9.3	7.2	1.4	1.2
Verkäufe	0.7	0.6	1.4	0.3	0.9	1.3	1.5
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	2.4	-2.1	-3.7	-1.7	-2.5	-4.8	-2.5
Ausgaben							
Vorleistungen	4.7	4.5	3.6	3.9	4.9	4.1	3.2
Arbeitnehmerentgelt	2.1	2.6	1.2	2.7	2.5	1.4	1.0
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	0.6	2.2	4.1	0.8	3.5	4.1	4.0
Subventionen	4.2	-0.8	-1.0	-1.7	0.0	0.4	-2.2
Monetäre Sozialleistungen	0.7	5.0	2.3	4.2	5.8	2.8	1.7
Soziale Sachleistungen	4.1	3.9	4.4	3.8	4.0	4.5	4.4
Sonstige Transfers	10.8	5.5	14.9	8.6	2.4	15.0	14.8
Vermögenstransfers	-5.7	28.1	-38.4	34.2	22.3	-41.7	-35.1
Bruttoanlageinvestitionen	6.7	7.2	15.7	-3.7	16.0	28.3	7.4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	2.3	4.9	1.9	4.4	5.4	2.4	1.5
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-0.1	-3.4	-6.0	-2.3	-4.4	-5.6	-6.2

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.
4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.
5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.
6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).